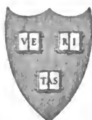
Die beziehungen Frankreichs zu Österreich und Italien ...

Wilhelm Busch


VE
RI
TAS

VERZEICHNIS

DER

DOKTOREN

WELCHE

DIE PHILOSOPHISCHE FAKULTÄT

DER

KÖNIGLICH WÜRTTEMBERGISCHEN EBERHARD-KARLS-UNIVERSITÄT

IN

TÜBINGEN

IM DEKANATSJAHRE 1899—1900

ERNANNT HAT.

BEIGEFÜGT IST EINE ABHANDLUNG:

DIE BEZIEHUNGEN FRANKREICHS ZU ÖSTERREICH UND ITALIEN ZWISCHEN DEN KRIEGEN VON 1866 UND 1870/71

VON

Dr WILHELM BUSCH
ORD. PROFESSOR DER GESCHICHTE

TÜBINGEN 1900.
BUCHDRUCKEREI VON G. SCHNÜRLEN.

Unter dem Dekanat des Professors Dr WILHELM BUSCH, Ostern 1899 bis Ostern 1900, haben von 34 Bewerbern folgende 23 die philosophische Doktorwürde erhalten:

1899.

1. ANTON WEISSENBACHER aus Kümerazhofen	4. Mai
2. FRANZ XAVER ANGSTENBERGER aus Neuler	4. Mai
3. HYACINTH RINK aus Ottenbach	22. Juni
4. EUGEN HUBER aus Niedernhall	27. Juni
5. RUDOLF HASSENSTEIN aus Gotha	13. Juli.
6. ADOLF DIEHL aus Stuttgart	13. Juli
7. KARL MEDER, Priester in Paderborn	13. Juli
8. HERMANN SCHOOP aus Dozweil in der Schweiz	13. Juli
9. ERICH SEHMSDORF aus Berlin	3. August
10. ALBERT SLEUMER aus Osnabrück	3. August
11. GUSTAV DIETTRICH, Pfarrer in Sydenham	3. August
12. DIETRICH ERDELBROCK aus Müllingsen in Westf.	3. August
13. LUDWIG APPEL aus München	5. August
14. PAUL HARTMANN, Repetent in Maulbronn	5. August
15. THEODOR NIKLAUS aus Erlenbach	5. August
16. EDMUND VON SALLWÜRK aus Baden-Baden	18. Dezember

1900.

17. ERNST LÖRCHER, Reallehrer in Crailsheim	5. Januar
18. RICHARD KLÖPFER, Pfarrer in Rohr	15. Februar
19. OTTO SIEBER aus Dresden	15. Februar
20. AUGUST STRÖLE, Pfarrer in Laufen a. d. E.	8. März

21. EUGEN FUCHS aus Biberach	8. März
22. KARL SCHMID aus Gmünd	8. März
23. LUDWIG AMTENBRINK	8. März

Erneuert wurden die vor 50 Jahren ausgestellten Diplome für:

1. ROBERT WILHELM GWINNER, Consistorialpräsident in Frankfurt a. M.	21. August 1899
2. OTTO HEINRICH JAGER, Professor a. D. in München	18. November 1899

Die Beziehungen Frankreichs zu Österreich und Italien zwischen den Kriegen von 1866 und 1870/71

von

Dr Wilhelm Busch
ord. Professor der Geschichte.

Inhalts-Verzeichnis.

I.

Der Stand der Frage.

Über die grosse Frage nach der letzten Veranlassung des deutsch-französischen Krieges von 1870—71 wird das letzte Wort nicht so bald gesprochen sein. Wenn auch neues Quellenmaterial jede mühsam erarbeitete Anschauung umwerfen kann, so darf uns das nicht von dem immer wiederholten Versuch abhalten, mit Hilfe der bisher erschlossenen Quellen der Wahrheit wenigstens so nahe wie möglich zu kommen.

Ich will mich auf die Untersuchung nur eines Teils der ganzen Frage, auf das Verhältnis der für Deutschland zunächst in Betracht kommenden Mächte, Frankreichs, Österreichs und Italiens zu einander beschränken. Ich hoffe, dass wir hier nach möglichst genauer Prüfung aller für uns verfügbaren Nachrichten und möglichst sicherer Feststellung des äusseren Verlaufes auch in der Beurteilung vielleicht einen Schritt weiter als bisher kommen können. Neue überraschende Aufschlüsse bringe ich nicht, mir soll es genügen, wenn ich die Kenntnis in einem Punkt von solch grosser geschichtlicher Bedeutung etwas über meine Vorgänger hinaus fördern, oder auch vielleicht nur die Ansicht des einen oder des andern von ihnen als die besser begründete mehr als bisher erhärten kann. Werde ich es daher nicht vermeiden können, manches schon früher gesprochene Urteil zu wiederholen, so auch nicht, zur Wahrung des Zusammenhanges schon Erzähltes noch einmal wiederzuerzählen.

Die Meinungen gehen sehr auseinander. Als Hauptvertreter der gegensätzlichen Auffassungen erscheinen von Sybel und Delbrück, neben ihnen von Petersdorff und Oncken.[1])

---

1) In Betracht kommen: Sybel »Die Begründung des deutschen Reiches durch Wilhelm I.« Bd. VI und VII, München 1894, dazu »Neue Mitteilungen und Erläuterungen zu Band 6 und 7 der Geschichte der Begründung des deutschen Reiches durch Wilhelm I.« in: Histor. Zeitschr. 75, N. F. 39 (1895) S. 38 ff., auch in Sonderausgabe erschienen; ferner »Die Phantasien des Herzogs von Gramont« in der »Zukunft« vom 6. und 20. April 1895. — Hans Delbrück »Der Ursprung des Krieges

Die Frage ist die, ob unter den genannten Mächten Verträge oder Verabredungen bestanden, die Frankreich bei einer zum Krieg drängenden Politik einen sicheren Rückhalt und jedenfalls bei der Entscheidung zum Krieg mindestens die sichere Aussicht auf bundesgenössischen Beistand gewährten, und ob nach der Kriegserklärung neben den militärischen Vorbereitungen auch diese politischen zur Zeit der ersten Zusammenstösse im Felde bis zum Abschluss gebracht oder wenigstens so weit gefördert waren, dass nur noch der mehr oder weniger formelle Abschluss ausstand. Es ist klar, dass mit der Beantwortung zugleich eine nach zwei Seiten hin wichtige Entscheidung fällt: ob wir es mit einer entschieden und in bemessener Zeit dem Angriff zustrebenden Politik Frankreichs, und neben ihm auch Österreichs und Italiens zu thun haben, und dann, ob die ersten deutschen Siege eine über ihre grosse militärische noch weit hinausgehende politische Bedeutung dadurch erlangten, dass sie einen schon vollendeten oder im sicheren Werden begriffenen mächtigen Angriffsbund der drei Mächte gegen Deutschland zerstörten.

Die von Sybel vertretene und den erhobenen Einwänden gegenüber festgehaltene Ansicht ist die, dass die Politik aller Mächte bis zum Sommer 1870 durchaus auf Frieden gestimmt war, dass bei Frankreich die hohenzollerische Thronkandidatur in Spanien plötzlich den Umschwung herbeiführte, und nun Gramont, aber auch er mehr mit täppisch zufahrender Thorheit als bewusster Tücke den widerstrebenden Kaiser und Frankreich in den Krieg hineinzog. Als das geschah, waren nach Sybel mit Österreich und Italien früher wohl freundschaftliche Besprechungen und auch die Zusicherung gemeinsamen diplomatischen Vorgehens erfolgt, aber keinerlei irgendwie für den nun eingetretenen Fall bindende Verabredungen. Der für Frankreich hierbei an erster Stelle in Betracht kommende österreichische Staatsleiter Graf Beust hatte bisher eine durchaus friedliche Politik ohne Hintergedanken vertreten. Die militärischen Verhandlungen, die im Frühjahr 1870 Erzherzog Albrecht in Paris führte, waren »eine Erwägung des Verhaltens bei einem in der Zukunft vielleicht einmal möglichen Krieg, ohne die Spur einer eigenen offensiven Absicht«, Erz-

von 1870« in: Preuss. Jahrb. 70 (1892) S. 729 ff., auch in Sonderausgabe Berlin 1893, und »Das Geheimnis der Napoleonischen Politik im Jahre 1870« ebd. 82 (1895) S. 1 ff. — H. von Petersdorff »Der Streit über den Ursprung des deutsch-französischen Krieges« in den Forschungen zur Brandenburgischen und Preussischen Geschichte, IX (1897) S. 55 ff. — W. Oncken »Unser Heldenkaiser« Berlin o. J. (1897) und früher »Das Zeitalter Kaiser Wilhelms I.«, Bd. I und II, Berlin 1890 und 1892. — Vgl. dazu Rösslers Besprechung des Sybelschen Buches, Preuss. Jahrb. 79 (1895) S. 122 ff., Delbrück gegen Petersdorff ebd. 88 (1897) 166 f., dessen Erwiderung, Forsch. zur brand.-preuss. Gesch. X. (1898) 358 f.

herzog Albrecht sah obendrein Österreichs Lage genau wie Beust an und wirkte in Frankreich für die »Verhütung einer kriegerischen Explosion«.

Als diese dennoch erfolgt war und Napoleon und Gramont mit Benützung der früheren Abreden einen offensiven Dreibund mit Österreich und Italien erstrebten, blieb nach Sybel Beust fest bei seiner bisherigen Friedenspolitik; »einem solchen Kampfe sich beizugesellen, dadurch den Stärkern noch stärker zu machen und dazu sich selbst Russlands Angriff auf den Hals zu ziehen, das zu vermeiden, war Beust vom ersten Augenblick an entschlossen« (VII, 383). So wollte er an Stelle des von Frankreich geforderten Dreibundes einen Neutralitäts-Bund nur zwischen Österreich und Italien setzen, den er den Franzosen möglichst günstig ausmalte, durch den er aber gerade den einzigen, jetzt ernstlich zum Krieg drängenden Freund Napoleons, Viktor Emanuel, fest an die österreichische Neutralität zu binden hoffte. Hierin arbeitete er zusammen mit den italienischen Ministern, und die ministerielle italienische Friedenspolitik gegenüber der kriegerischen des Königs erhielt nun die entscheidende Hilfe durch Napoleons ablehnende Haltung in der römischen Frage, denn deren Lösung war und blieb die von den Italienern geforderte Grundbedingung für jedes Einverständnis. Was Gramont damals und später von begründeten Aussichten auf Österreichs Beistand behauptete, der auch über Italiens Haltung entschieden hätte, ist nach Sybel luftige Phantasie. Beust hat im Juli 1870 genau wie seit dem Jahre 1867 bei den sonst sorglich gepflegten französischen Beziehungen doch mit sicherer Folgerichtigkeit an der für Österreich allein gebotenen Politik des Friedens festgehalten.

Dem widersprach Delbrück. Bei Delbrück tritt zunächst Napoleon sehr aus der ihm von Sybel zugewiesenen passiven Rolle heraus. Napoleon hat nach Delbrück selbst den Krieg gewollt, er stand »in zweifelloser Vorbereitung auf den Krieg«, allerdings in der Hoffnung, »dass er imstande sein werde, diesem Krieg sofort wieder ein Ende zu machen« (Preuss. Jahrb. 82 S. 21); deswegen hat er, um zwei Sehnen auf seinem Bogen zu haben, d. h. um sich die Handelnsfreiheit entweder nach der deutschen oder nach der österreichisch-italienischen Seite möglichst lange in völliger Selbständigkeit zu wahren, ein Kriegsbündnis mit Österreich und Italien bis zum September 1869 zwar verhandelt, aber nicht abgeschlossen, »sondern mit höchst feiner Berechnung nur bis zu dem Punkte geführt, wo er die volle moralische Gewissheit zu haben glaubte, es in jedem Augenblick zum Abschluss bringen zu können«. Denn so weit waren allerdings diese Verhandlungen nach Delbrück gediehen. Über Beust kommt er damit zu einer der Sybelschen schnurstracks zuwider lau-

fenden Auffassung. »Von allen diesen Beust (von Sybel) untergelegten Ansichten und Absichten finde ich nun in den authentischen Zeugnissen durchaus gar nichts, vielfach aber das Gegenteil« (S. 10).

Nach Delbrück hat Sybel sich durch die von ihm zuerst ausgeschöpften, sonst noch nicht bekannt gewordenen Erinnerungen von Beusts Vertrautem, Graf Vitzthum, gleichsam umgarnen lassen, er »ist der bekannten Versuchung der Historiker, das neue unbekannte Material für das bessere und zuverlässigere zu halten, erlegen« (S. 18), er ist »auf diese Memoiren hereingefallen«. Gegen die Erinnerungen Vitzthums stellt Delbrück die gerade kurz zuvor erschienenen Erinnerungen des französischen Generals Lebrun, eine Publikation, die neben den Denkwürdigkeiten des Königs von Rumänien »die Streitfragen endgiltig entscheidet« (S. 2), die »geradeheraus gesagt, den siebenten Band des Sybelschen Werkes einfach umwirft« (S. 12). Danach stehen ihm die militärischen Verhandlungen des Erzherzogs Albrecht in Paris im Frühjahr 1870, dann des Generals Lebrun in Wien ganz unter dem Gesichtspunkt einer zum Krieg drängenden Politik; Kaiser Franz Joseph und Beust wollten den Gegenschlag gegen Preussen, den Sieger von 1866, nicht Napoleon allein überlassen, »sondern sich an dem Kriege beteiligen und die Neugestaltung Mitteleuropas gemeinsam mit den Franzosen durchführen« (S. 16). Die Sache war so weit gediehen, dass, wenn auch in den für den Krieg entscheidenden Ministerberatungen zu Paris am 14. Juli der Friede wirklich gewahrt worden wäre, dies nichts als einen Aufschub bedeutet hätte. »Wir sind jetzt ganz sicher, dass der Krieg selbst deshalb keineswegs unterblieb, sodann dass er im nächsten Frühjahr nach sorgfältigster Vorbereitung, wahrscheinlich nach Abschluss eines festen Vertrages mit Österreich und Italien dennoch ausgebrochen wäre« (S. 43; vgl. »Der Ursprung des Krieges von 1870« S. 12).

Delbrücks Aufsatz wurde besonders von W. Oncken begrüsst als Bestätigung der schon früher in seinem »Zeitalter Kaiser Wilhelms« dargelegten und in »Unser Heldenkaiser« noch einmal mit Nachdruck vertretenen Auffassung. Nach Oncken hat Napoleon selbst seit Jahren auf den Krieg hingearbeitet, in einer Politik »der Hinterlist, die den Frieden auf den Lippen und den Dolch im Gewande trug« (Heldenkaiser S. 118), dafür suchte er die Bundesgenossenschaft Österreichs und Italiens zu gewinnen. Zwar scheiterte der förmliche Vertrag mit beiden, mit Österreich wegen der von Beust geforderten, die napoleonische Kriegspolitik bindenden Bedingungen, mit Italien wegen der römischen Frage, aber die im September 1869 zwischen den Souveränen gewechselten Briefe waren einem förmlichen Vertrag gleichwertige Ver-

pflichtungen, und zwar insbesondere von seiten des österreichischen Kaisers »die ausdrückliche Verpflichtung, dem Kaiser der Franzosen Waffenhilfe gegen Preussen zu leisten« (Zeitalter II, 497). So lag in diesen Vereinbarungen »eine Kriegsverschwörung ähnlich derjenigen, welche dem siebenjährigen Kriege vorangegangen ist« (Heldenkaiser S. 109). Innerhalb dieser »Kriegsverschwörung« der drei Mächte gegen Preussen geschahen die militärischen Verhandlungen des Erzherzogs Albrecht, der »auf einen Frühjahrsfeldzug im Jahre 1871 gerechnet hat« (ebd. S. 118).[1]) Oncken stimmt auch Delbrück in der Schätzung von Lebruns Erinnerungen vollkommen zu: »In der That, Sybels Darstellung war umgeworfen, bestätigt aber, und zwar endgültig und unwiderruflich bestätigt war eine andere Darstellung, nämlich die meinige, die Sybel überall bekämpft hat ohne sie zu nennen, und die jetzt nicht mehr als die „Legende" bezeichnet werden durfte, mit der die Wissenschaft habe „brechen" müssen« (S. 118 Note). Die sofort nach der Entscheidung zum Krieg von Frankreich betriebenen weiteren Bündnisverhandlungen führten zwar nicht zu dem geforderten Dreibund, aber doch zum Abschluss eines österreichisch-italienischen Zweibundes als der Vorstufe zu jenem, »um für Frankreich rüsten zu können unter der Maske bewaffneter Neutralität«, eines Bundes, der »von Seiten des Hofes zu Wien für durchaus bindend« gehalten worden war (Zeitalter II, 37, 504). »So hatte denn die Diplomatie ihre Schuldigkeit gethan. Auf dem Papier stand dem Anschluss Frankreichs nichts mehr im Wege. Dem Zusammenwirken der drei Mächte im Kriege gegen Preussen fehlte nur Eines: Der Einbruch in Süddeutschland und der war nicht die Sache der Diplomaten, sondern der Armee und ihrer Generale« (ebd. 39).

Petersdorff führt in den unsere Frage behandelnden Abschnitten seines Berichtes über den Streit über den Ursprung des deutsch-französischen Krieges von Delbrück wieder zu Sybel zurück, indem er hauptsächlich die Beweiskraft der Lebrunschen Aufzeichnungen für eine aktive Kriegspolitik bestreitet und auch durch Heranziehung von Briefen des Generals Ducrot Sybels Anschauung von Napoleons friedfertiger Gesinnung neu zu erhärten sucht. Auch in der Beurteilung der österreichischen Politik steht er auf Sybels Seite: »man wird schwerlich noch ohne erhebliche Einschränkungen an der Theorie festhalten, dass Österreich auf den Krieg hingesteuert hat« (S. 80), nach ihm ist es Gramont, »der angesichts der masslos erregten öffentlichen Meinung alle Über-

1) Die gleiche Bedeutung verleiht Lebrun und seiner Mission Edmond Rossier in der Bibliothèque universelle Jahrg. 101 Bd. III S. 244, auch ihm steht darnach der beabsichtigte Kriegsanfang im Frühjahr 1871 fest (S. 246), ebenso dem Verfasser des Aufsatzes »Die Emser Legende« in den Grenzboten 55, I S. 29.

legung verlor und das französische Staatsschiff besinnungslos mit vollen Segeln in den Kriegsstrudel treiben liess« (S. 88).

Schroffer können die Meinungen kaum gegeneinander stehen: auf der einen Seite der friedliche, geradezu kriegsscheue Napoleon, der nur im Wirbel der plötzlichen allgemeinen Erregung durch seinen kopflos handelnden Minister in den Krieg hineingerissen wird, auf der andern der mehr oder weniger selbst auf den Krieg hinarbeitende Kaiser, der diesen Krieg im Auge seine Bündnisse sucht — auf der einen Seite das Fehlen jeder Kriegslust ausserhalb Frankreichs ausser beim italienischen König, die Führung der freundschaftlichen Verhandlungen ohne zu irgend einer verpflichtenden Vereinbarung zu kommen, deren Existenz nur der Phantasie des später seine Thorheiten beschönigenden französischen Ministers entstammt, auf der anderen Seite Verabredungen mit dem bestimmten Kriegszweck im Auge, die entweder schon zur förmlichen Kriegsverschwörung ausgewachsen oder doch zu einem thatsächlich davon nur wenig entfernten Stadium gediehen sind.

Es geschieht hier, wie so oft bei völlig kontrovers erscheinenden Ansichten, dass schliesslich doch jeder zu einem Teil Recht und zu einem Teil Unrecht hat. Es scheint mir, um dies einleitend vorauszunehmen, der Hauptfehler auf beiden Seiten darin zu liegen, dass eine für bestimmte Zeitabschnitte richtige Ansicht stets auf das gesamte Verhalten der Mächte und der leitenden Persönlichkeiten vom Jahre 1867 bis zum Anfang August 1870 übertragen worden ist. Wenn auch schon hie und da auf einen Unterschied hingewiesen wurde, so ist eine Hauptsache in der ganzen Fragestellung bisher unterlassen worden, die scharfe Scheidung, welche durch die zum Kriegsentschluss in Frankreich führenden Tage Mitte Juli 1870, besonders den 14. und 15., zu machen ist. Hier tritt durch die Schaffung der grossen vollendeten Thatsache ein völliger, überall die Haltung der leitenden Männer zum Teil bis zur Umkehr beeinflussender Scenenwechsel ein. Somit werden wir auch in der Untersuchung scharf zu trennen haben die Feststellung des Verhaltens der drei Mächte in den Jahren von 1867 bis zur Entscheidung für den Krieg im Juli 1870, und sodann die Gestaltung ihres Verhältnisses unter dem Eindruck des nun plötzlich erschütternd wirkenden französischen Kriegsentschlusses bis zu dem neuen Eindruck der ebenso erschütternd wirkenden ersten deutschen Siege Anfang August.

II.

Das Verhältnis der drei Mächte von Anfang 1867 bis zum September 1869.

Durch die grosse Entscheidung von 1866 fühlten sich am tiefsten getroffen das geschlagene Österreich und das in seinem Prestige fortan dauernd bedrohte Frankreich, beide waren damit die gegebenen Widersacher der neuen Entwicklung in Deutschland. Gewiss blieb für Österreich die innere Kräftesammlung auf Jahre hinaus die erste und einzige Aufgabe, aber unter welchem Gesichtspunkte diese geschehen sollte, dafür war die schon im Oktober 1866 erfolgte Berufung des stärksten mittelstaatlichen Preussengegners, des Herrn von Beust zum Minister des Auswärtigen eine öffentliche Kundgebung von stärkster Deutlichkeit.

Beusts glückliches Debut war, dass er die schlimmste der inneren Reibungen im Kaiserstaat, den endlos sich hinziehenden Streit mit Ungarn beseitigte, indem er nach seiner Erhebung zum Ministerpräsidenten an Belcredis Stelle im Februar 1867 den von ihm gegen Belcredis Föderalismus vertretenen Dualismus glücklich durchführte. Diese volle Nachgiebigkeit gegenüber den Forderungen der Ungarn, diese weiteste Auflockerung des staatlichen Zusammenhangs zwischen Cis- und Transleithanien hatte das eine bedeutende Ergebnis, nach aussen wieder der Regierung die Gesamtkraft des Kaiserstaates zur Verfügung zu stellen. Im Juni 1867 konnte sich Franz Joseph endlich zum König von Ungarn krönen lassen, Beust erhielt als erster nach Metternich die Ernennung zum Reichskanzler als seinen Lohn.

Gerade in der Zeit, in der dieser bedeutsame Schritt zur inneren Reform in Österreich geschah, spielte zwischen Frankreich und Deutschland die Luxemburger Frage, die bis nahe an den grossen europäischen Krieg heranführte. Ausser der nur schwach verschleierten Niederlage, die Napoleon in seinen Ansprüchen auf Luxemburg davontrug, war ihm das weitere widerfahren, dass am 19. März 1867 im Preussischen Staatsanzeiger die Veröffentlichung der gleich nach dem Krieg mit den süddeutschen Staaten abgeschlossenen Schutz- und Trutzbündnisse erfolgt und damit aller Welt kund gethan war, dass die gepriesene Errungenschaft der Napoleonischen Politik, die Mainlinie zwischen Nord- und Süddeutschland gerade da, wo sie für die Aussenmächte Wert hatte, nicht mehr bestand.

Napoleon sah ebenso wie Beust in diesen Verträgen einen Widerspruch zum vierten Artikel des Prager Friedens, nach welchem den süddeutschen Staaten die Freiheit gelassen war, in einen Verein zusammenzutreten, dessen Verbindung mit dem Nordbund der beiderseitigen Verständigung vorbehalten war. Sie lasen aus diesen Bestimmungen ein Gesetz heraus, das Preussen jedes Hinübergreifen über die Mainlinie vor dem Abschluss eines Südbundes untersagte. Nur fehlte Napoleon, der offiziell beim Friedensschluss nicht beteiligt gewesen war, jeder Rechtsvorwand zu einer Einmischung.

Anders Beust. Für ihn war der Abschluss der Schutz- und Trutzbündnisse »ein Meisterstück deloyaler Handlungsweise«, »das Äusserste, was an Macchiavellismus geleistet werden konnte«, und er erklärte sofort den 28. März 1867 nach Berlin, dass zwar eine Einsprache nicht geschehen werde, dass er aber sowohl die Berechtigung dazu betone, wie den Widerspruch, der zwischen dem vierten Artikel des Prager Friedens und den Schutz- und Trutzbündnissen bestehe. Trotz einer solchen Kundgebung durch Beust bewirkten Verhandlungen, die damals zwischen Wien und München geführt wurden, und getrennt davon eine Anknüpfung Beusts in Berlin, wo er mit einem Vermittlungsvorschlag in der Luxemburger Frage vortrat, dass in Berlin die freilich sehr voreilige Hoffnung auf eine Annäherung zwischen Österreich und den deutschen Regierungen entstand; Beust beeilte sich, dieser irrigen Auffassung gründlich ein Ende zu machen (19. April 1867). Jener Vermittlungsvorschlag über Luxemburg war auch nur äusserlich nach Berlin gegangen, er hatte weit mehr als Freundschaftsbeweis nach Paris gezielt, und trotz der formellen Ablehnung seines höchst wunderlichen Tauschvorschlages glaubte Beust mit der Anerkennung seiner vermittelnden Thätigkeit auch in Paris zufrieden sein zu können, wohin er obendrein einen kräftigen vertrauenerweckenden Kommentar für seine Ablehnung der versuchten Berliner Annäherung gehen liess.[1])

Diese deutliche Stellungnahme Beusts während jener gefährlichen europäischen Krise, die gerade im April 1867 ihren Höhepunkt erreichte, hat vielleicht Napoleon ermutigt, zum erstenmal den Antrag auf eine gleich sehr weit gehende Allianz mit Österreich zu stellen: Österreich wurde eine Vergrösserung in Süddeutschland oder Schlesien als Ausgleich für die von Frankreich zu erwerbenden Landstriche angeboten. Beust konnte wohl nichts anderes thun, als diesen zu plumpen Angriffsbund ablehnen, der Kaiser könne »mit zehn Millionen deutscher Unterthanen nicht wohl eine Allianz zu dem Zweck

1) Beust, »Aus drei Viertel-Jahrhunderten« II, 117—126, Sybel VI, 125—28, vgl. Beusts Schreiben vom 15. Mai 1867, Hahn »Fürst Bismarck« II, 697—699.

einer Verminderung deutschen Landes abschliessen«. [1]) Während Beust sich gegenüber den Berliner Annäherungsversuchen nur ablehnend verhalten hatte, war er im Gegensatz dazu weit entfernt, mit dieser Abweisung der zu weit gehenden Allianzforderung die Anknüpfung engerer Beziehungen mit Frankreich überhaupt abzuweisen. Hatte er sich bereits bemüht bei Napoleon Vertrauen zu seiner Gesinnung zu erwecken, so that er das in noch erhöhtem Masse, indem er sofort einsprang, als ein leidiger Zwischenfall die Beziehungen zwischen den beiden Kaiserhöfen zu trüben drohte.

Der tragische Ausgang des mexikanischen Abenteuers, die Hinrichtung des von den Franzosen im Stich gelassenen Kaisers Maximilian, hatte auf dessen Bruder Franz Joseph naturgemäss tief eingewirkt, er war zur Absage des zur Pariser Ausstellung von 1867 geplanten Besuches entschlossen. In Berlin hoffte man auf eine solche Wirkung der »entsetzlichen Katastrophe und der Mitschuld Louis Napoleons«. »Wir wünschen und hoffen alle«, schrieb Abeken, »dass der Kaiser nicht nach Paris gehen möchte, weniger um des politischen Verhältnisses willen, als aus menschlicher Empfindung, welche, wie wir glauben, auch in Österreich in vielen Kreisen geteilt wird.« Zwischen König Wilhelm und Franz Joseph fand ein Austausch sehr herzlich gehaltener Briefe statt.[2])

Da aber trat Beust ein, um jede derartige Wirkung sofort abzuwenden. Er erzählt selbst, dass er den Unmut seines kaiserlichen Herrn über Napoleons Handlungsweise durch den schlagfertigen Vergleich mit Österreichs Verhalten gegen Hannover beseitigt habe, das durch Österreich zu seiner verhängnisvollen Politik von 1866 aufgestachelt worden sei und doch von Österreich habe preisgegeben werden müssen. Durch seinen Botschafter, den Fürsten Metternich, liess er zugleich in Paris auf die Notwendigkeit hinweisen, dass Franz Joseph unter diesen Umständen nur in der Form eines Gegenbesuchs nach Paris kommen könne. Napoleon und Eugenie gingen bereitwillig auf den klugen Wink ein, und die Kaiserin fand geschickt die Motivierung des eigenen ersten Besuches in einer Beileidsbezeugung für Maximilians Tod über das von Napoleon schon nach Wien gerichtete Kondolenzschreiben hinaus. [3])

So kam es zu der Salzburger Zusammenkunft vom 18. bis 23. August 1867. Des Kaisers Vetter, der Prinz Napoleon, nennt sie einen Höflichkeitsbesuch,

1) Die einzige Mitteilung von diesem ersten Allianzvertrag »im Frühjahr 1867« findet sich in dem langen Schreiben Beusts an Andrassy vom 28. April 1874, Erinn. II, 337.

2) »H. Abeken. Ein schlichtes Leben in bewegter Zeit« S. 350.

3) Beust II, 131 f., 338. Sybel erzählt diese Dinge VI, 196, ohne aber die hier vorliegende alles veranlassende Initiative Beusts ihrer Bedeutung und ihrem Umfang entsprechend hervortreten zu lassen.

mehr durch ein allgemeineres Bedürfnis nach Aussprache als zur Verwirklichung eines bestimmten politischen Planes herbeigeführt.[1]) Während Napoleon dem Charakter des Besuches entsprechend ohne Minister erschien, war es wieder Beust, der nicht nur selbst den Kaiser Franz Joseph begleitete, sondern auch für die Anwesenheit des ungarischen Ministerpräsidenten, des Grafen Julius Andrassy und des österreichischen Ministers des Innern und Stellvertreters des Ministerpräsidenten, des Grafen Taaffe, gesorgt hatte. Natürlich will Beust das eine nur gethan haben, um dem Grafen Andrassy »etwas Angenehmes zu erweisen« und das andere »aus den gewöhnlichsten Rücksichten« für die »im Gebiet der Westhälfte stattfindende Entrevue«. Jedenfalls wurde daneben erreicht, dass der an sich schon stark politische Charakter der Begegnung von österreichischer Seite in aller Form öffentlich betont wurde.

Dennoch kam man zu keiner irgendwie bindenden Abmachung. Beust brauchte später ein Bild, auf das er sich etwas zu gute gethan zu haben scheint: Napoleon und er seien in ihren Unterredungen zwei Reitern zu vergleichen gewesen, von denen jeder fürchtete, der andere werde ihm vorschlagen, über einen tiefen Graben zu setzen.[2]) Eine längere Denkschrift des Herzogs von Gramont, der damals französischer Botschafter in Wien war, wurde beiseite gelegt und dafür eine kürzere aus Beusts Feder angenommen, welche der Prinz Napoleon, der den Inhalt freilich nur sehr unvollständig angiebt und von ihrer Bedeutung nicht viel wissen will, als protokollarische Zusammenfassung des Gedankenaustausches bezeichnet, abgefasst »in einem sehr schlechten Französisch«.

Die Aussprache hatte die deutsche und die orientalische Frage berührt, und in beiden war man entschlossen, die bestehenden Verträge, so wie man sie verstand, festzuhalten, d. h. Preussen am Main, Russland am Pruth Halt zu gebieten. Gewiss verkündete das französische Rundschreiben vom 25. August 1867 der Welt die in Salzburg festgestellte friedliche Gesinnung bei beiden Monarchen, und vielleicht war auch kein Wort von Krieg gesprochen worden, aber thatsächlich lagen die Dinge doch so, dass die Mainlinie eine für einige Zeit, aber nie für die Dauer erträgliche unnatürliche Schöpfung war, dass Abmachungen, welche ihre Erhaltung für die Dauer durch fremde Einsprache gewährleisten sollten, den Krieg in sich trugen. Das lag auch in Bismarcks energischer Erwiderung auf das französische Rundschreiben und seiner Abweisung jeder

1) »Les alliances de l'empire en 1869 et 1870«, Rev. des Deux Mondes Bd. 26 (1878) S. 492.

2) Beust II, 133, 338, vgl. Rothan, dem es Beust ähnlich erzählt hat, in »L'Allemagne et l'Italie« II, 38.

solchen Einsprache. So fasste Graf Chaudordy vor der parlamentarischen Untersuchungskommission im März 1873 Österreichs Stellungnahme zu Frankreich bei der Salzburger Zusammenkunft in die Worte zusammen: »Drängen Sie nicht«, aber mit dem Zusatz: »Wir werden zusammen marschieren«.[1])

Im Oktober folgte Franz Josephs Gegenbesuch in Paris, an dem die Kaiserin aus natürlichen Gründen nicht teilnehmen konnte. Wir erfahren wenig von ihm, hauptsächlich, dass auch hier der Empfang und äussere Verlauf glänzend waren, dass Beust, der wieder für die Mitnahme Andrassys gesorgt hatte, mit Napoleon und den französischen Ministern, und diese mit Franz Joseph mehrere Unterredungen hatten. Wichtiger sind die zuverlässig überlieferten Äusserungen, die der österreichische Kaiser und Andrassy auf der Rückreise am 5. November in Strassburg zu dem dort kommandierenden General Ducrot thaten. Beust war nicht zugegen, er hatte von Paris einen Abstecher nach England gemacht und traf den Kaiser erst wieder in München. Andrassy sprach zu Ducrot von der immer stärker werdenden Erkenntnis der Gemeinsamkeit ihrer Interessen in der Zukunft, »ich sehe keine Frage, welche die geringste Verschiedenheit in unseren Meinungen wie in unserem gemeinsamen Handeln herbeiführen könnte«. Und der mit einem Händedruck sich vom General verabschiedende Kaiser sprach als letztes Wort: »Wie Sie hoffe ich, dass wir eines Tages zusammen marschieren werden«.[2])

Somit hatte die österreichische Regierung zwar die von Napoleon vorgeschlagene Allianz mit Frankreich abgewiesen, durch die sie sich in ihrer Politik in lästiger Weise gebunden gefühlt hätte, weil darin der Kriegsgedanke ziemlich unverhüllt ausgesprochen war, aber sie hatte sich nach dieser Abweisung einer vertragsmässigen Verpflichtung doppelt bemüht, die Beziehungen beider Mächte, das herzliche Einvernehmen so eng zu gestalten, wie es ohne Vertrag überhaupt möglich war, mit Feststellung ihrer Übereinstimmung in den wichtigeren europäischen Fragen; und wenn man auch auf Worte, die für einen bestimmten Eindruck berechnet sind, kein zu grosses Gewicht legen darf, so war doch der Gedanke einer möglichen späteren Waffenbrüderschaft ausge-

1) Enquête parlementaire, Dépositions des témoins III, 578. — Ich finde nicht, dass die Begegnung bei Sybel VI, 197—99 »im harmlosesten Licht« erscheint, wie Delbrück, Preuss. Jahrb. 82 S. 4, behauptet. Sybel bezeichnet sie selbst als »politischen Kongress« und völlig zutreffend ist der Satz: »Also kein Bündnis, aber volles Einvernehmen«, sowie der dann folgende Inhalt der vereinbarten Denkschrift. Das ist erheblich mehr, auch in Sybels Auffassung, als nur »wohlthätige Empfindung freundschaftlicher Gesinnung«.

2) Brief Ducrots vom 9. November in »La vie militaire du général Ducrot« II, 195 f., sonst Beust II, 135—138.

sprochen worden, und wer der gemeinsame Feind sein würde, stand ausser Frage. Es war ein Irrtum gewesen, wenn Bismarcks Gehilfe Keudell im Februar 1867 gemeint hatte, dass es Österreich sei, welches »eine Triple-Allianz mit Frankreich und Italien« suche, aber ebenso irrte Bismarck jedenfalls in Bezug auf Beust, wenn er im Mai so mit Österreich zu stehen erklärte, dass eine Verständigung nicht unmöglich sei, Österreich wolle sich allerdings so theuer wie möglich verkaufen, »aber nur an uns, nicht an Frankreich«.[1]) Beusts Politik war im Jahre 1867 andere Wege gegangen.

Wirklichen Wert aber hatte diese österreichische Freundschaft für Napoleon nur dann, wenn er sie über die bisher eingehaltene Linie hinausdrängen konnte. Wenn er auch nicht unmittelbar den Krieg wollte, so musste er ebenso wie die Berliner Politik mit dem schliesslich unvermeidlichen, daher jederzeit möglichen Krieg rechnen. Kein anderer, als Frankreichs Heeresorganisator, der Marschall Niel, sagte Anfang 1869 dem ihm besuchenden General Lebrun: »Wir werden den Krieg haben, wir müssen ihn haben, noch nicht 1870, aber nicht später als 1871«, und wenn er auch die gegnerische Kriegsmacht unterschätzte, so fügte er doch hinzu: »So lange ich Minister bin, werde ich daran festhalten, dass Frankreich sich in keinen Krieg einlässt, in dem es nicht Verbündete zu seiner Hilfe hat«, was er ein andermal in der Form ausgedrückt haben soll, er würde sich lieber vierteilen lassen, als dem Kaiser erlauben, ohne Verbündete Preussen anzugreifen.[2])

War Napoleon somit auch ohne einen bestimmt vorliegenden Kriegszweck stets auf eine Politik der Allianzen hingewiesen, und konnte ihn zu neuen Versuchen in dieser Richtung schon die so stark zur Schau getragene Intimität der Österreicher trotz aller bisherigen Ablehnung ermutigen, so kam ihm neue Hilfe durch einen von Italien ausgehenden Anstoss.

Im April 1867 war dort Ricasoli gestürzt worden und Ratazzi an seine Stelle getreten. In Berlin urteilte man durchaus richtig, dass man den Wechsel für bedenklich, ja nach Bismarcks Meinung für geradezu gefährlich ansah,[3])

1) Aus dem Leben Theodor von Bernhardis, VII 329, 377.

2) Lebrun »Souvenirs« 319, 322. Rothan I, 377. Dieselbe Anschauung, dass Napoleon ohne Verbündete zu schwach zu einem Kriege mit Deutschland sei, sprach Erzherzog Albrecht im Frühjahr 1870 in Paris aus: Sybel, Begründung des Reiches VII, 205. Neue Mitteil., Histor. Zeitschr. 75 S. 46, nach Vitzthums Erinnerungen.

3) Bernhardi VII, 372: ». . . ich bemerkte, dass dem Ministerium Ratazzi und überhaupt der piemontesischen Coterie gar nicht zu trauen sei. Die Piemontesen sind gewöhnt ihr Vaterland abhängig von Frankreich zu denken — jetzt vollends suchen sie bei ihrer Schwäche im Lande auswärts, in Frankreich die Stütze, deren sie bedürfen, um sich im Besitz der Macht zu behaupten.« Bismarcks Äusserungen ebd. S. 375, 377.

denn Ratazzi war Piemontese und die Piemontesen, vor allem die Generale unter ihnen, La Marmora, Menabrea, Cialdini, hatten das ganze Emporkommen ihres Vaterlandes gebunden gesehen an Napoleons Freundschaft, an das französische Bündnis. In ihrem Empfinden blieb das neue Königreich Italien von diesem Bunde ebenso abhängig, wie früher das kleine Sardinien-Piemont, sie sahen ausserhalb desselben kein Heil. Besonders galt dies vom König Viktor Emanuel selbst, und er gerade hatte in Ratazzi einen seinen Wünschen überhaupt fügsameren Minister erhalten.

Das Ziel aber, dem er allen Italienern voran zustrebte, war nach dem glücklichen, durch die preussischen Siege ermöglichten Erwerb Venetiens die Vollendung der italienischen Einheit durch die Hauptstadt Rom. Da auch dieses Wunsches Erfüllung im Bunde mit dem französischen Protektor erhofft wurde, so war dieser dabei im schweren Konflikt zwischen der von ihm selbst vorangestossenen nationalen Bewegung in Italien und den notwendigen Rücksichten auf den Papst und die mächtige klerikale Partei seines eigenen Landes. Da aber hoffte er, noch mehr als der deutschen Einheitsbewegung am Main, der italienischen an der Grenze des Patrimoniums Petri dauernd Halt gebieten zu können.

Längst war die zum Schutz des Papstes in Rom weilende französische Besatzung den Italienern ein Dorn im Auge gewesen. Durch den Vertrag vom 15. September 1864 hatte sich Italien verpflichtet, das päpstliche Gebiet nicht anzugreifen und jeden »von aussen« dagegen gerichteten Angriff zu verhindern, wofür nach Massgabe der vorzunehmenden Reorganisation der päpstlichen Truppen die Räumung des Kirchenstaats von den Franzosen binnen zwei Jahren geschehen sollte. Wohl wurde der Vertrag ausgeführt, aber dadurch sofort illusorisch gemacht, dass den Kern der neuformierten päpstlichen Truppen Franzosen unter französischen Offizieren bildeten. Im Juli 1867 kam sogar ein französischer vom Kriegsminister gesandter General als Organisator der ziemlich verwahrlosten Söldner. Die Entrüstung in Italien war gross, nun hielt man sich auch nicht mehr an die Forderung des Vertrages gebunden und im September 1867 geschah der Einbruch der Garibaldiner unter Menotti Garibaldi in päpstliches Gebiet; darauf landeten französische Truppen zum Schutz des Papstes, und bei Mentana am 3. November 1867 legten die französischen Chassepots die glänzende Probe ihrer Wirkung gegenüber den italienischen Freischaren ab.

Das war ein böser Schlag für die Freunde des französischen Bündnisses in Italien, weit schlimmer als der mexikanische Zwischenfall für die österreichisch-französische Freundschaft gewesen war, und die Erbitterung stieg, als Napoleons

Staatsminister Rouher am 5. Dezember im gesetzgebenden Körper den römischen Hoffnungen der Italiener das französische »Niemals« mit heftigem Nachdruck entgegenstellte und dafür die nahezu einstimmige Billigung der Kammer fand. Aber wie nach Maximilians Katastrophe Beust veranlasst hatte, dass derjenige, welcher sich als den Gekränkten ansehen musste, Frankreich zuerst die Hand wieder entgegen streckte, so war jetzt die piemontesische Partei entschlossen, die französisch-italienischen Beziehungen über Mentana und Rouhers »Niemals« hinweg zu retten. Im Oktober 1867 war auch Ratazzi gefallen, General Menabrea an seine Stelle getreten und noch Ende Oktober, also vor Mentana, der General La Marmora als königlicher Vertrauensmann zu Napoleon gesandt worden. Anfang 1868 begannen die ernsteren Verhandlungen, die somit, was besonders zu betonen ist, der italienischen Anregung entsprangen, und in denen aus den Besprechungen über die römische Frage sich der Gedanke einer engeren vertragsmässigen Verbindung heraus entwickelte. [1])

Das freilich ist Alles, was sich bis jetzt über diese Verhandlungen sagen lässt. Wir wissen gar nicht, ob in diesem ersten Stadium derselben schon von einer Hereinziehung Österreichs gesprochen worden ist; es erscheint deshalb als unwahrscheinlich, weil Napoleon damals schwerlich schon an einen Dreibund dachte, sondern nur an die zwar unter gleichem Gesichtspunkt, aber äusserlich getrennt zu haltende besondere Verbindung Frankreichs mit Italien und mit Österreich, wie er das auch wieder bei dem nächsten Versuch, Österreich im Gegensatz zu Preussen an sich anzuschliessen, bethätigte.

In der äusseren Form des Verkehres war eine die ganze Art der weiteren Verhandlungen bestimmende Änderung eingetreten. Ebenso wie Viktor Emanuel in Paris neben dem offiziellen Vertreter Italiens seinen besonderen Vertrauensmann hatte, zunächst La Marmora, dann seinen Ordonnanzoffizier, den Militärattaché bei der Pariser Gesandtschaft, Grafen Vimercati, so führte Beust durch einen besonderen Privatbrief Franz Josephs bei Napoleon seinen vertrautesten Helfer aus der sächsischen Zeit, der ihm nach Österreich nachgefolgt war, den Grafen Vitzthum von Eckstädt als Sonderbevollmächtigten neben dem Fürsten Metternich ein, und wies ihm dabei als offiziellen Posten den des Gesandten in dem leicht von Paris erreichbaren Brüssel an. [2])

1) Massari, »Vita di Vittorio Emanuele« II, 307, 309, 352 f., vgl. Prinz Napoleon a. a. O. 492 f.

2) Sybel VI, 367 f. nach den von ihm allein benutzten noch ungedruckten Aufzeichnungen Vitzthums. Sybel führt diese Ernennung nur zurück auf das Misstrauen Franz Josephs und Beusts gegen Napoleon, um ausser dem stets rosig färbenden Fürsten Metternich, der geradezu Hausfreund der kaiserlichen Familie war, einen unbefangenen Beobachter zu besitzen. Aber wenn auch Beust

Es ist sehr erklärlich, wenn Napoleon in dieser Ernennung eine weitere Kundgebung des Wunsches nach engen und vertraulichen Beziehungen sah, von denen auch für ihn mehr zu erhoffen war, und so liess er im Juli 1868 durch Metternich vorschlagen, gemeinschaftlich eine Interpellation an Preussen wegen seiner Versuche zur Überschreitung der Mainlinie zu richten. Bei der Gefahr, die in einem solchen Vorgehen lag, musste eine Macht, die eine unmittelbare Kriegsgefahr jedenfalls vermeiden wollte, diesen Antrag ebenso und noch mehr ablehnen, als den vom Frühjahr 1867.

Aber auch hier vermied es Beust ängstlich, durch eine blosse Ablehnung die Beziehungen zu gefährden. Deshalb wies er darauf hin, dass gerade dieser Vorschlag das beste Mittel sei, der Überschreitung der Mainlinie Anhänger in Süddeutschland zu gewinnen, und er setzte an dessen Stelle einen anderen Vorschlag von etwa gleicher Richtung, nur ohne die gleiche Gefahr. Napoleon sollte sich für eine allgemeine Abrüstung erklären, zu der er selbst das Beispiel geben wolle, »sobald nur eine befriedigende Erklärung der preussischen Regierung über die Aufrechterhaltung der Bestimmungen des Prager Friedens ihn dazu in den Stand setze.« Napoleon würde auf jeden Fall dadurch eine vortreffliche Stellung erhalten und Preussen bei einer Ablehnung das allgemeine Misstrauen auf sich lenken und im Lande die Agitation gegen das Militärbudget heraufbeschwören. Der Gedanke ist Beust wohl von Vitzthum eingegeben, jedenfalls von diesem im September 1868 in Paris vertreten worden, und Beust zuckte noch später die Achseln darüber, dass Napoleon abgelehnt und sich für den Klügeren gehalten habe. Wenn er aber zugleich Napoleons Einwand berichtet, dass das Ganze bei dem Landwehrsystem einfach auf eine Prellerei herauskommen würde, so beweist er selbst, dass Napoleon hier wirklich der Klügere war und er ihn nicht verstanden hat. Rouher war eher einverstanden gewesen, er machte auch nach der Ablehnung des damals in Biarritz weilenden Kaisers einen vermittelnden Gegenvorschlag, der Reserven und Landwehr einbegreifen sollte, fand aber auch damit keine Gnade bei seinem Herrn.[1])

Beust hatte wohl gemeint, dass er Napoleons Versuch, Österreich mit

---

seine Beziehungen zu Metternich herausstrich, wenn er versicherte, dass er ihm selbst »im kritischen Jahr 1870 in keiner Weise übeln Willen, sondern nur Befangenheit in zu optimistischer Anschauung vorzuwerfen« gehabt habe (Erinn. II, 35), so lag in letzterem doch gewiss nicht der einzige Anlass, dass Beust gerade in Paris für einen Mann sorgte, dem er persönlich in jeder Weise das grösste Vertrauen schenken konnte, der ebensowenig Österreicher war wie er.

1) Beust an Andrassy, 28. April 1874, Erinn. II, 340 f., vgl. 380, ergänzt durch Mitteilungen nach Vitzthum bei Sybel VI, 369—71. Beust erwähnt von Vitzthums Mitwirkung gar nichts, sondern stellt alles als sein Werk dar, während Vitzthum den Gedanken wieder ganz für sich in Anspruch nimmt.

gegen Preussen voranzuziehen, geschickt durch einen Gegenvorschlag pariert habe, der darauf hinauslief, Napoleon möge sich die Kastanien allein aus dem Feuer holen. Rouher nahm daher auch die von Beust damit zur Seite geschobene Hauptsache sofort hervor, indem er zu Vitzthum äusserte, dass im Falle eines daraus entstehenden Bruches Österreich ihnen doch mit den Waffen helfen würde. Vitzthum antwortete in der Überraschung nicht ganz vorsichtig und erhielt eine kleine Zurechtweisung Beusts: dass ein unüberlegtes Wort ihm »die mühsame Arbeit von zwei Jahren« umwerfen könne, »der Gedanke von dem Eintritt in die Aktion ist jetzt absolut falsch.« [1]) Damit war das entscheidende Wort für Beusts Politik gesprochen. Es blieb bei dem herzlichen Einvernehmen, über dessen Linie hinaus Österreich durch die Verhandlungen der Jahre 1867 und 1868 nicht zu bringen gewesen war, und vielleicht hat diese Zurückhaltung Österreichs auch die von Viktor Emanuel angeknüpften Bundesverhandlungen mit Napoleon nicht recht von der Stelle kommen lassen.

Die Ziele der österreichischen, oder genauer der Beustischen Politik während dieser zwei Jahre stehen nunmehr mit ziemlicher Deutlichkeit vor uns: Beust hatte jede Annäherung an den Norddeutschen Bund, die zugleich dessen Bestand und Weiterentwicklung hätte sichern müssen, abgewiesen, vielmehr fand er sich hier auf dem gleichen Boden des Gegensatzes mit Napoleon zusammen. Nur darin bestand zwischen ihnen ein wesentlicher Unterschied, dass Napoleon, gleichgiltig ob er einen unmittelbaren Kriegszweck hatte oder nicht, auf eine Politik der Allianzen hingewiesen war, und dass diese Allianzen die für Frankreich erwünschte Sicherung um so mehr enthalten mussten, je mehr es gelang, sie offensiv gegenüber Preussen zu gestalten. Beust dagegen zeigte sich bei seiner Abwendung von Deutschland zwar auf eifrige Pflege der engsten Beziehungen zu Frankreich bedacht und gab für deren Herstellung im kritischen Augenblick selbst den Anstoss, aber er wies die bisherigen Allianzanträge sämtlich ab, welche, so viel wir von ihnen erfahren, Napoleons Interessen entsprechend durchaus offensiven Charakters waren. Er wollte »jetzt« durchaus nichts von einem »Eintritt in die Aktion« wissen.

Das war die Politik, die sich für Beust aus der gesamten Lage Österreich-Ungarns ergeben musste. Beust hatte den Ausgleich mit Ungarn gefunden, dessen Bedeutung für die auswärtige Politik durch die Stärkung der Gesamtkraft der Monarchie zu Tage liegt. Aber der Ausgleich wirkte nicht

---

1) Sybel in d. hist. Zeitschr. 75 S. 43 f., natürlich nach Vitzthum. Vgl. Beusts Ausdruck im Schreiben an Metternich, 11. Juli 1870: »Nous n'avons jamais dissimulé le besoin impérieux que nous avons de la paix«. (Erinn. 351.)

nur als Sporn, sondern auch als Zügel. Der ungarische Graf Csaky sagte im Mai 1867 zu Theodor von Bernhardi: »Österreichs wegen könne man für jetzt ruhig sein; es könne nicht Anteil nehmen an einem Kriege gegen Preussen, denn Beust habe das Reich und seine Politik von den Ungarn abhängig gemacht, und die Ungarn wollten keinen Krieg, der geführt würde, um Österreichs Suprematie in Deutschland wieder herzustellen, denn sie wissen, dass sie selbst wieder der alten Unterthänigkeit verfallen, wenn Österreich seine alte Macht in Deutschland wiedergewinnt.«

Diese Äusserung entsprach der Anschauung der leitenden Persönlichkeiten in Ungarn, wie des Ministerpräsidenten, des Grafen Julius Andrassy, und des Kultusministers, des Barons Eötvös, dass die Herstellung der österreichischen Vorherrschaft in Deutschland für ihr Vaterland geradezu ein Unglück sei, und diese Überzeugung vom eigenen Interesse hob reichlich die Antriebe auf, die in dem starken Preussenhass und der noch stärkeren Franzosenbegeisterung der Magyaren lagen.[1]) Den Grafen Andrassy hätte nur die Gefährdung der Integrität der österreichisch-ungarischen Monarchie, die aber für ihn mit der Festhaltung oder Beseitigung der Mainlinie gar nichts zu thun hatte, von einer nachdrücklichen Friedenspolitik abbringen können. Er hielt es auch später gegenüber den von ihm gefürchteten Umtrieben Beusts für nötig, den französischen Botschafter, den Herzog von Gramont, vor falschen Hoffnungen zu warnen: Frankreich würde für einen Krieg mit Preussen auf die Mithilfe Österreich-Ungarns ganz und gar nicht zu rechnen haben.[2]) Wenn daher gerade Andrassy sich nach Franz Josephs Besuch in Paris zu Ducrot so warm über ihre Interessengemeinschaft mit Frankreich ausgesprochen hatte, so ist das um so mehr ein Beweis,

1) Csakys Äusserung s. bei Bernhardi VII, 366; über Andrassy s. Konyi »Beust und Andrassy 1870—1871« in der deutschen Revue XV, 2 (1890) S. 13, vgl. Friedjung »Der Kampf um die Vorherrschaft« II, 527; über Eötvös s. Konyi a. a. O. S. 17 f.

2) Darüber s. die Ausführungen Konyis, zum Teil nach persönlichen Mitteilungen Andrassys und nicht näher genannten Aufzeichnungen. Nach Thiers' Aussage (Dépos. des témoins I, 5) hat ihm Andrassy selbst diese Äusserung zu Gramont wiedererzählt, nur irrt Thiers darin, dass ihm auch Beust das gleiche von sich mitgeteilt habe; hierin widersprechen ihm denn auch Beust und Gramont nachdrücklich (Beust, Erinn. II, 363 f., 372), während die Aussage über Andrassy ohne Einrede bleibt. — Wenn Oncken und Delbrück den Ton allein auf die Stimmung bei den Magyaren legen, so kommen sie für die von diesen wirklich eingenommene Haltung zu einem falschen Schluss (s. dagegen schon Petersdorff in den Forsch. z. brand. und preuss. Gesch. IX, 77). Während Ungarn gerade der stärkste Hemmschuh für etwaige Kriegsgelüste war, meint Delbrück S. 16, »Schwierigkeiten hätte nur ein Teil der Deutschen gemacht«; seine weitere Bemerkung: »Auch den Zutritt Russlands scheute man nicht«, ist zwar buchstäblich richtig, wie wir noch sehen werden, aber nur für eine Person, nämlich für Beust, nicht für die Ungarn.

dass in Paris nichts über die Linie der Friedenspolitik Hinausgehendes beschlossen worden ist.

Da Beust diese Linie ebenfalls einhielt, so trat vorläufig ein Gegensatz zwischen beiden Männern nicht sichtbar hervor. Anders war es freilich um die ihr Handeln leitenden Grundanschauungen bestellt, da Beust im genauen Gegensatz zu Andrassy das Ausscheiden Österreichs aus dem deutschen Bundesverband, das Aufgeben seiner alten Machtstellung in Deutschland stets beklagt hat. Wohl führte er nur den einen Grund an, der dem von Csaky betonten magyarischen entsprach: weil die bevorzugte Stellung des deutschen Elementes in Österreich dadurch ihren besten Stützpunkt verloren habe [1]), im ganzen aber war es seine alte Auffassung, Österreich als Gegengewicht gegen Preussen in Deutschland zu erhalten, mit welcher er in der österreichischen Staatsleitung als Träger der Überlieferung eines Metternich und vielleicht mehr noch eines Schwarzenberg erscheint.

Mochte er also den inneren Anschauungen der ungarischen Politiker so ferne stehen wie er wollte, jedenfalls war er in seinem Handeln zu vorsichtiger Rücksichtnahme auf sie genötigt. Zu der Hauptsache, der Erhaltung des Friedens, drängten aber noch viel stärker die besonderen österreichischen Interessen, die Forderung der Kräftesammlung nach der schweren Niederlage, während man in einer Umgestaltung des Heeres stand und in den schwierigsten Finanzverhältnissen dahinlebte. [2]) Dazu kam, dass trotz aller Vergeltungswünsche die Deutschen Österreichs schwerlich zu einem französischen Krieg gegen das übrige Deutschland zu haben gewesen wären. Das war die Anschauung der leitenden Männer selbst, wie es ja Beust in seiner Abweisung eines französischen Bundnisses im Fruhjahr 1867 deutlich ausgesprochen hatte, und genau damit in Übereinstimmung standen Franz Josephs Worte zu General Lebrun im Juni 1870, dass Preussen durch die Benützung der deutschen Frage nicht nur Nord- und Süddeutschland, sondern auch die deutschen Stämme Österreich-Ungarns aufwiegeln könnte. [3])

Somit sprachen schlechthin alle Gründe in beiden Reichshälften nur für die Innehaltung einer Politik des Friedens, gegen sie stand nur das eine Gefühlsmoment des Wunsches nach Vergeltung am Sieger von Königgrätz und bei den Magyaren noch das ihrer Vorliebe für die Franzosen gegenüber den russen-

1) II, 433 f.

2) Sybels kurze Darlegung (hist. Zeitschr. S. 43) halte ich für völlig zutreffend. Gegen Delbrücks Einwände (S. 16) vgl. Petersdorff, S. 77.

3) Beust II, 337, Lebrun S. 147.

freundlichen Preussen. Aber von dem, was gemäss einer nur diesem Gefühl folgenden Politik etwa den Preussen abzunehmen sei, von der Wiedererwerbung der Vorherrschaft in Deutschland für Österreich, wollten die Ungarn nichts wissen, und die national gesinnten Deutschen in der Westhälfte des Reiches wiesen den mit Abtretung deutschen Landes, überhaupt mit der schwersten Schädigung der nationalen deutschen Bestrebungen verbundenen Kaufpreis ab, der an Frankreich zu zahlen sein würde.

Der aus dieser Lage sich ergebenden Politik war Beust bisher gefolgt. Einigen Verdacht musste es nur erwecken, dass er Anhänger der Hegemonie Österreichs in Deutschland und damit einer schliesslich doch nur durch einen Kampf möglichen Zurückdrängung Preussens blieb, eine Auffassung, die ja auch allein seiner politischen Vergangenheit entsprach. Sollte er ferner wirklich eine für die Dauer geplante und damit möglichst fest zu fundamentierende Friedenspolitik verfolgt haben, so muss doch etwas auffallen, dass er jede, dieser gerade die grösste Förderung bietende Berührung mit dem neuen Deutschland, wie sie Bismarck ihm anbot, weit von sich wies, dass er trotz der Ablehnung der von Napoleon in unannehmbarer Form gebotenen Allianz mit emsiger Beflissenheit die intimsten Beziehungen zu Frankreich, dem gegebenen Widersacher Preussens pflegte. Sollte ihm endlich bei der Abweisung eines »Eintritts in die Aktion« gegenüber Vitzthum im September 1868 das Wörtchen »jetzt« nur zufällig aus der Feder geflossen sein?

Ich glaube nicht. Wir haben eine Mitteilung über Beusts Grundansicht in jener Zeit, welche zwar aus zweiter Hand und von einem Manne stammt, der es mit einigem Färben nicht gerade genau nahm, welche aber doch eine glatte Antwort auf alle erhobenen Fragen giebt. Der hessische Minister Herr von Dalwigk besuchte im Oktober 1868 den General Ducrot in Strassburg, mit dem er als der Rheinbundsminister der 60er Jahre nahe Grenzbeziehungen unterhielt, und sagte hier nach Ducrots Bericht: »Mein Freund von Beust glaubt, dass der Krieg allein Österreich wieder emporbringen kann; aber er will noch warten, da er meint, Österreich gewinne von der Zeit mehr Vorteil als Preussen.« [1])

Von diesem Gesichtspunkt aus würde uns Beusts Politik klar und in widerspruchslosem Zusammenhang erscheinen: Fernhaltung vom Norddeutschen Bunde, engste Beziehungen zu Preussens Gegner, aber Abweisung jedes Planes,

---

23) Ducrot II, 281. Der ehrenwerte Dalwigk fügte hinzu, dass er anderer Meinung sei, und suchte die Franzosen zu drängen, lieber heut als morgen loszuschlagen.

durch den der Krieg in greifbare Nähe gerückt werden konnte. Es bliebe damit ganz richtig, Beusts damalige Politik als nachdrückliche Friedenspolitik zu bezeichnen, aber es hätte doch, wenn auch zunächst in weiter, noch nicht absehbarer Ferne der Kriegsgedanke hinter ihr gestanden. Beusts weiteres Verhalten erst kann vollständig die Richtigkeit oder Unrichtigkeit dieser Ansicht erweisen.

Wollte Beust den Frieden nur, um Zeit zu gewinnen zur inneren Stärkung Österreichs für den Kampf, so musste er doch auch diese Zeit benützen, um die mächtigen inneren Widerstände zu überwinden, die sich ihm für sein letztes Ziel, für ein Auftreten gegen Preussen, in beiden Reichshälften, besonders in Ungarn entgegen stellten. Riss er im gegebenen Augenblick Ungarn fort, dann war auf ein Mitgehen Österreichs eher zu hoffen, besonders wenn es gelang, eine ausserhalb Deutschlands liegende Frage in den Streit hereinzuziehen. Und da finden wir, dass das allein der Gesichtspunkt war, von dem Beusts sehr eigentümliches Verhalten in der orientalischen Frage bestimmt wurde.

Auch gegenüber dem Orient bestand Gleichheit der Anschauungen zwischen Wien und Paris darin, dass Russland fest auf der Linie des Pariser Vertrages von 1856 gehalten, jedenfalls an jeder einseitigen Lösung der ihm angelegten Fesseln verhindert werden sollte In Salzburg war verabredet worden, dass einer Überschreitung des Pruth durch die Russen sofort die Besetzung der Walachei durch die Österreicher mit französischer Hilfe folgen sollte, und im September 1868 kam dann der von Rouher ausgesprochene Gedanke hinzu, dass der Hohenzoller Karl, der für Russland arbeite und eine Schildwache Preussens sei, wieder aus Rumänien entfernt werden müsse.[1])

So willkommen Beust diese Regung zu handelnder Politik im Orient bei Frankreich war, so genügte sie ihm doch nicht. So abenteuerlich der ganze Plan aussehen mag, so kam doch der Gedankengang Beusts darauf hinaus: da weder die Ungarn noch die Deutschen in Österreich beim Aufrollen der deutschen Frage gegen Preussen in Bewegung zu setzen sind, so muss zu diesem Zweck die orientalische Frage benützt werden; dabei galt es, Preussen und Russland so nahe aneinander zu bringen, wie nur möglich, nicht etwa auseinander zu halten, wie die thörichten Franzosen wollten. Ein geradezu frivoles Spiel: um Österreich-Ungarn gegen Preussen mobil machen zu können, sollte erst Russland als Preussens Genosse in Bewegung gesetzt werden, da nur gegen dies die Ungarn voran zu bringen waren. Allerdings musste er denken, die

1) Beust II, 134, Sybel VI, 370 nach Vitzthum.

russische Macht so nebenbei abthun zu können. Das war nicht das Handeln eines mit seinem Land und dessen Interessen verwachsenen Staatsmannes, sondern eines politischen Intriganten und Spielers, der in den neuen grösseren Verhältnissen seine alte, aus dem Bundestag herübergebrachte Politik des eigenen Ehrgeizes und der Gegnerschaft gegen Preussen mit den alten Mitteln verfolgte. »Ce ne sera jamais qu'un brouillon« sagte Ende 1869 der Zar über ihn zum französischen Gesandten.[1]) Als dies an sich schon aussichtslose Spiel dann durch Frankreichs blindes Losschlagen verloren war, noch ehe er nötig gehabt hatte, seine eigentlichen Ziele aufzudecken, da war es nicht zu verwundern, wenn er die Welt möglichst über diese Ziele hinwegzutäuschen suchte.

Ganz in diese Richtung seiner Orientpolitik war schon die zu Anfang 1867 von ihm vorgeschlagene Revision des Pariser Vertrages gestellt, worin man irrig wohl gar den Versuch einseitiger Verständigung mit Russland gesehen hat, mindestens aber das Streben, Russland zu gewinnen und Preussen zu isolieren.[2]) Der Weg, den Beust damals schon mit seiner ersten Depesche darüber vom 1. Januar 1867 einschlug, ging über Paris, das Zusammenhalten mit Frankreich blieb ihm die Vorbedingung. Er wollte wohl eine Lösung der Russland unnatürlich beengenden Bestimmung des Pariser Vertrages, der das Schwarze Meer neutralisierte, aber, um dem zumeist gefürchteten einseitigen Vorgehen Russlands zu begegnen, durch die am Vertrag beteiligten Mächte. Für Russland war das obendrein nur ein Köder, um es für die weiteren Pläne gefügig zu machen, welche den westlichen Mächten eine stärkere Möglichkeit der Einmischung im Osten geben sollten als bisher, scheinbar gegen die Türkei, in Wahrheit nur wieder gegen Russland gerichtet. Besass man diese Möglichkeit, dann war auch der Hebel gegeben, durch den die orientalische Frage leichter aus der vorübergehenden Ruhe gehoben werden konnte. Russland war klug genug, den schönen Gedanken zurückzuweisen; die weitere Hauptsache, die Zusammenhaltung Frankreichs und Österreichs gegenüber dem Orient wie gegenüber Deutschland, gelang Beust dann in den Salzburger Besprechungen in vorläufig genügender Weise zu sichern.

Nur fehlte eben der praktische Erfolg. Denn liess Beust sich nicht von Napoleon gegen Preussen voranziehen, so dieser nicht von ihm gegen Russland. Beust machte ihm noch später bittere Vorwürfe darüber und liess dabei glücklicherweise trotz der Vorsicht im Ausdruck den eigenen Grundgedanken

1) Fleury, »La France et la Russie en 1870«, Rev. de Paris 1898, VI. S. 720.
2) Das ist auch Sybels Ansicht VI, 128.

genügend hervortreten. Der Versuch der Verständigung mit Russland Anfang 1867 war danach »in Folge des Mangels allen Verständnisses dafür in Paris« fehlgeschlagen. Bei der panslavistischen Bewegung, der immer unfreundlicheren Stellung Russlands zu Österreich musste dieses Russland immer mehr als seinen Gegner im Orient ansehen und daher trachten »dort Hand in Hand mit Frankreich zu gehen.« Das konnte bei Englands Passivität »unter Umständen zu einem Konflikt zwischen Österreich und Frankreich gegen Russland führen, und wenn dann Preussen in den Fall kam, auf russische Seite zu treten, dann konnte ein französischer Krieg gegen Deutschland ein solcher werden, in den wir ohne alle inneren Schwierigkeiten hätten eintreten können. Dies hat der Kaiser Napoleon nie begriffen und in unglaublicher Verblendung immer Russland von Preussen zu trennen gehofft.« [1]

So suchte jeder den Genossen für eine gemeinsame Politik nach einer anderen Seite zu ziehen, jeder aber weigerte sich, den Wünschen des Genossen zu folgen. Wenn Beust die Gefährdung seiner damaligen Friedenspolitik durch eine unmittelbar gegen Preussen gerichtete Verbindung abwies, so Napoleon den nach Beusts Meinung diese Verbindung in späterer Zukunft ermöglichenden Umweg über ein gemeinsames Vorgehen im Orient. Napoleon konnte mit diesen gefährlichen Plänen und der ganzen künstlichen Zukunftspolitik Beusts bei seinen näher liegenden Sorgen nicht gedient sein; handelte er auch in Beusts Augen in »unglaublicher Verblendung«, so musste es ihm, der sich ohne Allianzen nicht einmal gegen Preussen sicher fühlte, doch als wunderlichste Zumutung erscheinen, nur für die bessere Aussicht der möglichen österreichischen Bundesgenossen-

1) In dem Schreiben an Andrassy, 28. April 1874, Erinn. II, 337. Beust bezeichnet die Rolle, welche dieser Gedanke gespielt hat, mit dem Zusatz, dass man diesen »verderblichen roten Faden« in der Korrespondenz des Fürsten Metternich bis in den Juli 1870 hinein fortgesponnen finden werde. Genau mit dem dargelegten Gedanken übereinstimmend ist der Satz (an Metternich, 11. Juli 1870, ebd. 348): »Je n'ai pas besoin de vous rappeler, qu'en examinant les éventualités de guerre nous avons toujours déclaré, que nous nous engagerions volontiers à entrer activement en scène si la Russie prenait le parti de la Prusse, mais que si celle-ci seule était en guerre avec la France, nous nous réservions le droit de rester neutres«. Ebenso bestätigt Gramont, dass Beust ihm in Wien vorgestellt habe, es sei wünschenswert, dass der Krieg, wenn er notwendig würde, aus einer nicht-deutschen Angelegenheit entspränge, »qu'elle prît naissance par exemple, au sujet de quelque question orientale« (Beust, Erinn. II, 373). Auf diese Darlegungen in der vertraulichen Korrespondenz zwischen Wien und Paris weist Beust auch später den Grafen Apponyi hin, um dann in echt Beustischer Wendung hinzuzufügen: »Von einer die Spitze gegen Russland richtenden österreichisch-französischen Allianz wird sich sicherlich darin kein Ausdruck finden« (ebd. 560); das war dem Wort nach zutreffend, um den diese Politik beherrschenden Gedanken sah es freilich etwas anders aus.

schaft noch die sichere Feindschaft Russlands herauszufordern. Dabei erlitt er im Winter 1868/69 wieder eine ärgerliche Schlappe, indem der schon abgeschlossene Verkauf zweier belgischer Bahnen an die französische Ostbahngesellschaft, hinter der natürlich der Kaiser stand, am Widerspruch von Regierung und Kammer in Belgien scheiterte; die ohnehin starke Erregung in Frankreich war dadurch beträchtlich gestiegen. Die Gefahr der Lage und damit das Allianzbedürfnis drängten sich stärker seinen Erwägungen auf, aber wenn er sich dafür immer an erster Stelle wieder auf Österreich hingewiesen sah, so musste er bei dessen Verhalten auf andere Wege sinnen ihm beizukommen.

Was aus Beusts Ablehnung einer Allianz und seiner Betonung des Friedensbedürfnisses bei dem sichtbaren Streben nach freundschaftlichen Beziehungen hervortrat, war, dass ihm entschieden ein Bündnis mit Frankreich bei dem gespannten Verhältnis zu Preussen ein höchst unbehaglicher Gedanke war. Wie nun, wenn ihm darin eine grössere Garantie sowohl für die einzuhaltende Politik, wie auch für die materielle Hilfe im Ernstfall geboten würde, wenn Frankreich statt der bisher verhandelten einseitigen Bündnisse mit Italien und mit Österreich diese beiden mit sich zu einem grossen Dreibund vereinte? Freilich war Frankreich dann stärker gebunden, als wenn es für sich mit jeder Macht einzeln abschloss, aber es stand auch selbst inmitten einer grossen machtvollen Koalition.

Leider lassen uns hier die bis jetzt verfügbaren Quellen etwas im Stich. Zunächst lässt sich nicht erkennen, wie weit etwa die besonderen italienisch-französischen Verhandlungen, die dem erneuten Antrag an Österreich im Juli 1868 vorangingen, infolge der Zurückhaltung Österreichs eingeschlafen waren und wann sie wieder aufgenommen wurden. Jedenfalls dürfen wir annehmen, dass der Dreibundsgedanke zuerst zwischen Frankreich und Italien verhandelt wurde, dass das Einverständnis mit Italien die Voraussetzung war, auf die hin Napoleon Österreich den Dreibund anbot. Da dies schon im ersten Beginn des Jahres 1869, wenn nicht noch früher geschah, so kann die Pause in den Verhandlungen mit Italien nicht allzu lange gewesen sein, denn vom Juli bis Oktober 1868 hatten die letzten französischen und österreichischen Vorschläge und Gegenvorschläge gespielt.

Wir sind über den Gang der den Dreibund vorbereitenden Verhandlungen zwischen Napoleon und Viktor Emanuel gar nicht unterrichtet, wir kennen nur ihr Ergebnis, das in den letzten Monaten des Jahres 1868 zustande kam und dann den weiteren Verhandlungen mit Österreich als Unterlage diente. Dieser französisch-italienische Vorentwurf zum Dreibund nahm einen Vertrag in Aussicht, der natürlich wie üblich die Erhaltung des europäi-

schen Friedens als Hauptziel hinstellte: er sollte ein Friedens-, Freundschafts- und Allianzvertrag der drei Souveräne sein, diese sollten in allen wichtigen Fragen der europäischen Politik gemeinsam vorgehen; der Vertrag war nicht offensiv, sondern defensiv, der Krieg war als möglich vorausgesehen, aber nicht gefordert, was der Prinz Napoleon zutreffend dahin bezeichnete, dass Napoleon und Viktor Emanuel ihre Ansichten über einen Defensivvertrag ausgetauscht hätten, der zu einem offensiven werden konnte. Und dass man diese Umwandlung sehr in's Auge gefasst hatte, zeigt der sorgsame Vorbedacht für die in einem Krieg zu machende Beute und deren Verteilung. Italien forderte dabei eine doppelte Grenzberichtigung, nach dem Roya-Thal, also nach seinem alten Besitz von Nizza, und nach den Tiroler Alpen hin, somit gleichmässig auf Kosten Frankreichs und Österreichs; dazu kam eine Flottenstation an der tunesischen Küste. Für die nächste Papstwahl wurde ein gemeinsames Vorgehen der Dreibundmächte in Aussicht genommen. Die römische Frage scheint in dem Vorentwurf nicht erwähnt worden zu sein, und es sah für das ganze Allianzwerk etwas bedenklich aus, wenn über diese erste Vorbedingung für Italien eine Einigung noch nicht erzielt war.

Wenn nach den vereinbarten Bestimmungen die beiden Genossen an Italien Landabtretungen machen sollten, so war selbstverständlich, dass sie sich nach einer anderen Seite hin schadlos zu halten hatten, und wo diese Seite zu suchen war, lag auf der Hand, ebenso die Art, wie Frankreich sich reichlichen Ersatz für ein kleines Opfer im Südosten würde verschaffen können. Schwieriger stand es darin von vorneherein mit Österreich. Im Frühjahr 1867 hatte Beust die französische Allianz mit einer Aussicht auf eigene Vergrösserung in Süddeutschland oder Schlesien abgelehnt, man musste ihn also auf andere Weise zu fassen suchen. Napoleon ging vorsichtig voran, ohne den ganzen Plan, vor Allem die Zumutung österreichischer Abtretungen an Italien gleich zu offenbaren. Er eröffnete, vielleicht Anfang 1869, Metternich und Vitzthum, dass er ihnen statt der unthunlichen Abrüstung, die sie vorgeschlagen, einen Dreibund anbiete; er forderte entsprechend der Art, wie die Sache mit Viktor Emanuel nur durch Vimercati angeknüpft war, strengste Geheimhaltung; auf französischer Seite sollte nur Rouher davon wissen, weder der Minister des Auswärtigen Lavalette noch der Botschafter in Wien, der Herzog von Gramont. Ersterer ist zuletzt noch hinzugezogen worden, ebenso wie auf italienischer Seite der wegen seiner persönlichen Gesinnung darin dem König zuverlässige Menabrea, aber ausdrücklich hinter dem Rücken der andern Minister in seiner Stellung als Generaladjutant, nicht als Ministerpräsident, ausser ihm der Pariser Gesandte,

Ritter Nigra; auf österreichischer Seite erfuhren nur der Kaiser, Beust und die beiden Gesandten davon.[1])

Rouher trat nach Napoleons ersten Eröffnungen in die sachlichen Verhandlungen mit den beiden Österreichern ein. Offenbar wollte er sondieren, wie weit Österreich im Rahmen eines Dreibundes voranzubringen war, wenn er beträchtlich über den Gedanken einer Defensive mit nur eventueller Offensive hinausging und als Zweck der Allianz das Entgegentreten gegen alle weiteren preussischen Eroberungsgelüste — was sie eben darunter verstanden — hinstellte. Dafür wurde als Lohn der Wiedererwerb von Österreichs alter Stellung in Deutschland genannt. Vitzthum erwiderte sofort, dass bei den inneren Zuständen Österreichs und den ihm wohlbekannten Grundsätzen Beusts an solche Bestimmungen gar nicht zu denken sei.[2]) Sein Gegenvorschlag stellte sofort die reine Defensiv-Allianz voran, aber ausdrücklich, um die gleiche politische Linie im Orient wie im Occident einzuhalten. Man sollte diplomatisch zusammengehen, aber dass Österreich dabei bedacht war, dem unsicheren Napoleon in der bedenklichsten Frage eine Fessel anzulegen, zeigte die Klausel, dass wenn Frankreich sich zu einem Kriege gegen Preussen veranlasst sähe, Österreich sich für dessen Dauer seine Neutralität vorbehalte.

Die weiteren Besprechungen schleppten sich hin, im März holte Vitzthum die Zustimmung Franz Josephs zu seinem nur in wenigen Punkten geänderten, also von den Franzosen jedenfalls nicht abgewiesenen Gegenvorschlag. Nach erlangter Zustimmung kehrte er im April nach Paris zurück, und nun, nachdem Napoleon also zuerst mit Italien, dann mit Österreich die Vorfragen getrennt erledigt hatte, konnten die gemeinsamen Verhandlungen der drei Mächte beginnen.

Höchst bezeichnend ist wieder Beusts Verhalten, der in seiner unüberwindlichen Lust, überall mit weisen Ratschlägen hineinzureden, besonders aber mit der Absicht, Napoleon einen neuen deutlichen Beweis seiner verlässlichen

1) Über diese Rollenverteilung bei den 1869 eröffneten Dreibundsverhandlungen s. die übereinstimmenden oder sich ergänzenden Mitteilungen bei Beust 341, Guiccioli »Quintino Sella« I, 241, Prinz Napoleon, Revue des Deux Mondes 26 S. 493, Sybel VII. 87, dem ausser Beust noch Vitzthum als Quelle gedient hat.

2) Wörtlich nach Sybel-Vitzthum S. 87. Bei Sybel wird der Anschein erweckt, als erstrecke sich diese Anschauung auch auf die Frage der Suprematie Österreichs in Deutschland. In Bezug darauf konnte Vitzthum gar nicht so sprechen, da Beust durchaus ein Anhänger der Suprematie Österreichs war (s. Beust II, 433—35 vgl. oben S. 18; was er sofort abzuweisen vermochte, war nach der Zurechtweisung, die er im vorigen Jahr von Beust erhalten hatte (s. oben S. 16), jede Bedingung, die den Krieg provozieren konnte.

Gesinnung zu geben, in den Streit wegen der belgischen Bahnen mit einer Note nach Brüssel am 1. Mai 1869 eingriff, die er auch anderen Regierungen zur Belehrung mitteilte. Er suchte die Belgier mit allen Gründen zur vollen Nachgiebigkeit zu bestimmen, empfahl ihnen auch dringend den Zollverein mit Frankreich, alles nur leider drei Tage, nachdem die Entscheidung gefallen war und Frankreich in der Hauptsache nachgegeben hatte.

Bei den währenddessen geheim geführten Verhandlungen über den Dreibund mussten vor allem zwei schwierige Punkte zur Erörterung kommen, Italiens Landforderung an Österreich in Wälschtirol und besonders die Erledigung von Italiens römischem Anliegen durch Frankreich. Die Landabtretung wies Beust ab, und als dafür nur eine Grenzberichtigung am Isonzo gefordert wurde, widersprachen die Österreicher zwar nicht, nahmen sie aber auch nicht in den Vertragsentwurf auf, der doch dann seinen defensiven Charakter zu deutlich eingebüsst hätte. Dieser aber wurde gegenüber dem schärferen französisch-italienischen Vorentwurf genau dem österreichischen Standpunkt entsprechend festgehalten. Der erst nachher in die Verhandlungen eingetretene General Menabrea bat ferner selbst um Streichung des im ersten Entwurf enthaltenen Artikels über die nächste Papstwahl, was gerne zugegeben wurde. Ausser dieser Änderung war der Vorentwurf wesentlich nach den österreichischen Forderungen umgestaltet oder vielmehr zusammengestrichen worden. Er enthielt nur noch die Festsetzung einer Defensivallianz zur Bewahrung des europäischen Friedens, ohne Andeutung irgend einer weitergehenden Absicht, mit dem einzigen Versprechen, gemeinsam diplomatisch vorzugehen, und mit der besonderen Klausel, dass Österreich neutral bliebe, wenn Frankreich sich zum Krieg gegen Preussen veranlasst sähe.

War soweit eine Einigung hergestellt, so blieb immer noch der wunde Punkt die zwischen Napoleon und Viktor Emanuel unerledigt gelassene römische Frage. Die Forderung der Italiener von Frankreich war, dass der Septembervertrag glatt ausgeführt und zugleich der Grundsatz der Nichteinmischung anerkannt würde. Das hiess natürlich eine Preisgebung des Papstes, die Napoleon nie zulassen konnte. Beust, der damit seinen ehrlichen Eifer für das Zustandekommen des Dreibundes bethätigte, bemühte sich um eine Vermittlung. Die Österreicher stellten den Italienern vor, dass sie mit ihrer Defensivallianz in der Hand auf die besondere Anerkennung der Nichteinmischung verzichten könnten, da dann ja jedes neue Vorgehen Napoleons an die Zustimmung der Vertragsmächte gebunden sei. Daraufhin erklärte sich Menabrea einverstanden, dass gegen die Zusage des Abmarsches der Franzosen aus Rom Italien ver-

sprach, keine Vergewaltigung des Papstes zu begehen oder zuzulassen. Ja, als Napoleon sogar den Termin des Abmarsches nur dahin bezeichnen wollte, sobald er die Sicherheit des Papstes unantastbar sähe, wichen die Italiener nach Verhandlungen hin und her dem vereinten Drängen der Franzosen und Österreicher. Ende Mai brachte Vimercati Viktor Emanuels Zustimmung aus Florenz, Vitzthum reiste am 4. Juni nach Brüssel — das schwierige Werk schien glücklich zu Ende geführt, der grosse Verteidigungsbund der drei Mächte fertig.[1])

Aber so weit war man noch nicht. Der Bund war ja vereinbart worden geheim wie ein Werk der Verschwörung, Viktor Emanuel hatte keinem Minister ausser Menabrea von seinem Thun etwas mitgeteilt, er hatte zuerst nur den einen Mitwisser Vimercati, zu dem sich erst nachher Menabrea und Nigra gesellten. Aber im konstitutionell regierten Italien hatte die persönliche Handlung des Monarchen nicht die Bedeutung, wie in Frankreich und Österreich; wenn seine Zustimmung überhaupt Wert haben sollte, musste sie von den Ministern gutgeheissen werden, und so ging die weitere Behandlung des Allianzentwurfs »vom Kabinet in die Kanzleien«.

Damit aber war vorläufig sein Schicksal entschieden. Wenn Viktor Emanuel in den bisherigen Verhandlungen gezeigt hatte, dass er ziemlich weit als Napoleons Bundesgenosse zu gehen bereit war, so stand er mit der öffentlichen Meinung seines Landes darin im Gegensatz. Schon im April 1867 meinte der französische Gesandte Malaret, dass auch die Hilfe der italienischen Regierung bei aller Sympathiebezeugung schliesslich nicht über gute Wünsche hinausgehen würde, der Bevölkerung lag obendrein der Gedanke ganz fern, nach dem Vorfall von Mentana auf französischer Seite gegen den Bundesgenossen von 1866 zu kämpfen, um diesen am Ausbau seiner nationalen Einheit zu hindern, der doch auch das eigene Sinnen und Trachten galt.[2])

Dem entsprach die Haltung der Minister, als sie im Juni 1869 zu ihrem höchsten Erstaunen die erste Mitteilung von der geschehenen Vereinbarung erhielten. Kein Gedanke, dass ein so mageres Zugeständnis in der römischen Frage ihre Beistimmung hätte finden können! Sie suchten aber in ihrer Napoleon gegenüber immerhin peinlichen Lage mit Geschick vorzugehen und nahmen dafür den alten italienischen Vorschlag, den freilich Beust schon beseitigt hatte, wieder auf. Sie erklärten sich sogar zu einer Defensivallianz bereit, die leicht in eine offensive verwandelt werden könnte, wenn die kaiser-

1) Siehe über diese ganzen Allianzverhandlungen von 1868 und 1869 Anhang 1.

2) Guiccioli I, 242, Rothan II, 24.

liche Regierung ihnen zugestand, was sie schroff abgelehnt hatte: Abzug der Franzosen aus Rom und Erklärung des Grundsatzes der Nichtintervention für Rom. Und was blieb von der schönen etwaigen Offensive übrig, wenn sie obendrein als ausdrückliche Bedingung forderten, dass der Dreibund nicht die Ergebnisse von 1866 und die deutsche Einheit zerstören dürfe.

Man war in Paris wohl berechtigt zu fragen, ob das Ernst oder Spott sein sollte, und so erhielt das italienische Kabinet von Lavalette im Namen des Kaisers eine runde Abweisung: man könne den Antrag nicht annehmen, »ni pour la forme ni pour le fond«, man betrachte die Verhandlungen als »suspendiert« und behalte sich vor, sie bei besserer Aussicht auf Erfolg wieder aufzunehmen.[1])

Wenn Napoleon auf die italienischen Zumutungen hin die Verhandlungen zwar nicht ganz abbrach, ihre Weiterführung aber vorerst aufgab, so kamen die inneren Sorgen als Beweggrund hinzu, sich äussere Sorgen möglichst

1) Diese Darstellung weicht von der Sybels (VII, 99, 107 f.) in manchem ab, obgleich auch Sybel in der Hauptsache auf Guiccioli S. 242 f. beruht. Nach Sybel (S. 99) hat Menabrea nicht gewagt, den Entwurf den anderen Ministern mitzuteilen, und daraufhin hat auch Napoleon die »unvollzogene Urkunde mit grosser Gemütsruhe« zurückgelegt. Als dann die Vorlegung in Florenz »endlich« geschehen sei, da habe sich die Sorge Menabreas begründet gezeigt, worauf dann der ministerielle Gegenvorschlag u. s. f. nach Guiccioli erzählt wird. Nun aber sagt Guiccioli ausdrücklich (S. 242), dass der Entwurf den Ministern schon im Juni unterbreitet worden sei, so dass für die Bedenken Menabreas gar keine lange Zeit war. Nur lässt sich Guiccioli dadurch, dass die ihm vorliegenden Quellen nur die Verhandlungen zwischen Italien und Frankreich berichten, zu dem Irrtum verführen, als handle es sich vorläufig auch nur um eine Stipulation zwischen diesen beiden, was, wie wir wissen, nur für das frühere Stadium der Verhandlung zutrifft. — Zu Guicciolis Annahme, dass der Entwurf sofort an die Minister weitergegeben sei, stimmt auch die Darstellung des Prinzen Napoleon (S. 493). Der Prinz zeigt sich hier vortrefflich unterrichtet, bis auf Kleinigkeiten stimmt er mit Guiccioli vollständig überein, nur dass dieser auf Grund seiner Akten ausführlicher ist. Nach beiden hat erst der italienische Gegenvorschlag über Rom Napoleon vermocht, den Plan beiseite zu legen, und zwar nicht »mit grosser Gemütsruhe«, sondern sehr gereizt, was sich in Lavalettes Antwort und dann in der Ernennung des Fürsten de La Tour für das Auswärtige kundgab. — Sybel schwächt den ganzen Gegenzug des italienischen Ministeriums in seiner Bedeutung ab. Es hat nicht nur »keine Einwendungen gegen ein Defensivbündnis« erhoben, sondern nach Guiccioli (S. 243) und dem Prinzen Napoleon (S. 493 f.) sogar das eventuelle Offensivbündnis vorgeschlagen, und dann erwähnt Sybel nicht die von Guiccioli und dem Prinzen gemeinsam berichtete Abweisung durch Lavalette. Da dieser am 17. Juli ausschied, hat sich jedenfalls die ganze Handlung vor seiner Entlassung abspielen müssen, was auch gegen Sybels Annahme einer Verzögerung durch Menabrea spricht. Prinz Napoleon sagt sogar geradezu (S. 494): »la négociation abandonnée fut ajournée plutôt que rompue en juin 1869«. Die Antwort Lavalettes an die Italiener war nach Guiccioli: »che non potevano essere accettate, ni pour la forme ni pour le fond, e che i negoziati rimanevano sospesi, salvo riprenderli a migliore occasione« — nach dem Prinzen Napoleon: »qu'on n'était pas d'avis de donner suite au traité, que toute négociation était suspendue et que la France se réservait de la reprendre quand elle apprécierait qu'elle aurait plus de chance de réussir«. Beide haben augenscheinlich das Schriftstück vor Augen gehabt.

fern zu halten. Die Wahlen zum gesetzgebenden Körper hatten im Mai 1869 eine liberale Mehrheit gebracht, worin Napoleon nur ein Misstrauensvotum gegen das absolute Kaisertum sehen konnte. Er entschloss sich unter diesem Drucke zu Teiländerungen in der Regierung, das Amt des napoleonischen Staatsministers wurde mit Rouhers Entlassung am 17. Juli ganz beseitigt, dazu die Ministerverantwortlichkeit in Aussicht gestellt. Im Auswärtigen tauschte Lavalette mit dem Fürsten de La Tour d'Auvergne, ein Personenwechsel, der bei de La Tours Gesinnung der gereizten Stimmung gegen Italien Ausdruck geben sollte. Zu allem erkrankte nun Napoleon noch am 11. August so schwer an seinem alten Leiden, dass man lange das Äusserste befürchtete, erst im September begann er langsam zu genesen.

Körperliche Gebrochenheit, die bei ihm stets die geistige Spannkraft lahmlegte, dazu der beginnende Entschluss, die Regierungssorgen nach konstitutionellem Brauche einem verantwortlichen Ministerium zu überlassen, da die eigene Kraft erlahmte, vielleicht auch der wiederkehrende Glaube an die grössere Haltbarkeit der friedlichen Lage draussen, die Unmöglichkeit vollends der römischen Konzession an die dreisten Italiener — bei alledem hatte er keine Neigung, die doch immer gefährliche und jedenfalls mühselige und enttäuschungsreiche Bündnispolitik noch weiter fortzusetzen. Im Herbst 1869 sagte er ganz aus dieser Stimmung heraus zum italienischen Gesandten: »Ich hatte die Wahl zwischen Krieg mit persönlichem Regiment und dem Frieden mit liberalen Reformen. Ich habe mich zum letzteren entschlossen.« [1])

In dieser Lage musste auch ein Versuch von österreichischer Seite vergeblich bleiben, den bedrohten Dreibund, der jetzt so gut allen eigenen Wünschen entsprach, zu erhalten. Nach Vitzthums Erzählung hat Menabrea Ende August 1869 ein Eintreten Beusts für die Räumung Roms angeregt; sofort musste Vitzthum wieder nach Paris reisen, wo er aber während Napoleons Krankheit bei dem ohnehin den Italienern wenig geneigten de La Tour d'Auvergne gar nichts erreichte. Nun erklärte auch Italien zwar beim Grundsatz des Dreibundes zu verbleiben, aber sich für einen Krieg wie Österreich die Neutralität offen zu halten; für eine eigene Teilnahme am Krieg sei die Räumung Roms stets die erste Bedingung. [2])

1) Mitgeteilt von Guiccioli S. 244, sonst vgl. hierzu Sybel VII, 100—107.

2) Sybel S. 108, der ausser der Kenntnis von Vitzthums Sendung auch die von der abschliessenden italienischen Erklärung aus Vitzthums Erinnerungen haben muss. Die österreichische Intervention in der römischen Frage erwähnt ausserdem Prinz Napoleon (S. 494), der sie nur irrig vor die Antwort Lavalettes setzt. Hier haben wir Vitzthums Zeitangabe zu folgen. Völlig Recht

So blieb der Entwurf zum Dreibund unvollzogen, er war einzig an der römischen Frage gescheitert, welche die italienischen Minister im Gegensatz zum nachgiebigen König sofort wieder in voller Schärfe aufgeworfen hatten. Über alles andere war man einig geworden. Nicht nur Beust hat nach dem Ausbruch des deutsch-französischen Krieges sein Bedauern über das Scheitern der Allianz ausgesprochen, denn durch sie wäre die Kriegsgefahr verhütet worden, weil ja in allen Fragen ein gemeinsames diplomatisches Vorgehen hätte eintreten müssen, auch Menabrea meinte 1871, das Scheitern sei ein Unglück gewesen, weil die beiden Genossen den Kaiser darauf hätten hinweisen können, dass er zur Kriegführung gar nicht imstande war.[1]) Dass an diesem Gedanken etwas Wahres ist, steht ausser Frage, denn die Bemühungen beider Mächte im Juli 1870, Frankreich von der Thorheit des Kriegs abzuhalten, hätten dann mit ganz anderem Nachdruck geschehen können. Ob sie schliesslich besseren Erfolg gehabt hätten, steht dahin, solche elementare Ereignisse zerreissen papierene Fesseln, zumal wenn diese an sich schon so schwach sind, wie dieser geplante Dreibund mit seinen allgemeinen Bestimmungen war.

Ganz falsch aber ist und bleibt Beusts selbstzufriedene Schlussfolgerung, dass Napoleon mit der Abweisung dieser, seine Handelnsfreiheit immerhin beschränkenden Allianz nach Beustischer Vorlage den Beweis für seine schon 1869 vorhandenen Kriegsgedanken gegeben habe. Vielmehr ist gerade das Gegenteil richtig. Die ganze bisherige Bündnispolitik Napoleons beweist nichts für einen etwa bei ihm vorhandenen und vorandrängenden Willen zum Krieg, es war bei dem erkannten Allianzbedürfnis Frankreichs und in der seit 1866 aufs Äusserste gespannten Lage einfach die gebotene Vorsicht, sich politisch ebenso wie militärisch für den stets drohenden Krieg zu rüsten. Ein absichtliches Hinarbeiten auf den Krieg lag darin allein so wenig wie in den gleichen militärischen und politischen Massnahmen auf deutscher Seite. Oder will man die Schutz- und Trutzbündnisse von 1866 zwischen Norddeutschland und den

hat auch der Prinz in der Bedeutung, die er für das Schicksal der ganzen Verhandlungen der römischen Frage beimisst, nur übertreibt er, wenn er über Beusts Geneigtheit, darin den Italienern zu helfen, hinausgehend behauptet (S. 493), Beust habe sie in ihren Forderungen auf Rom angestachelt. Beust selbst, der jeden Verdacht kriegerischer Gedanken von sich ablenken will, behauptet dagegen, Napoleon habe die Verhandlungen abgebrochen, weil er durch die Allianz in der Freiheit seines Entschlusses beschränkt werden sollte, woraus er nun weiter folgert, dass es »kein schlagenderes Zeugnis« dafür gebe, dass man »schon 1869 an den Krieg in Frankreich dachte«, als eben dieses Abbrechen der Verhandlungen (Beust an Andrassy, Erinn. S. 341). — Auch Nigra (S. 450) erklärt die römische Frage als Beweggrund für Napoleons Ablehnung.

1) Beust S. 341; Menabreas Äusserung geschah zu Rothan (S. 44).

Südstaaten trotz ihrer allein gegen Frankreich gekehrten Spitze je gelten lassen für den Ausdruck einer gegen Frankreich zum Krieg treibenden politischen Offensive? Es ist eben das Gefährliche in solchen grossen politischen Spannungen, dass der Gegner in jeder Handlung des andern eine angreifende Feindseligkeit sieht, gegen die er sich schützen muss. So ist auch Napoleons erster Bündnisantrag an Österreich aus der Kriegsgefahr des Luxemburger Handels heraus erfolgt. Wenn nun Napoleon die ganze damals begonnene Allianzpolitik im Juni 1869 allein wegen der römischen Unbequemlichkeit aufgab, so giebt es dafür wieder nur die Erklärung, dass er thatsächlich an ein Nachlassen der vorhandenen Spannung glaubte, die ihm auch ein Nachlassen in der bisher beobachteten Vorsicht gestattete. [1])

Gewiss war es auch ein Zeichen matter Schwäche, dass er sich in dem Dilemma zwischen Italien und Rom zu keinem Entschluss aufraffen konnte und die Dinge daher vorerst lieber ruhig liess wie sie waren. Keine Spur von wirklicher Beherrschung der Lage: seine Politik folgte in den Allianzbestrebungen einer damals für Frankreich von selbst gegebenen Forderung, aber ohne vorantreibende Energie, und schliesslich jedem augenblicklichen Wandel der Verhältnisse sich gehorsam fügend.

War damit das seit zwei Jahren verfolgte Bündnisprojekt zunächst ganz fallen gelassen worden, und dachte auch Napoleon vorerst an keine Wiederaufnahme, so war doch erklärlich, dass er nicht alle Arbeit umsonst gethan haben wollte. Eile freilich hatte er gar nicht. Neben den inneren Vorgängen in Frankreich und dann der eigenen Erkrankung blieb die Sache vom Juni bis zum September 1869 völlig liegen. Nachdem der Plan, dass die drei Monarchen eine schon entworfene gemeinsame Erklärung unterzeichnen sollten, fallen gelassen war, erfolgte auf Napoleons Anregung schliesslich nur ein Austausch persönlicher Schreiben der drei Monarchen unter einander. Wenigstens sollte das Verhältnis, das sie in den letzten Jahren zu einander gewonnen hatten, irgend einen Ausdruck erhalten. Da sie natürlich keine Verpflichtungen übernehmen konnten wie in dem geplanten Staatsvertrag, so blieb es bei der einzigen gegenseitigen Zusicherung, dass man sich nur gemeinsam mit andern Mächten verständigen wolle; Napoleon allein versprach dem österreichischen Kaiser darüber hinaus, ihm, wenn er von Preussen angegriffen werde, zu Hilfe zu kommen. Er war auch der einzige, der dies Versprechen geben konnte in der vollen Sicherheit, sein Land hinter sich zu haben, wenn dieser Fall eintreten sollte.

1) Ich trete hier durchaus der Auffassung Sybels (VII, 109 f.) bei.

Damit mochte er hoffen, den spröden Genossen moralisch etwas stärker an sich zu binden, als sonst durch die Versicherungen der Briefe geschehen konnte. Schwerlich hat Napoleon nach all den vergeblichen Mühen um die Allianz den Wert der Briefe überschätzt, als er mit ihnen die bisherigen Verhandlungen vorläufig abschloss. Sie waren, als er sich in der Allianzpolitik auf den Rückzug begab, eine gut ausgeführte Deckung dieses Rückzuges, aus der heraus er jederzeit wieder zum Angriff in der Dreibundsache übergehen zu können hoffte. Die geplante Allianz bot in der österreichischen Abschwächung allein schon herzlich wenig und konnte für ihn im Fall eines grossen Zusammenstosses auch nur Wert haben, wenn es weiterhin gelang, ein besseres Gebäude auf ihrer Grundlage zu errichten. Dass er mit dem Verzicht auch auf sie, mit der Beschränkung auf die Freundschaftsbriefe noch einen ganz bedeutenden Schritt dahinter zurück that, musste ihm klar sein.

Die Briefe boten nichts, als eine bequeme Basis, auf der bei Gelegenheit die Verhandlungen an dem Punkte, an dem sie abgebrochen waren, wieder aufgenommen werden konnten, und eine Gewährleistung für die Richtung, in welcher die Souveräne inzwischen die Politik ihrer Staaten in europäischen Fragen zu halten suchen würden. Es war eine Verpflichtung, nichts gegen einander zu thun, keine dagegen, irgend etwas Bestimmtes für einander zu thun, abgesehen von Napoleons Versprechen an den österreichischen Kaiser. Österreich dagegen hatte noch zuletzt durch seinen Neutralitätsvorbehalt im Allianzentwurf genügend gezeigt, wo die Grenzen für sein Handeln lagen, so dass Napoleon sich darüber unmöglich Illusionen machen konnte; und wenn Viktor Emanuel selbst auch bereitwilliger war, als Franz Joseph und Beust, so kam der beste Wille des Königs nicht über das konstitutionelle Regiment seines Landes hinweg, vor dem noch soeben er selbst und mit ihm der ganze Dreibundsentwurf erlegen waren. Napoleon soll Vimercati gesagt haben, er könne nach dem Geschehenen die Dreibundsverhandlungen nicht mehr aufnehmen, dazu sei nur Österreich in der Lage.[1]) Damit hatte es denn vorläufig gute Wege; die Allianz in der abgeschwächten Form wäre Beust gewiss lieber gewesen, denn so wäre der immer unsichere Napoleon fester an die österreichische Politik der Zurückhaltung gegenüber Deutschland gebunden gewesen, aber das durch die Briefe bekräftigte herzliche Einvernehmen konnte ihm auch weiter genügen, wie es ihm bis dahin genügt hatte, da jede irgend bedenkliche Verpflichtung für den eigenen Staat fehlte.[2])

1) Sybel VII, 110; da keine andere Herkunftsstelle erkennbar ist, muss Sybel diese Mitteilung auch von Vitzthum haben.

2) Über den Ausgang der Verhandlungen und die Monarchenbriefe s. Anhang 2.

Dieser Stand der Dinge vom September 1869 ist deshalb so nachdrücklich festzustellen, weil bis zum Ausbruch des Krieges nicht die geringste Änderung im politischen Verhältnis der Mächte zu einander erfolgte. Eine »grosse antipreussische Allianz« bestand nicht und war nach dem Aufgeben aller Verhandlungen im September 1869 auch in keiner weiteren »Bildung begriffen«, noch weniger natürlich lag in den Beziehungen der drei Mächte auch nur eine Andeutung einer »Kriegsverschwörung«, als im Jahr 1870 plötzlich die Thronkandidatur des Hohenzollernprinzen in Spanien die wieder ruhiger gewordenen europäischen Gewässer mächtig aufrührte zu dem Sturm, in dem das napoleonische Kaisertum untergehen sollte. Erst das aus ihr erwachsene Zerwürfnis Frankreichs mit Preussen, der Krieg selbst, hat den äusseren Anstoss gegeben, dass Napoleon nun plötzlich nach fast einjähriger Pause auf die Allianzverhandlungen zurückgriff und sie nun zum dringend nötigen Abschluss voranzutreiben suchte.

Die Entscheidung zum Krieg in Frankreich, die veranlasst durch den Streit über die spanische Kandidatur endgiltig am 14. Juli 1870 fiel, hat somit in ihrem Ursprung mit den von 1867 bis 1869 gewonnenen Beziehungen Frankreichs zu Österreich und Italien gar nichts zu thun gehabt, der Ausgang der Dreibundsverhandlungen war für eine französische Regierung, die an Niels Gedanken unbedingter Allianznotwendigkeit für Frankreich festhielt, kein Antrieb zum Krieg, sondern eine Warnung vor dem Krieg. Es hat nicht ein bestehender offensiver Dreibund den Krieg geboren, der Krieg vielmehr hat den eingeschlafenen Dreibundsplan vorübergehend zu neuem Leben aufgerüttelt.

III.

Die Verhandlungen über eine Militärkonvention zwischen Frankreich und Österreich im Frühjahr 1870.

Im März und April 1870 weilte der Erzherzog Albrecht von Österreich zu längerem Aufenthalt in Paris. Er hatte zuvor den Süden Frankreichs bereist, überall die militärischen Verhältnisse des Landes studierend, und wurde, besonders in der Hauptstadt, mit dem grössten Entgegenkommen aufgenommen. Was ihn den französischen Offizieren von vorneherein sympathisch erscheinen liess, war, dass sie in ihm, dem siegreichen österreichischen General von 1866, das Haupt der nach Vergeltung verlangenden Kriegspartei in Österreich sahen, eine Auffassung, die das ganze Auftreten des Erzherzogs in Frankreich nur

befestigen konnte.[1]) Vielleicht hat ihn wieder der Empfang und die Stimmung, die er dabei in den Offizierskreisen fand, zu seinem Vorgehen bei Napoleon ermutigt.

Denn nicht dieser, sondern der österreichische Erzherzog hat den Anstoss zur Wiederaufnahme der seit September 1869 abgebrochenen Verhandlungen gegeben. Man war wieder stärker erregt durch die Vorgänge im norddeutschen Reichstag bei Laskers Antrag vom 24. Februar 1870 für Badens Eintritt in den Nordbund, die den peinlichen Gedanken der nationalen Einigung Deutschlands sehr stark hatten hervortreten lassen.

Der Erzherzog wies Napoleon auf die neue, für den Frieden bedrohliche Spannung in der Lage und auf die Zweckmässigkeit gemeinsamer Vorkehrungen hin. Napoleon hielt für gut, die hierdurch eröffnete Behandlung der politischen Verhältnisse sofort abzubrechen und das Gespräch auf das rein militärische Gebiet hinuberzuführen, indem er den Erzherzog nach seiner Meinung über die etwaigen Operationen frug. Dieser verhehlte dem Kaiser nicht, dass er derselben Ansicht war, wie früher Niel, Frankreich sei ohne Verbündete zu schwach zu einem Kriege gegen Preussen,[2]) und er entwickelte seinen Plan dahin, dass die drei Mächte, Frankreich, Österreich und Italien, sich zu einem Frühjahrsfeldzug vor-

1) Sybel (s besonders hist. Zeitschr. 75 S. 45) giebt dem Erzherzog in Bezug auf den Kriegsgedanken etwa dieselbe Stellung wie Beust. Prinz Napoleon (S. 492) und Rothan (II, 48 f.) nennen ihn den Chef der Militärpartei; in den Berichten des Generals Jarras und selbst in denen des Grafen Vitzthum, die Sybel benutzt, erscheint er Napoleon gegenüber als der Dränger und der Antragsteller. Vgl. über ihn Petersdorff, Forsch. IX, 72. — Chaudordy sagte später vor der parlamentarischen Untersuchungskommission aus (Dépositions des témoins III, 578), der Erzherzog habe sich in Paris »trés-bien disposé« gezeigt, und eine ähnliche Wendung brauchte Leboeuf (ebd. I, 42), aber mit dem Zusatz, er glaube nicht, dass Albrecht Vorschläge gemacht habe; er selbst habe mit ihm nur »relations de courtoisie« gehabt, und glaube nicht, dass während des Aufenthalts des Erzherzogs Verhandlungen stattgefunden hätten. Der Vorsitzende Graf Daru, der vom 2. Januar bis 14. April 1870 Minister des Auswärtigen gewesen war, widersprach der letzteren Behauptung sofort; augenscheinlich hat Leboeuf, der genug wusste, den Erzherzog nicht blosstellen wollen.

2) Der Erzherzog erzählte es damals selbst dem Grafen Vitzthum (Sybel, historische Zeitschrift 75 S. 46, vgl. Sybel VII, 205). Sybel sieht darin eine Warnung des Erzherzogs vor dem Krieg; dann hätte dieser besser die Vorlegung des Kriegsplans verweigern oder am besten die Initiative in der ganzen heikeln Verhandlung unterlassen können. Ihm kam es damals wohl darauf an, Napoleon die Unentbehrlichkeit des Bundesgenossen und damit die Notwendigkeit zu erhärten, sich in Politik und Kriegführung nicht von diesem zu lösen. Über die Verhandlungen mit Albrecht siehe ausserdem Jarras, Souvenirs S. 40—42, den Feldzugsplan bei Lebrun, Souvenirs S. 97 ff. Der Prinz Napoleon sagt zutreffend (a. a. O. S. 495): »Les conversations portèrent principalement sur la question militaire; on se préoccupait moins de prévoir les complications politiques qui pourraient amener la guerre que de régler la conduite à tenir quand elle arriverait. . . . . L'empereur Napoléon écoutait plus qu'il ne parlait.«

bereiten und zu gleicher Zeit den Mobilmachungsbefehl erlassen sollten. Frankreich sollte, da Österreich sechs Wochen zur Rüstung brauchte, zuerst die Offensive ergreifen, mit einer kleineren Armee die Preussen an der Saar festhalten, mit der Hauptarmee den Oberrhein überschreiten, um durch deren Erscheinen Süddeutschland vom Norden zu trennen und sich bei Nürnberg mit den anrückenden Österreichern und Italienern zu verbinden; in der Leipziger Ebene dachte sich der fürstliche Stratege die Entscheidungsschlacht.

Es war ein Plan, der alles, nur nicht eine mögliche Störung durch gegnerische Operationen in Betracht zog, und der daher mit der Voraussetzung stand und fiel, dass die Franzosen und Österreicher bis Nürnberg gelangt sein würden, ehe Preussen mit seiner langsameren Mobilmachung genügende Kräfte am Main würde versammeln können.[1] Einen Herbstfeldzug verwarf der Erzherzog, weil vom Oktober an in dem nördlichen Preussen die Nacht 17 bis 18 Stunden dauere und daher die Operationen sehr erschwere, auch das rauhe Klima ihren Truppen wenig zuträglich sei. Musste der Erzherzog mit seinem Auftreten einen durchaus kriegslustigen Eindruck machen, so dämpfte er doch die vielleicht im Offiziercorps auf baldiges Losschlagen hindrängenden Wünsche mit dem Hinweis, dass die österreichische Armee vor ein bis zwei Jahren nicht mit ihrer neuen Organisation fertig sein könne.

Napoleon war bei den Verhandlungen mehr Zuhörender als Redender, er sprach von der Entsendung eines Generals nach Wien, um dort die Ansicht über die französischen Streitkräfte zu bessern, aber er liess den Plan fast zwei Monate liegen, ehe er am Vormittag des 19. Mai ausser dem Kriegsminister Le Boeuf die Generale Frossard, den Gouverneur des Kronprinzen, Lebrun und Jarras zur Beratung zu sich entbot.

---

1) Vgl. die glückliche Kritik des ganzen Planes und besonders dieses Grundfehlers bei Delbrück, Preussische Jahrbücher 82 S. 25—27. Ebenso ist gewiss Delbrücks Bemerkung (S. 17) richtig, der Plan gehe zugleich darauf hinaus, dass »Österreich politisch in eine Situation gebracht werde, die ihm die Teilnahme am Kriege mit einer Art von Zwang auferlegte«. Wenn auch Albrecht mit seinem Vorandrängen in Paris die von Franz Joseph und Beust innegehaltene Linie beträchtlich überschritten hat, so wenig er selbst dabei an ein unmittelbares Losschlagen dachte, so konnte doch an sich der etwas absonderliche Kriegsplan auch Beust recht sein, da er in dem angegebenen Sinne ähnlichen Zwecken diente, wie sein noch viel absonderlicherer politischer Operationsplan, den Anschluss an Frankreich gegen Preussen durch die Hereinziehung Russlands zu suchen. Darin dachte Albrecht freilich anders, der einen raschen Frühjahrsfeldzug auch deshalb forderte, damit der Krieg durch die Fernhaltung Russlands lokalisiert würde, indem man die Entscheidung herbeiführte, ehe das schwerfällige Russland zur Stelle sein konnte: »Si les coups décisifs des alliés sont portés au mois de mai, au plus tard, et si la Prusse est réduite à demander la paix, l'intervention armée de la Russie serait évitée« (Lebrun S. 166 f.).

Ausdrücklich betonte der Kaiser, um jedes Missverständnis über den Charakter der Verhandlungen auszuschliessen, die damalige friedliche Lage, die sein Ministerium zu erhalten suche, und dass nichts in seinen Beziehungen zu den fremden Mächten eine Störung, wenigstens in der nächsten Zeit, vorhersagen liesse. Der von ihm vorgetragene Plan des Erzherzogs erfreute sich keiner einmütigen Billigung, besonders nicht, dass Österreich und Italien später als Frankreich in den Krieg eintreten sollten, zumal doch Franz Joseph wie Viktor Emanuel noch Zeit nötig haben würden, um die parlamentarische Zustimmung zur Kriegspolitik zu finden; Frankreich würde beim früheren Losschlagen isoliert in gefährlicher Lage sein, während die anderen Freiheit des Handelns behielten. Das Misstrauen in die politischen Hintergedanken bei dem Plan schwand nicht, obgleich Napoleon für die Aufrichtigkeit der Gesinnung seiner Genossen eintrat.

Zu einer formellen Beschlussfassung durch Abstimmung schritt man nicht, aber es war die einmütige Ansicht der versammelten Generale, dass das Projekt mit der anfänglichen kriegerischen Isolierung Frankreichs unannehmbar sei, dass die zu fordernde Grundbedingung nicht nur gleichzeitige Mobilisierung, sondern auch gleichzeitige Kriegserklärung und gleichzeitiger Operationsbeginn bei allen drei Verbündeten sein müsse. Der nach Wien zum Erzherzog entsandte General Lebrun sollte alle Anstrengungen machen, diese Bedingung durchzusetzen, indem er sie als die »conditio sine qua non« hinstellte. [1])

Am 28. Mai verliess Lebrun Paris und kam nach einer über Köln, Berlin, Dresden und Prag führenden Reise am 6. Juni in Wien an; gleich am nächsten Tag empfing ihn der Erzherzog. Vielleicht hatte dieser selbst das Gefühl, in Paris zu weit gegangen zu sein, vielleicht hatte auch ein mässigender Einfluss des Kaisers oder Beusts auf ihn stattgefunden, jedenfalls war seine Stellungnahme in Wien anders als in Paris. Hatte Napoleon die von ihm eröffneten Verhandlungen vom politischen auf das engere militärische Gebiet hinüberleiten müssen, so empfing er jetzt dessen Abgesandten sofort mit der

1) Über den Generalsrat handelt ausführlicher Jarras S. 41—48, kürzer Lebrun S. 71—74. Sie stimmen in der Hauptsache überein; für die Frage der Initiative in der ganzen Angelegenheit ist zu betonen, dass die Beratung ganz als Verhandlung über einen österreichischen Antrag erscheint, zu dem von französischer Seite Stellung zu nehmen war. Die deutsche Übersetzung der Lebrun'schen Erinnerungen, die manchen bedenklichen Fehler enthält, hat auch hier bei der Mitteilung des Beratungsergebnisses (S. 51) eine willkürliche, den Sinn ganz entstellende Textänderung vorgenommen, als hätte Lebrun nur die »gleichzeitige Mobilmachung« als conditio sine qua non hinstellen sollen, die schon der Plan Albrechts enthielt; es heisst im französischen Text (S. 74): »la condition, sur laquelle on avait insisté«, d. h. Kriegserklärung, Mobilisierung und dann Operationsbeginn, »également le même jour«.

Erklärung, sie beide seien keine Männer der Politik und sollten die in Frage stehenden Vorschläge »nur vom militärischen, vom akademischen Gesichtspunkt« aus diskutieren. Bei aller Achtung vor den Erwägungen, die von französischer Seite als Grundlage für den Plan herangezogen seien, müsse er doch offen seine ihm begründet scheinenden Einwände machen, »da er um keinen Preis wolle, dass Österreich Verpflichtungen einginge und heute verspräche, was es in Zukunft im Augenblick der Ausführung nicht würde halten können.« Und wenn man auch sofort in die Behandlung der militärischen Fragen eintrat, so lief doch die ganze erste Darlegung des Erzherzogs darauf hinaus, dass bei ihren Mobilmachungsverhältnissen weder Österreich noch Italien gleichzeitig mit Frankreich losschlagen könnten, d. h. er wies die Grundbedingung, von der auf französischer Seite die weiteren Verhandlungen abhängig gemacht waren, rundweg zurück. Lebrun erzählt selbst, obgleich er vom Erzherzog dasjenige nicht hätte erlangen können, worin Napoleon eine conditio sine qua non gesehen, so habe er doch die Verhandlung über den Feldzugsplan fortgesetzt.

Es waren Verhandlungen, denen somit von vornherein der Boden entzogen war und deren sachliches Ergebnis dadurch nicht besser wurde, dass Lebrun persönlich aus ihrem Verlauf den Eindruck vollster Aufrichtigkeit beim Erzherzog und der lebhaftesten Sympathien bei den Österreichern für Frankreich gewann. War auch die Grundbedingung nicht erreicht, so meinte doch Lebrun auf die Frage, ob Österreich und Italien zum gegebenen, wenn auch späteren Zeitpunkt marschieren lassen würden: »der Erzherzog lässt uns hoffen, dass Österreich nicht zögern würde.«

Das war freilich ein Ergebnis, mit dem kein verantwortlicher Politiker etwas anfangen konnte, bei dem nur Wunder nimmt, wie es Lebrun überhaupt der Erwähnung und weiteren Diskussion für wert erachtete. Die Liebenswürdigkeit des Erzherzogs genügte doch nicht, um das in der Sache begründete Misstrauen gegenüber Österreich zu beseitigen, das in der Generalsberatung vom 19. Mai nachdrücklich hervorgetreten war, weil Österreich bei eigener Freiheit des Handelns Frankreich nur an seine Politik und Kriegführung binden wollte.

Noch mehr aber, als bei den in fünf Konferenzen mit dem Erzherzog geführten Verhandlungen hätte Lebrun stutzig werden müssen bei der am Abend des 14. Juni ihm vom Kaiser Franz Joseph im Schloss Laxenburg bewilligten Audienz, in der ihm der Kaiser zu den militärischen Gründen für Österreichs Verhalten die weit gewichtigeren politischen entwickelte. Der Kaiser hatte selbst den Wunsch ausgesprochen, den General zu sehen. Ausdrücklich erklärte

er zunächst sein Einverständnis mit dem von einem gleichzeitigen Beginn der Operationen absehenden Plan, wie er hinzusetzte: »vom militärischen Gesichtspunkt.« Er fuhr dann fort: »Vor allem aber muss ich Ihnen sagen: ich will den Frieden; wenn ich zum Kriege schreite, muss ich dazu gezwungen werden.« Er hoffe, Napoleon werde seiner politischen Lage nach innen und aussen Rechnung tragen; wenn er gleichzeitig mit ihm den Krieg erkläre, dann könnte Preussen »mit Ausbeutung des neuen deutschen Gedankens« nicht nur die deutsche Bevölkerung in Nord- und Süddeutschland, sondern auch im österreichisch-ungarischen Reiche aufwiegeln. Wenn aber Napoleon zum Krieg gezwungen mit seinen Armeen in Süddeutschland »nicht als Feind, sondern als Befreier« erschiene, dann würde er von seiner Seite genötigt sein zu erklären, dass er gemeinsame Sache mit ihm mache, dann könnte er in den Augen seiner Völker nichts thun, als seine Armeen mit den französischen vereinigen.

Es kam dem Kaiser augenscheinlich nur auf diese Kundgebung an, da er nach Lebruns Erwiderung die Unterhaltung sofort auf ein gleichgültiges Gebiet hinüberspielte. Zu allem andern hatte er somit verlangt, dass ehe er seine Völker gegen Preussen würde aufrufen können, die Süddeutschen nach dem Einmarsch der Franzosen deren Sache zur ihrigen machten, denn anders hätte sich Frankreichs Rolle als Befreier schwer kund thun lassen. Damit rückte die Aussicht des gemeinsamen Marschierens, von der doch Franz Joseph selbst vor zwei Jahren gesprochen hatte, in immer nebelhaftere Ferne. Österreich knüpfte seine Mitwirkung an Bedingungen, von denen die eine von den Franzosen von vorneherein als militärisch unannehmbar bezeichnet worden war, worauf eine zweite, noch viel weiter gehende hinzugefügt wurde, welche von der früheren, isolierten Offensive der Franzosen noch einen sichtbaren politischen Erfolg forderte, ehe den Österreichern überhaupt der Kriegsgedanke plausibel gemacht werden könnte. War dies — thatsächlich ja Unmögliche — geschehen, dann allerdings wurde nicht nur dem Wunsch nach Waffenbrüderschaft, sondern der zwingenden Notwendigkeit des Anschlusses starker Ausdruck gegeben, denn irgend ein Zweifel an der Gesinnung auf österreichischer Seite sollte nicht Platz greifen.

Lebrun gehörte zu den Diplomaten, die den Eindruck, den sie von der gewinnenden Liebenswürdigkeit der verhandelnden Männer und von deren persönlichen Sympathien gewonnen haben, auf das sachliche Ergebnis übertragen und sich dabei leicht über die gebliebenen Hindernisse hinwegtäuschen. Sonst hätte er schon nach der Abweisung der französischen Vorbedingung nicht die Verhandlungen mit der Hoffnung auf Erfolg weiter führen, er hätte nicht aus dem Verhalten des Erzherzogs allein auf »die lebhaftesten Sympa-

thien« ganz Österreichs für Frankreich schliessen können, darin unbelehrt durch die späteren deutlichen Hinweise Franz Josephs auf die Stimmung seiner Völker.

Als er die vom Erzherzog nachträglich schriftlich ausgearbeiteten Entwürfe Napoleon überreichte, da meinte er selbst, es sei unmöglich gewesen, dass sich der Kaiser damit befriedigt gezeigt hätte. »Er verhehlte mir nicht sein Bedauern, dass von den verschiedenen in seinem Namen nach Wien gebrachten Vorschlägen der in seinen Augen wichtigste keine günstige Aufnahme hatte finden können«. Lebrun suchte dieser Auffassung zu begegnen durch die Darlegung des sonstigen Entgegenkommens und vor allem seines Eindrucks von Albrechts persönlicher Haltung, Napoleon aber gab dem General keine weitere Antwort, der in der Illusion blieb, dass der Kaiser nur den von ihm in Wien gethanen ersten Schritten mit seiner Diplomatie zu folgen brauchte, um »in einem offensiven und defensiven Allianzvertrag die enge Verbindung Frankreichs, Österreichs und Italiens für den Fall eines Krieges mit Preussen zu begründen.« [1])

Von nichts war das Ergebnis der Sendung Lebruns weiter entfernt. Ganz im Sinne von Beusts Politik hatte sich Franz Joseph und zuletzt auch Albrecht bemüht, jede Trübung der freundschaftlichen Beziehungen zu Napoleon zu vermeiden, aber sich auch nicht eine Linie über die bisher behauptete Stellung hinausdrängen zu lassen, die Österreich eine möglichst weite Freiheit des Entschlusses und dann des Handelns gewährte und Frankreich viel stärker an Österreich als dies an Frankreich band. [2]) Die militärischen Verhandlungen waren angeknüpft worden auf Grundlage des durch die Monarchenbriefe bestimmten politischen Verhältnisses; in ihrem »akademischen« Charakter waren sie eine Massregel der Vorsorge für den möglichen Krieg, die im Verkehr zwischen befreundeten Mächten etwa das gleiche bedeutet wie die Vorsorge für die Mobilmachung und die Feststellung von Operationsentwürfen durch den Generalstab einer einzelnen Macht für sich während des Friedens. Keiner der Verhandelnden, mag auch der eine dem Krieg mehr zugestrebt haben als der andere, hat den Krieg in irgend bestimmbarer Frist ins Auge gefasst; sind Massregeln erwogen worden, so waren es solche ihn hinauszuschieben, nicht ihn herbeizuführen.

---

1) Jarras (Souvenirs S. 50) urteilt von der Napoleon übermittelten Antwort Franz Josephs weit richtiger: »Il semble aujourd'hui qu'elle aurait dû déterminer Napoléon III à rejeter le projet d'opérations qui lui avait été soumis, ou tout au moins à ne pas se hâter, quoi qu'il advînt, de déclarer la guerre. L'Autriche, en effet, n'était pas même engagée par une promesse verbale d'alliance offensive et défensive et s'était bornée à donner des témoignages de sympathie et de bonne volonté.«

2) Über die Verhandlungen Lebruns in Wien s. Anhang 3.

Sonst haben die militärischen Verhandlungen ähnlich wie früher die politischen zu gründlicher Aussprache und zur Feststellung einer Reihe von gemeinsamen Gesichtspunkten geführt, der Abschluss ist aber hier wie dort an den aufgeworfenen Grundfragen gescheitert, ja es ist nicht einmal ein so bescheidenes Teilergebnis gerettet worden, wie bei den politischen Verhandlungen in den Monarchenbriefen. War vielleicht von dem einen oder andern aus den Beratungen über eine Militärkonvention die Anbahnung einer neuen und engeren politischen Vereinigung erhofft worden, so hatte sich gerade im Gegensatz dazu bei der gründlichen Aussprache neben den vorhandenen gemeinsamen Gesichtspunkten nur wieder gezeigt, was einem völligen Zusammengehen und nun gar einer eng verbundenen Kriegführung an widerstreitenden Plänen und Interessen im Wege stand. Das herzliche Einvernehmen war erhalten, ein Bündnis um keinen Schritt näher gerückt, die militärischen Verhandlungen zwischen Frankreich und Österreich blieben nur eine Episode.

IV.

Der Ausbruch des Krieges und die letzten Bündnisverhandlungen im Juli und August 1870.

Die Lage war nach den militärischen Verhandlungen die gleiche geblieben, wie sie vorher gewesen war. Auch der inzwischen erfolgte Wechsel im französischen Ministerium des Auswärtigen war trotz der erkorenen Persönlichkeit zunächst nicht bestimmt, darin irgend eine Änderung zu bringen. In dem liberalen Kabinet Emil Olliviers hatte Graf Daru das Auswärtige übernommen; er war am 14. April zurückgetreten, und nach einer Zwischenverwaltung durch den Ministerpräsidenten selbst wurde am 15. Mai der bisherige Botschafter in Wien, der Herzog von Gramont ernannt, der das Amt aber erst Anfang Juni endgiltig antrat. Gewiss war diese Berufung eines zwar als unfähig bekannten, aber verlässlich klerikal gesinnten Mannes und grimmigsten Preussenhassers eine Kundgebung für die allgemeine Richtung der französischen Politik, etwa mit der früheren Berufung Beusts nach Österreich zu vergleichen, aber auf die gegenwärtigen Bestrebungen hatte er keinerlei ändernden Einfluss, dieser trat erst verhängnisvoll in der grossen Krisis hervor. Vielmehr konnte Ollivier in vollständiger Übereinstimmung mit der Ansicht über die herrschenden Friedensaussichten, welche Napoleon in der geheimen Generalsberatung am 19. Mai dargelegt hatte, vor

dem gesetzgebenden Körper am 30. Juni der Regierungsmeinung mit den so viel kritisierten Worten Ausdruck geben: »Ich erkläre, dass die Regierung keinerlei Besorgnis hegt, und dass zu keiner Zeit die Erhaltung des Friedens gesicherter war, als jetzt. Wohin man auch blickt, kann man keine Frage entdecken, die vielleicht Gefahren in sich tragen könnte.«

Fernab von der Möglichkeit menschlicher Vorausberechnung lag für die kaiserliche Regierung an diesem 30. Juni das Ereignis, das wenige Tage später den Anlass zum Ausbruch des Zerwürfnisses geben sollte. Es war die Kandidatur des Prinzen Leopold aus dem fürstlichen Haus Hohenzollern für den spanischen Königsthron, die seit langem vorbereitet und durch manche Fährlichkeit in der Stille hindurchgeführt ganz gegen den Plan der Beteiligten am 3. Juli 1870 vorzeitig Frankreich und der Welt bekannt wurde. Sie war völlig selbständig, getrennt von all den von uns betrachteten politischen Beziehungen erwachsen, um die gegensätzliche Spannung zwischen Frankreich und Deutschland zu lösen und den Weltteil in mächtige Bewegung zu setzen. Sie hat sich nicht in irgend einer Form auf dem Hintergrund der Dreibundsbestrebungen abgespielt, sie trat ganz fremd in diese Verhältnisse hinein, um nun allerdings mit der von ihr geübten erschütternden Wirkung auch die verschleppten Allianzbestrebungen aus ihrer augenblicklichen Ruhe heraus in einen gegenüber der früheren Langsamkeit fieberhaft erregten Gang zu bringen.[1])

Am 6. Juli erfolgte die plumpe Kammererklärung des Herzogs von Gramont, jene »amtliche internationale Bedrohung mit der Hand am Degengriff,« sodann schärfere Weisungen an den französischen Geschäftsträger in Berlin und die Entsendung des Grafen Benedetti zum König Wilhelm nach Ems. An sich

1) Diese Auffassung steht im Gegensatz zu der von Delbrück vertretenen (Preussische Jahrbücher 82 S. 28: »Auf dem Hintergrund der in der Bildung begriffenen grossen antipreussischen Alliance muss die hohenzollernsche Thronkandidatur betrachtet werden«; vgl. oben S. 33), denn nach der Episode der militärischen Verhandlungen war gerade beim Bekanntwerden der Kandidatur völliger Stillstand in allen Bündnisverhandlungen eingetreten, deren neue Aufnahme vielmehr umgekehrt auf dem Hintergrund der hohenzollerischen Kandidatur betrachtet werden muss. Anfang Juli glaubte nicht einmal der Herzog von Gramont »ein grosses Offensivbündnis gegen Preussen in der Tasche zu haben« (Delbrück ebenda Bd. 88 S. 166), diese Illusion erwuchs bei ihm erst durch die neuen von dem Kandidaturstreit veranlassten Versuche zum Dreibund zu gelangen. Damit fällt auch der von Delbrück angenommene Zusammenhang zwischen Bismarcks Politik in der spanischen Thronfolgefrage und dem nahezu fertigen Dreibund dahin; hätte die deutsche Politik 1869 und 1870 eine schon abgeschlossene oder in der Bildung begriffene antipreussische Allianz zur Voraussetzung gehabt, so wäre diese Voraussetzung eine falsche gewesen. Hier giebt es aber, so sehr gerade die Beurteilung der Bismarckischen Politik durch Delbrück selbst gefördert ist, noch Rätsel zu lösen, die wohl, bis wir weitere Aufschlüsse erhalten, unlösbar bleiben werden. In dem hier berührten Punkt behält trotz Delbrücks heftigem Ausfall gegen Petersdorff (a. a. O. Bd. 88 S. 167) dieser m. E. Recht.

war es durchaus nicht ungeschickt, dass Gramont Spanien ganz zur Seite liess und sich an die richtige Adresse nach Preussen wandte, was auch der Stimmung der öffentlichen Meinung entsprach; aber indem er nur auf die öffentliche Meinung und ihre lärmenden Wortführer hörte, nur ihnen genugthun wollte, wie er auch am 6. in dem unbezwinglichen Bedurfnis nach einem billigen parlamentarischen Erfolg gehandelt hatte, so verlor er immer mehr jeden Massstab für die Beurteilung der Verhältnisse überhaupt, für das nach aussen Erreichbare, und je mehr die Schwierigkeiten für seine Forderungen wuchsen, um so mehr überbot er sich in diesen Forderungen gerade in der unmöglichen Richtung und wies jede günstige Gelegenheit, die sich ihm bot, unbenutzt und ungeprüft von der Hand. Er that nichts, als die schon vorhandene Erregung in Frankreich aufs höchste steigern, und diese populäre Leidenschaft stiess rückwirkend ihn immer stärker auf der falschen Bahn voran, so dass er, den widerstrebenden, aber damals erkrankten und bis zur Willenlosigkeit gebrochenen Kaiser mit sich fortreissend, in das Verderben des Krieges geradezu hineintaumelte.

Er machte nicht die Beseitigung der Frankreich widerwärtigen Kandidatur eines Hohenzollernprinzen zur Hauptsache, sondern die Form, in der diese Beseitigung zu geschehen hatte. Nicht etwa Prinz Leopold oder sein Vater sollte sie zurückziehen, sondern der König von Preussen, und zwar so, dass dessen Verbot vor aller Welt als auf Frankreichs Forderung erlassen erschien und Gramont als stolzer Sieger über diesen eigentlichen Widersacher auftreten konnte. Als daher am 12. Juli der Verzicht durch Fürst Karl Anton von Hohenzollern im Namen seines Sohnes erklärt war, als alle Mächte und besonders Kaiser Napoleon selbst[1]) aufatmeten und den bösen Zwischenfall glücklich beseitigt

1) Ich gehe hier auf diese Vorgänge in Paris und Ems ebensowenig ein, wie auf die Frage des Ursprungs der hohenzollerischen Kandidatur; diese Frage scheint mir auch, so weit es bis jetzt überhaupt möglich ist, weit mehr geklärt zu sein, als die von mir behandelte Frage der Allianzen. Nur für die Haltung Napoleons möchte ich auf einen Beitrag hinweisen, der die Richtigkeit der Sybelschen Darstellung noch über die von Petersdorff (Forsch. IX, 85—88) beigebrachten Belege und Erwägungen hinaus erhärtet. Nach Nigras Mitteilungen (Souv. dipl., Bibl. univ. 65 S. 460) telegraphierte Vimercati am 10. Juli in Napoleons besonderem Auftrag: »Si on renonce à la candidature sous n'importe quelle forme, il n'y aura pas de guerre«. Genau dem entsprechend fand Nigra den Kaiser nach Ankunft des Entsagungstelegramms am Nachmittag des 12. Juli, als er ihm zu dem »grossen moralischen Sieg für Frankreich« gratulierte. Napoleon antwortete: »Ja, es ist der Friede«; er habe Nigra rufen lassen, damit er dies seiner Regierung melde, die erregte öffentliche Meinung in Frankreich habe die Lösung durch den Krieg vorgezogen, aber er erkenne die Entsagung des Fürsten von Hohenzollern an als »une solution satisfaisante, et qu'elle ôte tout prétexte de la guerre, du moins pour le moment« (S. 454 f.) — und wenige Stunden darauf hatte Gramont den willensschwachen Mann für die genau entgegengesetzte Auffassung und von dieser aus für die neue Herausforderung des preussischen Königs gewonnen, die den Krieg unvermeidlich machte!

glaubten, als Bismarck in diesem Zurückweichen vor ungesühnten beleidigenden Drohungen ein zweites Olmütz sah, da fühlte Gramont, obendrein von den Lärmmachern in der Kammer eingeschüchtert, nicht eine Spur von Befriedigung, er sah nicht den thatsächlichen, bei einigem Geschick vortrefflich auszubeutenden Erfolg, er sah nur, dass die Sache auf anderem Weg erledigt war, als er verlangt hatte. Sofort trat er dem preussischen König, der seinen Weg zu gehen abgelehnt, mit neuer Beleidigung gegenüber, indem er von ihm durch den deutschen Botschafter eine Art schriftlicher Abbitte, und durch Benedetti den ausdrücklichen, zugleich für die Zukunft verpflichtenden Beitritt zur Entsagung verlangen liess. Nun war die Lage so umgeschaffen, dass Bismarck in seiner Weise durch den Erlass der berühmten, die Beleidigung stolz zurückweisenden Emser Depesche vom 13. Juli 1870 eingreifen konnte. Da mit ihrer stillschweigenden Hinnahme die Niederlage auf seiten der herausfordernden französischen Regierung gewesen wäre, so liess sie es wie zu erwarten auf den Entscheid der Waffen ankommen, und um Mitternacht des 14. Juli erfolgte nach Vorgängen und Einwirkungen, die noch der besseren Klarstellung harren, ihr verhängnisvoller Entschluss zur Mobilmachung. Der Krieg war da.

Wenn diesen sich überstürzenden Ereignissen gegenüber keine Macht teilnahmlos blieb, so natürlich am wenigsten die beiden Frankreich so nahe befreundeten Mächte Österreich und Italien. War bisher besonders Beusts Politik darauf ausgegangen, Frankreich von jedem Wagnis zurückzuhalten, es in seiner Politik fest an das noch auf Jahre hinaus friedensbedürftige Österreich zu fesseln, so war jetzt seine Haltung von selbst gegeben: er musste alles thun, den drohenden Brand nicht zum Ausbruch kommen zu lassen.

Sachlich stand er in der Streitfrage ganz auf seiten des Freundes, die hohenzollerische Kandidatur galt ihm stets als eine Provokation. Genau den alten Standpunkt innehaltend liess er am 11. Juli nach Paris wissen, dass Österreich vor allem den Frieden wolle, und nur zum Kriege schreiten werde, wenn es nötig sei. »Ist es das gegenwärtig? Vielleicht kann es das werden, aber es wird sicher zum grossen Teil von der Haltung abhängen, die Frankreich von Anfang an einnimmt, denn die Kandidatur des Prinzen von Hohenzollern ist keine Handlung, die für sich schon zu diesem Ende führen müsste«.

Er warnte in einem gleichzeitigen vertraulichen Schreiben an Metternich, dass die französische Regierung ihre zunächst günstige Stellung nicht selbst ins Gegenteil verkehre; genau entgegen Gramonts Taktik riet er, »die Kandidatur Hohenzollern, aber nicht Preussen anzugreifen und wenigstens die Sache so zu leiten, dass König Wilhelm bei seiner Weigerung in's Unrecht gesetzt

würde. Nach dem Verzicht vom 12. forderte er, wie Gramont ihm später selbst zugab, man solle sich damit für befriedigt erklären.[1])

Nicht anders die italienische Regierung. Der Minister Visconti-Venosta wandte sich auf Gramonts Bitte nach Madrid, um dort zur Beseitigung der Schwierigkeit zu raten, und aus eigenem Antrieb nach Berlin, nachdem England darin vorangegangen war. Auf die günstigen Nachrichten aus Madrid ging eine eindringliche Vorstellung in der Nacht vom 11. zum 12. Juli von Florenz nach Paris, um die kaiserliche Regierung darauf hinzuweisen, »welche Verantwortlichkeit sie übernehmen und in welche Verlegenheit sie ihre besten Freunde bringen würde«, wenn sie in Übereilung nicht die Zeit liesse, welche zur Lösung der für lösbar gehaltenen Angelegenheit unbedingt nötig sei. Nigra erhielt zwar von Napoleon am Nachmittag des 12. Juli die Versicherung, dass der erlangte Verzicht den Frieden bedeute, und meldete das nach Hause, erfuhr dann aber um Mitternacht zu seinem Erstaunen von der neuen durch Benedetti in Ems zu stellenden Forderung. Er versuchte noch in letzter Stunde, am 14. und 15. Juli, dem Auftrag seiner Regierung entsprechend, Gramont zur Besonnenheit zu raten.[2])

Frankreichs Freunde hatten bis zuletzt das Ihrige gethan, um das Unheil abzuwenden, zur Vernunft, zum Frieden geraten; es war vergeblich gewesen, die Lawine war im Rollen, denn an dem Tag der letzten vergeblichen Vermittlungsversuche, am 15. Juli, wurde den beiden Kammern der Mobilmachungsbeschluss verkündet und von ihnen gutgeheissen. Weder Bitten noch Drohen konnte daran mehr etwas ändern, und so widerwärtig auch der Ausgang den beiden befreundeten Mächten sein mochte, jetzt hatten sie mit der Thatsache des Krieges zu rechnen und ihre Beschlüsse der völlig veränderten Lage anzupassen.

Damit war der Wendepunkt für ihre Politik gegeben, weniger für Viktor Emanuel, der schon immer thatbereiter gewesen war, im höchsten Masse aber für Beust. Gewiss hatte sich Beusts Politik bisher in allen ihren Handlungen als eine unentwegt festgehaltene Friedenspolitik gezeigt, indem sie in den Bündnisverhandlungen bis 1869 jede den Frieden etwa bedrohende Gestaltung dieser Bündnisse zu verhindern strebte und deshalb die französische Politik dauernd an der eigenen Seite zu halten suchte, bis zuletzt in den Streit über die spanische Königswahl hinein. Aber wir fanden diese Politik zugleich in scharfer Abweisung gegen den kleinsten von Berlin ausgehenden Annäherungsversuch,

1) Erinnerungen II, 349, 354, 371, vgl. 345.
2) Nigra, Souvenirs S. 451–453, 457.

und im engsten Anschluss an den gegebenen Widersacher der neuen Ordnung in Deutschland, an Frankreich. Auf der gemeinsamen Feindschaft beruhte die Festigkeit ihrer Freundschaft.

Auf Schritt und Tritt war Beust der weiteren Entwicklung eines unter preussischer Hegemonie sich zusammenschliessenden Deutschlands entgegengetreten, und wenn das dem Grundgedanken seiner Politik entsprach, wenn deren letztes Ziel die Wiedereinsetzung Österreichs an Stelle des verdrängten Preussens war, so musste ihm auch gegenwärtig sein, dass der entscheidende Austrag nur möglich war durch einen Krieg. Jetzt war das neue Deutschland durch Frankreich zum Kampf um sein Dasein herausgefordert worden, siegte es in diesem Kampf, dann blieb es für Österreich nach aller Voraussicht dauernd unüberwindlich; siegte aber Frankreich, ohne dass Österreich ihm zur Seite trat, dann war seine Freundschaft für immer verloren, es konnte über Österreich hinweg jede ihm genehme Ordnung mit dem geschlagenen Gegner vereinbaren. Wenn es auch keine ärgerlichere Störung aller Pläne Beusts gab, als den Ausbruch des Krieges im Sommer 1870, so konnte er sich doch keinen Augenblick verhehlen, dass hier die Entscheidung auch für ihn fiel; nun hatte es sich zu zeigen, ob seine bisherige Politik eine Friedenspolitik war nur um des Friedens willen, wie ihn Österreichs Interesse nach wie vor erforderte, ob er bereit war, dafür das höchste stets bisher verfolgte Ziel des eigenen politischen Ehrgeizes entsagungsvoll zum Opfer zu bringen, oder ob jenes Urteil des hessischen Ministers Recht hatte, nach welchem Beust zwar glaubte, dass Österreich von der durch seine Friedenspolitik gewonnenen Zeit mehr Vorteil gewinne als Preussen, dass Österreich aber nur durch einen Krieg gegen Preussen wieder emporgebracht werden könne.

Schon als Beust und Visconti-Venosta am 11. Juli und den folgenden Tagen in Paris abzuwiegeln suchten, hatte die französische Regierung bereits die Frage über ihr Verhalten beim etwaigen Ausbruch des Krieges gestellt. Denn sobald Gramont mit seiner Rede vom 6. Juli und der Sendung Benedettis eine drohende Tonart angeschlagen hatte, suchte er in der gefährlich werdenden Lage Deckung von aussen. Als er am 8. Juli in Florenz um Intervention in der Thronfrage bat, fügte er hinzu, dass »Frankreich auf die Hilfe Italiens rechne im Fall, dass Preussens Widersetzlichkeit den Krieg unvermeidlich mache«, und zwei Tage darauf liess Napoleon durch Viktor Emanuels persönlichen Bevollmächtigten Vimercati dem König das gleiche Verlangen und sein Vertrauen auf Italiens und Österreichs Beistand aussprechen. Bezeichnend fügte er hinzu, dass er sich nicht an den Gesandten Nigra gewendet habe, »um diesen nicht

von der Arbeit am Ausgleich abzuziehen, der zunächst Österreich und Italien anvertraut sei.« Visconti-Venosta antwortete schon am 8. korrekt, dass Italiens Arbeit dem Frieden gelte, dass Frankreich aber jedenfalls Italien nicht unter seinen Gegnern sehen werde.[1])

Gramont hatte seine Bitte gleichzeitig in Wien durch den dortigen französischen Vertreter anbringen lassen; dieser forderte zunächst diplomatische Intervention, worauf er dann ohne einen formellen Antrag zu stellen die Frage des Krieges erörterte. Beust antwortete auch hierauf am 11. Juli; die diplomatische Hilfe wurde glatt zugesagt, die weitere Andeutung aber ganz im Sinne der bisherigen Allianzpolitik Beusts mit ziemlicher Schärfe dahin beantwortet, dass Napoleon und seine Minister »sich keine Illusionen machen und glauben sollten, dass sie uns einfach nach ihrem Belieben über das hinausziehen könnten, was wir versprochen haben, und über die Grenze, die uns ebenso durch unsere Lebensinteressen wie durch unsere materielle Lage gezogen ist.« Er betonte die einzige gegenseitige Verpflichtung, sich mit keiner dritten Macht ohne gegenseitiges Einverständnis einzulassen, zugleich aber die eigene Freundschaft zu Frankreich und die Gewährung der freilich nur diplomatischen Hilfe: auch „wenn wir wollten, könnten wir nicht so schnell ansehnliche Streitkräfte aufstellen." Es war die erneute Bekräftigung der bisherigen österreichischen Friedenspolitik und mit ihr und der ernsten Friedensmahnung an Frankreich die runde Ablehnung des Hilfegesuchs für den Fall eines Krieges. Darin war Beust entschieden weit deutlicher gewesen, als Visconti-Venosta.[2])

Eine Ablehnung, die Frankreich vom Krieg zurückscheuchen sollte, die daher Gramont auch durchaus nicht als letztes Wort auffassen konnte, nachdem trotz alledem der Würfel für den Krieg gefallen war. Was er und Napoleon aus beiden Antworten ebenfalls entnehmen konnten, war die Erklärung der Sympathie für Frankreich und seine Sache, und Beust hatte bei aller Schärfe der Ablehnung doch auch wieder einiges hindurchklingen lassen, woran bedrängte und dabei sehr zur Hoffnung geneigte Gemüter sich aufrichten konnten. Jedenfalls machten nun Napoleon und Gramont mit der Rechnung auf die Wirkung der Thatsache des Krieges den entscheidenden Versuch, für diesen Krieg den zuvor gescheiterten Dreibund in letzter Stunde zustande zu bringen.

Sofort nach der Entscheidung für den Krieg, am 15. Juli, wandte sich

1) Ebenda S. 459 f.

2) Siehe das ausführliche Schreiben Beusts an Metternich vom 11. Juli 1870 (Erinnerungen II, 346—52), vgl. vorhin S. 43; Gramont leugnete später die Kenntnis dieses Briefes ab, vgl. unten Anhang 4.

Gramont zunächst an diejenigen, deren gute Meinung er kannte, an Beust und Viktor Emanuel, durch die Vermittlung von deren persönlichen Vertrauten Vitzthum und Vimercati. Zu ihnen wurde nur der gleichfalls völlig zuverlässige Metternich hinzugezogen, während der offizielle Vertreter Italiens, Nigra, über diese einleitenden Vorgänge ganz ununterrichtet geblieben ist. Mit ihnen stellte Gramont am 15. Juli einen Bundesentwurf in drei Artikeln auf, die zunächst einen Dreibund zu gemeinsamem Handeln vorschlugen und sodann als Vorstufe zum Eintreten in den Krieg für die vorläufig nicht schlagfertigen beiden Genossen Frankreichs deren bewaffnete Vermittlung, bei welcher sie unter gleichzeitiger Rüstung von Preussen die Gewährleistung des status quo in Deutschland gemäss den Bestimmungen des Prager Friedens fordern sollten. Der zuerst gemachte Vorschlag, mit der Aufstellung des napoleonischen Allheilmittels, eines europäischen Kongresses zu intervenieren, war abgelehnt worden. Um das beabsichtigte Scheitern der Vermittlung ganz sicher zu stellen, wurden von französischer Seite noch nachträgliche Forderungen vorgeschlagen: Prinzen der regierenden Häuser von Preussen und Frankreich dauernd vom spanischen Thron auszuschliessen und die norddeutschen Schutz- und Trutzbündnisse mit den süddeutschen Staaten rückgängig zu machen. Der Inhalt des dritten Artikels ist nicht so sicher; wahrscheinlich hat die französische Regierung mit ihm das Hindernis beseitigen wollen, an dem zuvor die Dreibundsverhandlungen gescheitert waren, die leidige römische Frage, und bot dafür den Italienern die glatte Ausführung des Septembervertrages von 1864 an, also Abberufung der französischen Truppen aus Rom gegen die von Italien für die Sicherheit des Kirchenstaates dafür zu leistenden Garantien.

Mit diesem Bündnisantrag in drei Artikeln reisten Vitzthum und Vimercati noch am 15. Juli von Paris nach Wien; der Italiener wählte diesen Umweg, um sich über die Haltung der österreichischen Regierung zu vergewissern, und kam mit den drei Artikeln erst am 20. Juli in Florenz an.[1])

Napoleon war inzwischen schon mit dem italienischen König in unmittelbare Verhandlung über seine Anträge getreten, denn Viktor Emanuel blieb immer die Persönlichkeit, deren Gesinnung Napoleon die sichersten Bürgschaften bot, und hier galt es dem Kaiser, getrennt von den übrigen, auch mit Österreich geführten Bundesverhandlungen über die römische Frage im angegebenen Sinne möglichst bald zu einer sicheren Verständigung zu kommen. Die Schwierigkeit lag in Italien in dem vom Ministerium zu erwartenden Widerstand, der ja schon im vorigen

1) Über die Wiederaufnahme der Dreibundsverhandlungen s. Anhang 4.

Jahr unter Vorschiebung der römischen Frage dem Dreibund so verhängnisvoll geworden war. Der schärfste Gegner jeder gegen Preussen gerichteten Kriegspolitik war der eigentliche Leiter des im Dezember 1869 ins Amt getretenen Ministeriums Lanza, der Finanzminister Sella; Lanza und Visconti-Venosta hatten zwar stärkere Sympathien für Frankreich, waren aber auch von der Notwendigkeit des Friedens für Italien überzeugt. Bei der Bevölkerung spielten die Gefühlsmomente ihre grössere Rolle, die nachwirkende Erbitterung über Mentana und die Hinneigung zum Genossen von 1866, so dass es nach dem französischen Kriegsentschluss zu lauten Kundgebungen für Preussen und gegen Frankreich kam.[1])

Für den immer bündnis- und kriegslustigen Viktor Emanuel, dem die neue Dankespflicht gegen Preussen leicht wog neben der alten gegen Napoleon, war damit die Lage nicht leicht. Gleich nach dem Bekanntwerden der Hohenzollernkandidatur hatte der auf der Jagd weilende König seinem Ministerpräsidenten mit deutlicher Beziehung geschrieben, dass er zu den notwendigen Beratungen nach Florenz zurückkehre, »er denke jedoch daran, dass er Verpflichtungen habe«. Als der Verzicht des Hohenzollern die Wolken zerstreut zu haben schien, war er fröhlich zu seinen Jagden zurückgekehrt, denen nun ein jähes Ende gemacht wurde. Am Morgen des 17. Juli erschien er wieder in Florenz, an demselben Abend wurde ein Ministerrat gehalten und die Einberufung zweier Jahresklassen zur eigenen Sicherstellung beschlossen, eine Massregel, mit der jeder seinen besonderen Zwecken dienen zu können hoffte, wie denn auch schon die Erklärungen der gegen des Königs Politik sonst einigen Minister in der Kammer am 18. je nach ihrer eigenen Haltung gegenüber Frankreich verschieden abgestimmt waren.

Gleich am 17. Juli hatte Viktor Emanuel zwei Telegramme Napoleons kurz beantwortet: er wünsche dringend ihm dienlich zu sein, immer unter Beobachtung der wahren Interessen Italiens; er wünsche die Gesinnung Österreichs zu kennen und erwarte die Ankunft Vimercatis. »Meine Freundschaft, Sire, wird Ihnen niemals fehlen«. Nach einer Anspielung in des Königs Antwort hatten die Telegramme Napoleons schon den Hinweis auf die geplante Lösung der römischen Frage enthalten, am 18. kam dann ein Brief des Kaisers, der des weiteren den Vorschlag zum Dreibund und zu der zuvor geplanten österreichisch-italienischen Intervention enthielt. Den italienischen Ministern

1) Rothan II, 58 sagt natürlich, dass die Presse und die Agenten »aux gages de la Prusse« diese Kundgebungen veranstaltet hätten, vgl. später (S. 91) »fauteurs des troubles, soudoyés par la Prusse«.

waren diese Anträge, die ja nur auf Italiens Kriegsteilnahme hinzielten, sehr wenig willkommen. Sie hätten am liebsten England in das Einverständnis hereingezogen und diesem damit die kriegerische Spitze abgebrochen, aber der durch den englischen Gesandten in Florenz vermittelte Vorschlag zu einem Neutralitätsbund mit Österreich und Italien wurde von London abgelehnt. Dafür verständigte man nun sofort nach der Ankunft des kaiserlichen Briefes am 18. Österreich von Italiens Bereitschaft zu einem Abkommen mit ihm: Italien wünsche aber zur Bewahrung seiner für Frankreich wohlwollenden Haltung, dass sich der Konflikt nicht ausdehne und es selbst jedenfalls nicht die Verantwortung für eine Vergrösserung zu tragen habe.

Damit war genau das Gegenteil von dem aufgestellt, was die Vermittlung der beiden nach dem französischen Vorschlag bezweckte, und nur die österreichisch-italienische Sonderverständigung festgehalten. Obendrein wurde die Intervention in den italienischen Verhandlungen mit Frankreich garnicht erwähnt, auch nicht, als Vimercati am 20. in Florenz angekommen war und Bericht erstattet hatte. Man griff aus allem nur die zur Lösung der römischen Frage vorgeschlagene Septemberkonvention heraus, wobei aber deutlich in der offiziellen Antwort des Königs an Napoleon vom 21. Juli erklärt wurde, dass Italien die Konvention nie aufgekündigt habe und im Vertrauen auf Frankreichs Gegenleistung »fortfahren« werde ihre Bestimmungen zu erfüllen. Viktor Emanuel hielt es doch für nötig, dies kühle, fast abweisende Regierungsschreiben durch einen Privatbrief an den Kaiser gut zu machen. Napoleon möge über die allgemeinen Wendungen des Schreibens nicht erstaunt sein: »denn um zur Ausführung unserer Pläne zu gelangen, bin ich gezwungen, die Empfindlichkeit eines in seinen friedlichen Absichten festen Ministeriums zu schonen«, ausserdem habe die Schnelligkeit der Ereignisse ihn gehindert ihre »alten Projekte« seinem Wunsch entsprechend durchzuführen.

Die Kundgebung der Gesinnung des Königs war eine Versüssung der wenig erfreulichen offiziellen Antwort und liess die Hoffnung auf die Weiterarbeit des Königs lebendig, und wenn auch die sofortige Zustimmung zu der endlichen glatten Ausführung des Septembervertrages keinerlei Anerkennung eines darin liegenden französischen Zugeständnisses durchblicken liess, so schienen doch Gramont und auch Napoleon der Meinung zu sein, dass nun zur Lösung der römischen Frage genug geschehen sei, um Italien durch Viktor Emanuels Hilfe schliesslich doch fortzureissen. Als daher sogar von Wien Hinweise kamen, dass die Septemberkonvention allein dazu nicht genügen könne, schrieb Gramont gleich nach der Ankunft der Briefe Viktor Emanuels, am 23. Juli, an seinen

Florentiner Gesandten Baron de Malaret mit nachdrücklicher Wendung gegen alle Andeutungen von einer Ersetzung der Konvention durch einen neuen Vertrag, der den italienischen Truppen Rom öffnen sollte: »Wir können das niemals zugestehen. Die Septemberkonvention ist der einzig mögliche Boden.«

Die offizielle Ankündigung der am 21. Juli in Aussicht gestellten Annahme der Konvention verzögerte sich durch formelle Schwierigkeiten bis zum 29., an dem Visconti-Venosta sie Nigra fast mit den Worten des früheren königlichen Schreibens zustellte. Gramonts Äusserung aber bewog die Regierung deutlicher noch als zuvor ihre Meinung kundzuthun: dass sie auf den Vorschlag eingehe, da »die reine und einfache Rückkehr zur Septemberkonvention« eine ganz für sich stehende Frage sei, und dass Italien nicht zugleich in den Krieg eintreten und die Durchführung des Vertrages zusichern könne, »der übrigens nicht als eine Italien gemachte Konzession angesehen werden könne«. Genau dem entsprechend hatte Visconti-Venosta am 25. in der Kammer erklärt, dass die Regierung, wie am Tag vorher öffentlich verkündigt war, eine Neutralitätspolitik verfolge und dass Italien die Entschlüsse Frankreichs über seine Truppen in Rom als unabhängig von der Richtung seines jetzt einzunehmenden Verhaltens betrachte. Die Kammer stimmte der Regierungspolitik mit grosser Mehrheit zu.[1] Damit hatte Italien trotz aller anderen Wünsche seines Königs seine Stellung fest und entschieden kundgethan, und es blieb Frankreich überlassen, die nötigen Folgerungen daraus zu ziehen.

Weit wichtiger noch als die Haltung Italiens war in der drängenden Stunde die Haltung Österreichs, das schon in die Verhandlungen über die Septemberkonvention eingegriffen hatte. Wenn auch Beust bisher den österreichischen Standpunkt festgehalten hatte, wie er sich aus den Verabredungen von 1869 ergab, so konnte doch Gramont von vornherein auf freundliche Aufnahme seiner drei Artikel bei ihm hoffen, weil neben Metternich Beusts Vertrauensmann Vitzthum an ihnen mitgearbeitet hatte. Für die weiteren Regierungskreise in Wien existierten sie vorläufig natürlich nicht, als der schnelle Kriegsausbruch auch Österreich-Ungarn zu sofortigen Entschliessungen drängte.

Am 18. Juli trat ein grosser Kronrat unter dem Vorsitz des Kaisers in Wien zusammen, an dem auch die Ministerpräsidenten der beiden Reichshälften, Graf Julius Andrassy und Graf Potocki teilnahmen. Beust suchte jede ihm unbequeme Bindung seiner Politik zu verhindern, indem er eine zuwartende

1) S. die verschiedenen einschlägigen Schriftstücke bei Guiccioli II, 256, 257 f., 268, 270, 273, 276, 288, Rothan II, 68 f., 70 f., Staatsarchiv Bd. 57 S. 333, 335 f., 337, 338.

Haltung und vorläufige Passivität für den Kaiserstaat forderte. Nachdrücklich trat ihm sein thatkräftigster Widersacher, Andrassy, entgegen, der die Verkündigung der offenen und entschiedenen Neutralität forderte, zu deren Schutz eine beschränkte Kriegsbereitschaft, ähnlich wie es auch in Italien geschah, beschlossen werden sollte. Beust widersprach, die Monarchie habe von einem französischen Siege nichts zu fürchten, von Preussen aber nichts Gutes zu erwarten, sie sollte sich jedenfalls nicht durch die Erklärung der strikten Neutralität der eigenen Aktionsfreiheit begeben. Andrassy wies darauf hin, dass die Verkündigung der Neutralität Preussen freilich eine grosse Beruhigung bringen, dass aber auch das Verhältnis zu diesem nach einem preussischen Siege um so inniger sein werde, dass es dagegen für Österreichs Verhältnis zu Frankreich gleichgültig sei, ob man offen neutral oder vorläufig passiv bleibe, denn Napoleon sei nur dann zufrieden, wenn man mit ihm in den Krieg gegen Preussen eintrete; das aber könne Niemand in Vorschlag bringen. Er gab soweit nach, dass der französischen Regierung mitgeteilt werde, man habe keinerlei Grund, die Neutralität jetzt oder später gegen Frankreich zu wenden, und der preussischen, man werde aus der Neutralität heraustreten, sobald sich eine dritte Macht in den Krieg menge.

Damit war eine beschränkte Rüstung, für die dann 20 Millionen Gulden ausgeworfen wurden, doppelt geboten, und so stimmten alle Andrassys Antrag zu, auch Beust.[1]) Andrassy antwortete am 28. Juli im ungarischen Reichstag auf eine Interpellation Tiszas genau den Beschlüssen entsprechend und fügte noch besonders hinzu, dass »im Schosse der Regierung und der entscheidenden Faktoren jedwede Absicht fehlt, die im Jahre 1866 aufgegebene Stellung in Deutschland wieder zu erringen, welche Stellung auch meiner Überzeugung nach der Monarchie keinerlei Nutzen, wohl aber Gefahren bringen kann.« Tiszas Antwort liess keinen Zweifel, dass Andrassy bei seiner Politik auch die Opposition, überhaupt Ungarn hinter sich hatte.

Ganz anders als Andrassys Erläuterung der beschlossenen Politik im ungarischen Reichstag lautete die, welche Beust dem Fürsten Metternich am 20. Juli

1) Beust erwähnt diese Sitzung zweimal, an Andrassy, 23. April 1873, Erinn. II, 386, und ebenda 392; eingehenderen Aufschluss giebt uns Konyi »auf Grund von Gesprächen, welche er zu wiederholten Malen mit dem Grafen Julius Andrassy geführt hat, und auf Grund anderer derzeit noch nicht publizierbarer geschichtlicher Quellen« in: Deutsche Revue, Jahrg. 15, II S. 10—12, vgl. S. 13. Vitzthum stellte es als Beusts Verdienst hin, dass im Kronrat einmütig die Rüstungsvorbereitungen beschlossen seien, »tout en prononçant la neutralité comme un starting point« (Mett. an Gramont, 24. Juli, Staatsarchiv Bd. 57 S. 336 f.). Über Beusts eigene Stellung zum Rüstungsvorschlag s. Erinn. II, 437.

zur Mitteilung an die französische Regierung gab, und die zur Beruhigung über die offiziell an alle Regierungen gerichtete Neutralitätserklärung vom gleichen Tage dienen sollte. Wenn wir hören, dass Vitzthum, der Mitarbeiter an den drei Artikeln, Beust den Entwurf zu seinem Schreiben gemacht hat, so lässt das von vornherein auf den Inhalt schliessen. Der Brief ist sehr gewandt abgefasst; Beust stellte sich wie bisher auf den Boden der Monarchenbriefe und ihrer Versprechungen. Nachdem zuerst die beruhigende Erklärung abgegeben war, dass die von Vitzthum gemachten Mitteilungen »jede Möglichkeit eines Missverständnisses beseitigt haben, welches das Unvorhergesehene dieses plötzlichen Krieges entstehen lassen konnte«, heisst es: »dass wir getreu den Verpflichtungen, wie sie in den zu Ende des vorigen Jahres zwischen den beiden Souveränen ausgetauschten Schreiben festgestellt sind, die Sache Frankreichs wie die unsere betrachten und in den Grenzen des Möglichen zum Erfolge seiner Waffen mitwirken werden.« Gewiss hatte hier Beust jedes Wort vermieden, das eine neue, über die alte hinausgehende Verpflichtung ausgesprochen hätte, aber von dem Nachsatz gilt in verstärktem Masse, was Gramont später vom letzten Auftreten Vitzthums in Paris sagte, dass alle die frühere reservierte Kühle vollständig verschwunden war: man vergleiche die mit der Berufung auf dieselben Verpflichtungen begründete abweisende Haltung am 11., und dies herzliche, aufmunternde Entgegenkommen am 20. Juli. C'est le ton qui fait la musique.

Zunächst kommen nun auch sachliche Einschränkungen. Es werden die »Grenzen« bezeichnet, die »einerseits durch unsere inneren Verhältnisse, andrerseits durch politische Erwägungen von der höchsten Wichtigkeit bestimmt sind«. Man könnte glauben, Beust sei vorübergehend von seinem Plan abgekommen, Österreichs Parteinahme gegen Preussen durch Russlands Hinüberdrängen auf Preussens Seite zu ermöglichen, wenn er jetzt von der durch Russland drohenden Gefahr zu warnen scheint, dessen Eintritt in die Handlung sofort einem Eintritt Österreichs folgen werde; daher müsse »für den Augenblick das ostensible (!) Ziel unserer Politik sein«, Russland neutral zu erhalten, bis ihm die vorgerückte Jahreszeit keine Konzentration der Truppen mehr gestatte. Was er aber wirklich denkt, liegt in dem Satz: »Je wohlwollender diese (die Neutralität Russlands) für Preussen wird, desto sympathischer wird unsere Neutralität sich Frankreich zeigen«, und es entspricht ganz seinen früheren Gedanken, wenn er darauf hinweist, dass die Deutschen der Monarchie in dem deutsch-französischen Kriege den Beginn eines nationalen Kampfes sehen, und die Ungarn bei aller Opferbereitschaft für einen Krieg gegen Russland sich gegenüber der Wiedergewinnung der früheren Stellung in Deutschland sehr zurückhaltend erweisen würden.

Somit war die Forderung Russland fernzuhalten nur für die beschränkte Frist gemeint, bis die kalte Jahreszeit sein sofortiges kriegerisches Eintreten im Jahre 1870 ausschloss, während nach wie vor Russlands politische Haltung die widerstrebenden Elemente der Monarchie in Bewegung bringen sollte. Unter denselben Gesichtspunkt stellte Beust die nur vorübergehende neutrale Haltung Österreich-Ungarns. »Unter diesen Umständen ist das Wort Neutralität, welches wir nicht ohne Bedauern aussprechen, uns von einer gebieterischen Notwendigkeit auferlegt worden und von einer logischen Abschätzung unserer solidarischen Interessen. Aber diese Neutralität ist nur ein Mittel, nämlich das Mittel, uns dem wirklichen Ziele unserer Politik zu nähern, das einzige Mittel, unsere Rüstungen zu vollenden, ohne uns einem plötzlichen Angriffe Preussens oder Russlands auszusetzen, bevor wir in der Lage sind, uns zu verteidigen«.

Diese Deutung der Neutralität schlug derjenigen Andrassys geradezu ins Gesicht und musste über die beginnenden Rüstungen in Österreich Vorstellungen erwecken, die himmelweit von denen ihres Urhebers entfernt waren. Den damit kundgegebenen politischen Plänen Beusts entsprach es durchaus, dass er von den drei Artikeln die vorläufig wichtigste Bestimmung sofort annahm: er sei mit Italien unverzüglich wegen der von Napoleon ihnen überlassenen Vermittlung in Beziehung getreten; „werden die neuen Grundlagen, die Sie uns soeben übermittelt haben, das Ziel erreichen, das die französische Regierung beabsichtigt hat? Mit anderen Worten, werden sie von Preussen für unannehmbar gehalten werden?“ Wenn er somit zweifelte, ob die auf die Forderung des status quo in Deutschland gestellte Intervention zu ihrem Zweck führen würde, so warf er doch diese Bedenken fort mit der rückhaltlosen Annahme der Bedingung und damit ihres Zweckes: „Nun, wir wollen darüber nicht weiter besorgt sein, und ich habe es Ihnen schon telegraphiert, wir nehmen diese Grundlagen an, wenn Italien sie annimmt als Ausgangspunkt für eine kombinierte Aktion.“

Italien gegenüber war er freilich weniger sanguinisch als Gramont und sah klar, dass mit der Septemberkonvention allein dessen römischen Forderungen nicht gedient sein konnte. Er bemühte sich das Hindernis bei Seite zu räumen: „An demselben Tage, an dem die Franzosen den Kirchenstaat verlassen, müssten die Italiener mit Zustimmung von Frankreich und Österreich einrücken. Niemals werden wir die Italiener für uns haben, wenn wir ihnen nicht den römischen Stachel ausziehen .... Wenn Frankreich uns die Ehre lässt, die römische Frage zu entscheiden, würde es uns sehr die Aufgabe erleichtern, für die man uns die Initiative in Florenz hat lassen wollen.“ Mit einer für den deutschen Protestanten Beust sehr geschmackvollen Wendung schloss dann der Brief, indem

eine solche liberale Politik Frankreichs als Damm hingestellt wurde gegen das von Preussen, „einer vor allem protestantischen Macht" drohenden „Überfluten des Teutonismus."

Wenn wir den Brief in den Zusammenhang der Ereignisse einordnen, so tritt aus ihm die Politik Beusts nach dem Kriegsentschluss Frankreichs deutlich hervor in dem engen Festhalten an Frankreich auch unter den gewaltig veränderten Verhältnissen, und mit einer durch den Zwang der Lage gebotenen Neutralitätserklärung, die nur eine vorzeitige Gefährdung durch Russland hindern und Österreich die Frist gewähren soll zum „wirklichen Ziele" seiner Politik zu gelangen. Wenn Beust für die als Vorbedingung geforderte Teilnahme Italiens ein grösseres Opfer in der römischen Frage anriet, so meinte er damit nicht, wie der Brief zuerst vermuten liess, die Preisgabe Roms, sondern nur die Erlaubnis für die Italiener in den Kirchenstaat einzurücken. Was die eigenen österreichischen Rüstungen anging, so schrieb Vitzthum noch ergänzend, dass Österreich unmöglich vor dem September ins Feld rücken könne.[1])

---

1) Beusts Schreiben an Metternich vom 20 Juli ist gegenüber dem unvollständigen Abdruck bei Hahn II, 69 f. besser wiedergegeben von Delbrück, Preuss. Jahrb. 82 S. 7—9; zwei kleine, auch hier noch in den von mir citierten Abschnitten gebliebene Lücken habe ich nach dem französischen Text ergänzt. Sybel (VII, 386) erzählt nach Vitzthum, dass dieser das Schreiben entworfen habe. Beust giebt in seinen Erinnerungen von diesem wichtigen Schriftstück nur die beiden in Gramonts offenem Brief vom 8. Januar 1873 enthaltenen Abschnitte (Erinn. II, 374 und 375) wieder; der Brief war ihm augenscheinlich unbequem, da er freilich entscheidend ist gegen die in den Erinnerungen versuchte Darlegung der Beustischen Politik. Sybel, der Beusts eigene Auffassung hier annimmt, suchte von diesem Gesichtspunkte aus den Brief zu deuten (VII, 386—89); um aber nur einen wichtigen Punkt hervorzuheben, so geht Sybel über die Erklärung »wir nahmen diese Grundlage an« hinweg, während sie gerade von entscheidender Wichtigkeit ist und die Deutung durch Gramonts Schreiben vom 19. Juli (Staatsarchiv S. 334) ganz klar gegeben wird. Zu der Bedingung, dass auch Italien sie als Grundlage für eine gemeinsame Aktion annehmen müsse, meint Sybel, dass Gang und Zweck dieses Vorgehens weislich unausgesprochen bleiben — der Ausdruck ist echt Beustisch schillernd, da man dabei ebenso an die bewaffnete Aktion denken könnte, wie an die ihr auf jeden Fall vorangehende gemeinsame österreichisch-italienische Vermittlung. Hier steht m. E. die Frage so, wie sie Delbrück (a. a. O. S. 10) formuliert hat: »Entweder hat der Briefsteller wirklich den Franzosen die Aussicht eröffnen wollen, dass Österreich im Herbst an ihre Seite treten werde, ohne vorsichtiger Weise ein formell bindendes Versprechen zu geben, oder der Briefsteller hat die Franzosen absichtlich täuschen wollen und desshalb die Worte so gewählt, dass sie nur den Schein eines Versprechens enthielten«. Da wir letzteres ausschliessen können, so bleibt nur die erstere Möglichkeit bestehen. Allerdings ist mir der Brief nur beweisend für Beusts Politik nach dem 15. Juli, und ich muss meine frühere Ablehnung (s. Anhang 2) wiederholen, aus diesem Brief auch die Folgerung für eine ähnlich gestimmte Politik Beusts im Jahr 1869 oder gar für den Inhalt der Monarchenbriefe zu ziehen. — Die ergänzende Mitteilung Vitzthums über die für die Rüstungen nötige Frist s. im Brief Metternichs an Gramont, 24. Juli, Staatsarchiv S. 336; vergl. Gramont an Beust, 8. Januar 1873, Beust II, 375. —

Auf einen diesem Brief vorangegangenen telegraphischen Bescheid an Metternich, der uns nicht vorliegt, hatte Gramont schon am 19. Juli zu einigen Punkten Stellung nehmen können. Er kündigte Beust die Ankunft des früheren Ministers des Auswärtigen, des Fürsten de La Tour d'Auvergne als besonderen Bevollmächtigten an, und nach einer Erörterung der Lage, bei der er zu dem merkwürdigen Ergebnis kam, dass die nicht mehr zu erwartende Neutralität aller süddeutschen Staaten vom strategischen Gesichtspunkt aus sogar ein beträchtliches Hindernis gewesen wäre, bestätigte er, dass Metternich ihm Beusts Geneigtheit zu dem Interventionsplan bereits mitgeteilt habe, und als ob er Beusts Bedenken schon vorhergefühlt hätte, riet er, zu der Bedingung des status quo noch die Zurücknahme der Schutz- und Trutzbündnisse durch Preussen zu fordern. Über die Neutralität Österreichs hatte ihn Metternich beruhigt: „Nous armons déjà!" Aber Gramont zeigte, dass er auch andere Quellen über Wiener Stimmungen hatte als Beust und Metternich, hatte doch ihn selbst Andrassy noch in Wien ernstlich davor gewarnt, die Rechnung auf eine etwa mögliche Kriegshilfe Österreich-Ungarns zu stellen; so schrieb er jetzt, er habe gehört, dass Österreich keine Kriegsvorbereitungen treffe und im vollen Wortsinn neutral bleiben wolle. In der Armee sage man, dass Österreich nur falls Russland für Preussen eintrete etwas thun würde, und ehe er noch Beusts Brief mit dessen eigenem gleichem Hinweis in Händen hatte, erklärte er es für höchst bedauerlich, wenn sich das Wiener Kabinet von einem solchen Gedanken leiten liesse. „Denn weit entfernt davon, Russland zu Preussen hin zu drängen, scheint es im Gegenteil nötig, das Mittel zur Erhaltung seiner Neutralität zu finden." Er sah sich hier vor den Gedanken gestellt, die Reihe der Gegner, in der er schon die Süddeutschen stehen sah, noch geflissentlich durch Russland zu vergrössern, nur um der Hoffnung willen, dadurch vielleicht die Ungarn und die Deutsch-Österreicher voranzubringen. Er stellte einen entgegengesetzten Plan auf: man könne den Zaren trotz seiner Neigung zum preussischen König durch das Anerbieten von Vorteilen gewinnen, aber die Initiative müsse von Österreich ausgehen; man solle ihm anbieten, die gefürchtete polnische Frage nicht aufzuwerfen, ferner eine gemeinsame Regelung der Angelegenheit der Donaufürstentümer und eine Revision des Pariser Vertrages von 1856 in seinen

Dass Beust nicht den Einmarsch der Italiener in die Stadt Rom, sondern nur in den Kirchenstaat im Auge gehabt hat, geht schon aus seinem Telegramm an Metterrich (s. dessen Brief vom 28. Juli, Staatsarchiv S. 337) hervor: »Il n'a jamais été question de l'entrée des Italiens à Rome«, ferner hat er es später mehrmals in den Erinnerungen betont (II, 366, 411, 415 f., vergl. Delbrück S. 9 Note). Sybel (Hist. Ztschr. S. 48 f.) fügt dazu noch eine Mitteilung »von der berufensten Seite«, also von Vitzthum

Russlands Würde und Interessen verletzenden Bestimmungen, besonders über das Schwarze Meer, in Aussicht zu nehmen.[1]) Gramonts Hoffnungen auf Russland standen aber auf sehr unsicherem Boden, worüber ihn nur seine glückliche Phantasie täuschen konnte; gerade in diesen Tagen erfuhr er es mit voller Deutlichkeit, dass er die russische Gefahr, die er vermeiden wollte, heraufbeschwor, wenn er Österreich in den Krieg hineindrängte, während es ungewiss blieb, ob dagegen die empfohlenen Gegenmittel helfen würden.

In der letzten Zeit waren die Beziehungen Frankreichs zu Russland enger geworden. Nachdem die Dreibundshoffnungen im September 1869 vorläufig zergangen waren, hatte Napoleon zu seiner Sicherung auch nach anderer Seite angeknüpft. Im Oktober ernannte er den General Fleury zu seinem Botschafter in Petersburg, der sich besonders beim Zaren selbst einführen sollte. Russland sollte beruhigt werden über jede Bedrohung durch die polnische oder die orientalische Frage, gegen die das beste Mittel die Hindrängung Österreichs in die deutsche Politik zur Erlangung der Vorherrschaft in Süddeutschland sein werde; ferner sollte das Gefühl gemeinsamen Gegensatzes gegen Preussen auch in Petersburg durch den Hinweis geweckt werden, dass die weitere Ausbreitung der „germanischen Idee" auch die Ostseeprovinzen wie das Elsass bedrohe, und dass Preussen in der hinausgeschobenen Regelung der schleswigschen Nordgrenze gegen Dänemark auch eine Bestimmung des Prager Friedens im Bereich der herkömmlichen Interessensphäre der russischen Politik unerfüllt liesse. Dabei konnte Fleury auch an Familienbeziehungen anknüpfen, um sie gegen die Neigung des Zaren zu seinem preussischen Oheim auszuspielen, da der russische Thronfolger mit der Tochter des Dänenkönigs vermählt war.

Allerdings war zunächst auf dem betretenen Wege nicht viel zu erreichen, und das im Januar 1870 ins Amt tretende Ministerium Ollivier forderte vom Gesandten überhaupt eine vorsichtige Zurückhaltung; es gelte jetzt keine »grossen Projekte« aufzustellen, schrieb Napoleon selbst am 7. März, »alle Ihre Anstrengungen sollten sich darauf beschränken, ein Einvernehmen mehr auf dem Wege des Gesprächs als durch die Aufstellung bestimmter Projekte zu schaffen.« Fleury glaubte mit seinem Erfolg in dieser Richtung zufrieden sein zu können.[2]) Auch gegenüber Russland zeigte sich die französische Politik im Jahre 1870 als Politik einer Regierung, die selbst an keine Abenteuer dachte und vor-

1) Gramont an Beust, 19. Juli, Staatsarchiv Bd. 57 S. 333—35.

2) S. über diese Beziehungen Graf Fleury »La France et la Russie en 1870«, nach den Papieren des Generals Fleury, in: Revue de Paris, V, 6 (1898) S. 715 f., 718, 720 f., 725, 728, 732, 738 f., 743—745.

läufig den Frieden nicht gefährdet glaubte, als nun die Ereignisse des Juli hereinbrachen. Nachdem auch der Zar bereit gewesen, in dem Kandidaturstreit zu intervenieren, sah er wie die andern mit der Entsagung der Hohenzollern die Angelegenheit für erledigt an. Aber während Gramont sich auf das Äusserste um Österreichs Bundesgenossenschaft bemühte, ging am 18. Juli vom russischen Ministerium eine ernste Warnung an Fleury: für Russland sei es das Beste, sich so lange wie möglich ausserhalb des Streites zu halten, wenn aber Frankreich Österreich heranziehe, würde der Krieg einen so bedrohlichen Charakter für Russland erhalten, dass es ihm trotz aller guten Absichten schwierig sein würde unthätiger Zuschauer zu bleiben. »Dann könnte sich die Kluft zwischen Frankreich und Russland unüberschreitbar vertiefen.« Bündig meldete Fleury am Tage darauf dem Kaiser selbst: »Der Zar verspricht für den Fall des Krieges die Neutralität unter der Bedingung, dass Österreich keinerlei Teil daran nimmt.«

Eine schwierige Lage für Gramont, die ihn aber keine Linie von seiner bisherigen Politik abweichen liess. Er drängte Österreich und Italien weiter zur Allianz, während er Russland hinhielt; ob er vielleicht hoffte, Russland durch die vollendete Thatsache des grossen Dreibundes so zu erschüttern, dass es nicht zur That schreiten würde, jedenfalls war das Mittel, welches er gegen Russland anwendete, das einer dreisten Täuschung, von deren unvermeidlicher Aufdeckung er sich bei einigem Nachdenken die schlimmste Wirkung vorhersagen musste. Am 20. Juli schrieb er Fleury, er könne Russland über den Zweck der österreichischen bewaffneten Neutralität beruhigen, und ebenso äusserte sich tags darauf Napoleon. Da aber der Zar Österreich seine Garantie gegen jeden preussischen Anspruch zusagte, so bestritt er für Österreich die Notwendigkeit der Verteidigungsmassnahmen, auf österreichische Truppenansammlungen in Böhmen sei er entschlossen, »unmittelbar durch eine ereignisschwangere und gefahrerfüllte bewaffnete Neutralität zu antworten«.[1]) Gramont war damit so nachdrücklich gewarnt, wie nur möglich, er selbst hatte zwar Beusts Plan, Russland in den Krieg zu ziehen, abgewiesen, aber er förderte selbst nur diesen verschmähten Plan der Aufstachelung Russlands, wenn er nach solchen Kundgebungen die Bündnispolitik bei Österreich fortsetzte. Das beirrte ihn nicht, hier wie überall ging er seinen Weg weiter, ohne sich um die Einrede von aussen zu kümmern, und er, der selbst in blinder Hast alles überstürzte und verdarb, rief Beust zu: »Die Schnelligkeit unserer Entschlüsse ist meines Erachtens in den gegenwärtigen Umständen eine Grundlage des Erfolges.«

1) Ebd. VI, 1 (1899) S. 297. 299—305.

Jede Konzession, so schien er zu glauben, konnte diese Schnelligkeit beeinträchtigen. Weit widerwärtiger noch als die Zustimmung, die Beust zu seinem russischen Plane forderte, war ihm Beusts Eingreifen in die römische Frage, die er augenscheinlich in seinem Sinn besser allein mit den Italienern ins reine zu bringen hoffte. Gleich die erste Andeutung einer Einmischung Beusts in dessen Schreiben vom 20. Juli, bei der sogar auf eine von Italien ausgegangene Anregung angespielt wurde, veranlasste ihn zu jener nachdrücklichen Weisung an Malaret vom 23. Juli, dass die Septemberkonvention der »einzig mögliche Boden« sei. Er fand darin volle Zustimmung bei seinem Kollegen Ollivier und beim Kaiser. Ollivier erzählt, freilich mit dem falschen Selbstlob, dass er der erste gewesen sei, der gegen die Preisgabe Roms aufgetreten sei, er habe am 25. Juli Napoleon vor der Idee Beusts gewarnt, die »jämmerlich und undurchführbar« sei; zur äusseren Krisis würde für Napoleon eine innere hinzutreten, während man mit Italien auf einer allgemein anerkannten Übereinkunft stehe, auf der Septemberkonvention, an diese müsse man sich halten, die Ehre verbiete anders zu handeln; an demselben Tag habe ihm der Kaiser sein volles Einverständnis ausgesprochen. Durch solche Übereinstimmung gestärkt, erklärte Gramont nochmals vor Nigra in der formellsten Weise, dass es Frankreich unmöglich sei, irgend eine Verpflichtung für Rom anzunehmen, die über die Konvention hinausginge. Seinem Verhalten entsprach dasjenige Malarets, als Viktor Emanuel die vollständige Übereinstimmung seiner Wünsche mit den Andeutungen Beusts kundthat, indem er bei dem Gesandten anklopfte, ob Napoleon wohl zu einer mündlichen Versicherung bereit wäre, dass er bei einer Bedrohung Roms durch revolutionäre Banden nichts einzuwenden hätte, wenn die italienischen Truppen die Rolle der französischen übernähmen und durch die Besetzung einiger strategischer Punkte im Kirchenstaat den Papst schützten. Malaret verhielt sich gegenüber einem solchen Preisgeben des Septembervertrages ebenso ablehnend wie Gramont: wenn die italienische Regierung ein Korps in den Kirchenstaat einmarschieren liesse, würde sie es nie wieder herausmarschieren lassen können.[1]

Wenn nun auch so oft und so deutlich wie möglich kundgethan war, dass die Wünsche der Italiener und auch des sonst so willfährigen Königs beträchtlich über die Septemberkonvention hinausgingen, so lag darin noch längst kein Grund, die angebotene glatte Ausführung der Konvention abzulehnen. Es blieb

1) Ollivier »L'état et l'église II, 473 f. Nigra, a. a. O. S. 462, Note 7. Die Unterredung Malarets mit Viktor Emanuel im Bericht Gramonts in: »Les alliances de l'empire«, Revue de France 28 (1878) S. 706.

Gramonts Unglück, wenn er trotz aller Warnungen des sicheren Glaubens war, dass mit der Konvention auch seine kühne Auffassung über ihre Bedeutung von den Italienern gut geheissen sei. Wie bei den Emser Vorgängen verschloss er Auge und Ohr fest gegen alles, was der Anschauung von den Dingen widersprach, die er nun einmal haben wollte, er sah alles an, nicht wie es war, sondern wie er es sich wünschte, und hat mit der glücklichen Selbstsicherheit der nie zu belehrenden Beschränktheit an seinen Auffassungen als handelnder Politiker wie noch nach Jahren als Verfasser seiner Erinnerungen unentwegt festgehalten.

Bei den nur für Gramont unsichtbaren, sofort in voller Schärfe sich meldenden Gegensätzen waren die Aussichten für die nun in der Stunde der Not in grösster Eile zusammenzuzimmernde Allianz recht mässig. Aber man war doch energisch an der vorbereitenden Arbeit, und während Gramont mit Beust über die Vorbedingungen des österreichischen Beitritts, mit Italien über römische Frage und Septemberkonvention verhandelte, arbeiteten seine beiden Alliierten daran, ihre Intervention gemäss dem zweiten der drei Artikel vom 15. Juli vertragsmässig festzustellen.

Beust war ja auf diesen Vorschlag ohne Verzug eingegangen und Vimercati wird davon schon bei seiner Heimkehr am 20. Juli seinen königlichen Herrn haben unterrichten können. Sofort wurde er wieder mit der weiteren Führung dieser Verhandlungen beauftragt und reiste wahrscheinlich am 22. Juli von Florenz nach Wien, wo er den 24. eintraf, zugleich mit ihm aus Paris der Fürst de La Tour d'Auvergne.[1]) Am 25. begannen die Verhandlungen. Als La Tour in etwas scharfer Weise auf einen Abschluss drang, der das Offensivbündnis in den Vordergrund stellte, stimmte zwar Vimercati zu, Beust aber hemmte diesen Eifer und richtete die Verhandlung zunächst ausschliesslich auf die Vereinbarung Österreichs und Italiens, womit Vimercati gleichfalls einverstanden war. Mit ihm entwarf Beust am folgenden Tage den aus acht Artikeln und einer kurzen Einleitung bestehenden, vorläufig geheim zu haltenden Sondervertrag: er sollte offensiv und defensiv sein, den beiden Mächten ihren Territorialbestand garantieren, sie zu gemeinsamer Stellungnahme gegenüber dem französisch-preussischen Krieg und zu gemeinsamer Beobachtung bewaffneter, für Frankreich wohlwollender Neutralität verpflichten; dafür hatten sie schleunig ihre Armeen auf Kriegsfuss zu setzen und gemeinsam, sei es zur Vermittlung

1) Datum der Ankunft nach Vitzthum bei Sybel VII, 398. Viktor Emanuel meldete Napoleon die bevorstehende Abreise am 21. (Staatsarchiv S. 336), Guiccioli (II. 282) nennt den 22. Juli. Für die Verhandlungen selbst fehlen hier Guiccioli die originalen Quellen, er kombiniert vielfach unsicher.

oder zum Eintritt in den Krieg vorzugehen; auf Vimercatis Anregung verpflichtete sich Österreich-Ungarn im siebenten Artikel noch besonders, bei Frankreich nicht nur für die unmittelbare Räumung des Kirchenstaates einzutreten, sondern auch dafür, dass diese Räumung unter Bedingungen geschehe, die den Wünschen und Interessen Italiens entsprächen und den inneren Frieden des Königreichs sicherstellten.

Noch am 26. telegraphierte Vimercati an Viktor Emanuel, dass Frankreich sehr zufrieden zu sein scheine, worauf der König umgehend seine Billigung des Entwurfs aussprach und noch an demselben Tag hoffnungsfreudig Napoleon von dem vorgeschlagenen Neutralitätsvertrag meldete, der die Vereinigung in dem Dreibund erleichtern werde. Beust telegraphierte am 27. unter Mitwissen der Bevollmächtigten noch einmal nach Paris, dass man dem österreichischen Kabinet die Regelung der römischen Frage und die Beschützung des Papstes übertrage.

Da aber begann eine für die zunächst Beteiligten nicht so schnell zu entwirrende Komödie der Irrungen, die besonders für das bündnissuchende Frankreich unerfreuliche Folgen hatte. Gramont stand schon in den Missverständnissen mitten darin, aus denen er nun nicht wieder loskommen sollte. Da ihm mit der Erfüllung der Septemberkonvention die ganze Schwierigkeit der römischen Frage als abgethan galt, so ärgerte ihn um so mehr Beusts Aufdringlichkeit, der nun gar diese erledigte Sache in seine Hand nehmen wollte; als ihm daher am 28. telegraphisch aus Florenz jene verspätet fertiggestellte, vom folgenden Tag datierte ministerielle Annahme der Septemberkonvention gemeldet wurde, da telegraphierte er umgehend nach Wien, dass sich Napoleon und Viktor Emanuel über die römische Frage auf Grund der Septemberkonvention geeinigt hätten. In Wien musste das einfach unverständlich bleiben, so dass sich Beust Aufklärung zu schaffen suchte. An Metternich ging sofort eine für Gramont bestimmte Erläuterung, die noch einmal wiederholte, dass die ganze Anregung zu Österreichs Vorgehen in der römischen Frage von Italien ausgegangen sei, und zwar von den italienischen Bevollmächtigten, dem Gesandten Artom und dann Vimercati; niemals sei dabei die Rede vom Einmarsch der Italiener in Rom gewesen. Zugleich wollte er sich unmittelbar an die beiden Monarchen wenden, und noch am 28. Juli verliessen Vitzthum und Vimercati Wien. Sie nahmen beide den neuen Bündnisentwurf mit sich, Vimercati, um ihn Napoleon, Vitzthum, um ihn Viktor Emanuel und den italienischen Ministern vorzulegen und gegebenenfalls gleich abzuschliessen.[1])

1) Über die Verhandlungen vom 25.–28. Juli unterrichtet am besten Vitzthum bei Sybel VII, 398–401, wobei nur die Schwierigkeit besteht, dass Sybels Wiedergabe naturgemäss von seiner Auf-

Aber Gramont fand noch immer keine Ruhe. Der ungarische General Türr, der in italienischen Diensten stehend die Rolle eines Vertrauensmannes zwischen dem König und dem Prinzen Napoleon spielte, schrieb aus Florenz am 27. einen zwei Tage später in Paris ankommenden Brief an Gramont, dass man mehr in der römischen Frage thun müsse, um Italien zum Handeln zu bringen, und dass irgend welche Versicherungen für die nationalen Wünsche nötig seien, dann könne die Regierung die Nation mit fortreissen. Mit alledem wurde der Geduld Gramonts etwas viel zugemutet. Dass alle Warner in dem einen Punkt übereinstimmten, kümmerte ihn nicht, denn diese Sache war für ihn fertig; daher telegraphierte er noch den 29. an La Tour nach Wien, dem inzwischen dort angekommenen Türr, der sich ohne Berechtigung in die ganze Verhandlung einmische, zu sagen, dass man auf keinen Fall die Septemberkonvention verlassen würde, und am 30. folgte ein Schreiben an den Gesandten, dass man zwar schwer zu vereinigende Zusicherungen erhalten habe, dass aber die Angelegenheit vollständig erledigt sei. Infolge der aus Wien und Florenz erhaltenen Erklärungen, so meinte Gramont kühn, »stehen wir auf dem gleichen Boden der Konvention vom 15. September. Man fordere nicht mehr von uns und wir werden sie ausführen. Unser Besatzungskorps wird den Kirchenstaat am 5. August räumen.« [1])

So blieb denn Gramont fest in seiner Auffassung und fest in seinen Forderungen, er musste sich doch noch sehr als Herrn der Situation fühlen, wenn er meinte, die grossen Staaten zu seinen Diensten zwingen und ihnen doch die Erfüllung ihrer entscheidenden Bedingungen vorenthalten zu können. Dies Verfahren behielt er mit derselben Sicherheit gegenüber Österreich und Italien, wie auch gegenüber Russland bei.

Von dorther lauteten die Berichte des Generals Fleury immer entschiedener, dass Österreichs Neutralität die conditio sine qua non der russischen sei, ja bei der Frankreich günstigen Stimmung in Russland könne der Zar gar nicht

---

fassung der Beustischen Politik beherrscht ist. Für den Inhalt der acht Artikel treten daher als willkommene Ergänzung und Verbesserung die Angaben Nigras (S. 461) und die noch vollständigeren Guicciolis (II, 280) ein; bei Nigra (ebd. Note) ist die Depesche Vimercatis vom 26. erwähnt. Die Depesche Viktor Emanuels an Napoleon s. Staatsarchiv 337; ebd. in einer Mitteilung Metternichs an Gramont vom 28. Beusts Telegramm über die Frage der Besetzung Roms.

1) Den Brief Türrs teilt Prinz Napoleon mit (S. 496 f.); nach ihm hat Gramont an La Tour telegraphiert, er solle Türr sagen, es sei unmöglich etwas für Rom zu thun; »si l'Italie ne veut pas marcher, qu'elle reste«. Gramont (Les alliances S. 710 f.) verwahrt sich scharf gegen einen Erlass in dieser Form und giebt die Depesche im Wortlaut. Gramonts Brief an La Tour vom 30. Juli s. Staatsarchiv S. 338.

feindlich auftreten, wenn ihm Österreich nicht den Vorwand liefere: »die österreichische Neutralität erhält uns die russische.« Gramonts Weisungen waren bedenklich zweideutig: »Sie können laut versichern, dass Frankreich nicht daran denkt Russland in einem Punkte Schwierigkeiten zu bereiten, und dass wir nicht beabsichtigen, die Bestrebungen der Polen zu unterstützen.« Fleury selbst erhielt aus Gramonts Äusserungen den Eindruck, dass, wie er dem Minister gegenüber feststellte, »das Kabinet für den Augenblick wenigstens darauf verzichtet habe, Österreichs Hilfe anzurufen.« Gramont liess ihn und die Russen bis zuletzt in diesem Glauben, und als er selbst Andeutungen machte, die Besorgnis in Petersburg wachriefen, beeilte er sich, sie wieder zu entkräften. Noch am 5. August antwortete er dem russischen Vertreter auf die Frage, ob ein geheimer Vertrag zwischen Österreich und Italien bestehe, er wisse davon nichts. »Wir haben keinen Vertrag mit Österreich, diese Macht lässt sich nur von ihren Interessen leiten und wird keine Linie davon abweichen.«[1])

Es war Gramonts Schicksal, dass er mit diesen Äusserungen Recht behalten sollte; das Scheitern der Allianzpolitik und sein eigener Sturz bewahrten ihn vor der Wirkung, welche die Aufdeckung seines Verhaltens in Petersburg hätte haben müssen, denn zu all seinen ungewollten Täuschungen kamen hier die gewollten hinzu. In der Fülle der Verwirrungen schien nur eine vorübergehend seinen Plänen günstig zu sein, während sie schliesslich doch auch nur dazu diente, ihn in seiner verhängnisvollen Starrköpfigkeit zu bestärken, und obendrein das bisher noch leidlich klare Verhältnis Italiens und Österreichs zu verwirren drohte.

Am 30. Juli kam nach Florenz die falsche Nachricht von einem erheblichen französischen Erfolg bei Saarbrücken, und unter ihrem Eindruck wurde im Ministerrat die bewaffnete Vermittlung Italiens vorgeschlagen, wie sie ja auch in dem telegraphisch schon übermittelten Bündnisvorschlag Beusts angedeutet und in den drei Artikeln gefordert war. Sella, der mit einem solchen Schritt Italien aus der bisherigen Neutralität heraustreten sah, widersprach mit Eifer, aber die Mehrheit der Kollegen war gegen ihn. Am 24. Juli hatte Sella dem abreisenden preussischen Gesandten Graf Brassier gesagt, dass er bis zuletzt die Politik der Neutralität unterstützen und lieber auf das Ministerium verzichten, als einem Krieg gegen Deutschland zustimmen werde. Als er jetzt wirklich mit seinem Rücktritt drohte, scheuten die andern Minister eine solche Folge ihres Beschlusses, sie hielten diesen vorläufig zurück und unterliessen auch die Eintragung

1) Fleury a. a. O. S. 305—312.

in das Sitzungsprotokoll. Trotzdem verliess Sella am folgenden Tage Florenz und ging zu seiner Familie nach Viareggio, zum Abschied entschlossen, weil er doch glaubte, den für Italien gefahrvollen Lauf der Dinge nicht mehr hemmen zu können. Wenn es Sella auch bald gelang die Gefahr abzuwenden, so zeigte sich die verschüchternde Wirkung, die eine Nachricht von französischen Siegen that, auch darin, dass man alle früheren und jüngsten Bitten an Beust um Fürsprache in der römischen Frage vollständig vergass, dass man vielmehr in der Sorge, den mächtigen Protektor noch weiter zu erzürnen, vollständig den Genossen desavouierte, mit dem man sich eben enger verbinden wollte. Da die italienische Regierung über den betreffenden Vorschlag in den acht Artikeln schon unterrichtet war, beeilte sie sich, eine »irrige Deutung« in Paris rechtzeitig zu verhindern: man wisse, dass Österreich Italien ein Sonderabkommen vorschlagen wolle; wenn darin eine Klausel betreffs der guten Dienste Österreichs in der römischen Angelegenheit enthalten sein sollte, so würde diese nach den festen Kundgebungen Gramonts und Napoleons jeden Wert verloren haben; Österreichs gute Dienste könnten Italien bei Frankreich nichts mehr nützen, nachdem dieses erklärt habe, dass es sich solchen guten Diensten niemals fügen würde.[1]) Es war eine etwas sonderbare Handlungsweise, zumal die Folgen bei dem so schnöde sitzen gelassenen Grafen Beust keine guten gewesen wären, wenn nicht die nächsten Ereignisse alle weiteren Wirkungen abgeschnitten hätten. Jedenfalls erwartete den ankommenden Vitzthum keine günstige Stimmung, als er nun am 31. Juli mit seinem Entwurf zum Sonderbündnis vor den König und dann vor die Minister trat.

Vitzthum und Vimercati waren gemeinsam bis Mestre bei Venedig gereist,

1) Die Darstellung dieser Vorgänge beruht auf Guiccioli S. 277 f. und 279 f. Das am 30. Juli gemeldete »Scharmützel bei Saarbrücken« kann natürlich mit dem bekannten französischen »Sieg« vom 2. August nichts zu thun haben. Leider giebt Guiccioli keine Daten, wenn er die Meldung von Österreichs Absicht zum Eingreifen in der römischen Frage und seine Desavouierung durch die italienische Regierung berichtet. Der Vorgang ist nach seinem Bericht vor den dann erzählten Beginn der Verhandlungen mit Vitzthum zu setzen, also vor den 1. August oder 31. Juli, und doch wohl hinter die offizielle Note Visconti-Venostas vom 29. Juli über die endgültige Annahme der Septemberkonvention; dadurch tritt er in den ganz plausibeln Zusammenhang mit der Nachricht von dem Saarbrückener Sieg und gehört vielleicht trotz der äusseren Trennung in Guicciolis Darstellung mit in die Ministersitzung des 30. Juli. Eine besondere Einwirkung muss stattgefunden haben, da die italienischen Minister nicht nur Beust, sondern auch sich selbst desavouierten (zu ihrer von Beust bezeugten Initiative für Österreichs Intervention vgl. noch Nigra S. 461 und für den früheren Vorgang im J. 1869 s. oben S. 29). Sybel sieht darin einen geschickten Schachzug des Ministeriums zur Verhütung des französischen Bundes; das wäre denkbar, wenn der Vorgang einige Tage später, nach Sellas Wiedereintritt in die Verhandlungen angesetzt werden könnte, das aber schliesst die Art von Guicciolis Mitteilung aus.

von hier ging Vimercati am 29. Juli über Mailand nach Paris, Vitzthum vom Baron de Pasetti begleitet, kam noch spät am Abend des 29. in Florenz an. Es konnte auffallen, dass er in einer so überaus dringlichen Sache erst auf den 31. zum König befohlen wurde, und wir wissen, dass am 30. gerade jene bedeutungsvolle Ministersitzung in Florenz stattfand. Ebenso verstehen wir es, wenn in der Audienz beim König am 31. Juli dieser bei Vitzthums Hinweis auf die österreichische Vermittlung in der römischen Frage »es nicht nötig fand, über diese Frage weiter zu reden.« Da Viktor Emanuel die ganze Audienz gegenüber seinen Ministern geheim behandelt wissen wollte, so glaubte Vitzthum auch mit Visconti-Venosta zunächst nicht über seinen Auftrag sprechen zu dürfen, während die italienischen Minister ja längst das Wesentliche wussten. Auch Visconti-Venosta berührte den eigentlichen Auftrag Vitzthums bei dessen erstem Besuche nicht.

Man hat den Eindruck, als ob Vitzthum absichtlich hingehalten wurde, so lange die Kämpfe im Ministerium über Italiens Stellungnahme dauerten, gleich danach ging man an die Arbeit. Entscheidend war, dass Sella an den Verhandlungen teilnahm, womit denn auch nach der Schwankung sein endlicher Sieg und die nun einzuhaltende Richtung entschieden waren. Der österreichische Entwurf fand nicht viel Gnade, man stellte einen Gegenentwurf von fünf Artikeln mit funf weiteren Zusatzartikeln auf, in dem sich überall Sellas Hand fühlbar machte. Festgehalten wurde die gemeinsame bewaffnete Neutralität, der Ausschluss von Sonderverständigungen mit anderen Mächten und der Beginn der militärischen Vorbereitungen. Dann aber hiess es: wenn Österreich am Kriege teilnehme und Russland deshalb oder aus eigener Initiative ins Feld rücke und die Errungenschaften des Pariser Friedens von 1856 zu gefährden drohe, dann solle die bewaffnete Neutralität nach vorherigem Zutritt Frankreichs in eine Offensiv- und Defensivallianz der drei Machte unter Gewährleistung ihres Besitzstandes verwandelt werden.

Damit war die bedenkliche bewaffnete Vermittlung ganz umgangen und das Ziel der möglichen Teilnahme am Krieg noch ein gutes Stück weiter hinausgerückt, zumal diese Bedingungen sich zwar Beusts Gedanken annäherten, aber dafür ganz den französischen Wünschen widersprachen. Umgekehrt wurde, wie nach den letzten Vorgängen nicht anders zu erwarten war, die österreichische Intervention in der römischen Frage völlig gestrichen. Mit höflicher Begründung durch die schon im Zuge befindliche Abberufung der französischen Truppen aus Rom wurde festgesetzt, »dass Österreich sich verpflichtet, im römischen Territorium den Grundsatz der Nichteinmischung anzuerkennen und ihm zur

Anerkennung zu verhelfen, ferner die Anwendung von Massregeln zu begünstigen, die besonders geeignet sind, den Wünschen der Römer und den Interessen Italiens zu genügen.« Vitzthum verhehlte seinen Unmut nicht, als obendrein noch zu den geheimen Zusatzartikeln Bestimmungen aus den Dreibundsverhandlungen von 1869 hervorgeholt und noch überboten wurden, die damals durch Österreichs Widerspruch beseitigt waren: Festsetzung von finanziellen und territorialen Vorteilen für den Fall eines gemeinsamen Krieges und für Italien insbesondere eine Vergrösserung nach Frankreich, Tirol und dem Isonzo hin.

So war der Sonderbund mit einer Fülle der schönsten Artikel beladen, die entweder den Franzosen oder den Österreichern von Herzen zuwider waren, und die bei aller scheinbaren Hingabe für das gemeinsame Ziel dies schliesslich in immer weiteren Fernen verschwinden zu lassen drohten. War es Sella geglückt das Heft wieder in die Hand zu bekommen, während noch der Glaube an Frankreichs militärische Überlegenheit unerschüttert war, so blieb zu hoffen, dass er auch weiterhin die Bündnispolitik Italiens in dieser Richtung festgehalten hätte, wenn auch nicht nach der Fertigstellung des Gegenentwurfs in den ersten Augusttagen jede weitere Diskussion durch die kriegerischen Ereignisse abgeschnitten wäre.

Am 3. August hatte General Cialdini im Senat im Sinne der piemontesischen Partei nachdrücklich das französische Bündnis verteidigt und das Ministerium mit grösster Heftigkeit angegriffen. Auch hier überliess der zunächst betroffene Kriegsminister General Govone Sella die Antwort, der unter dem Beifall der Hörer den Angriff scharf zurückwies und Cialdini sogar der Drohung mit einem Pronunciamento beschuldigte. Am 5. August, übrigens dem Tag, an dem auch Vimercati aus Frankreich heimkehrte, machte der König Sella Vorwürfe wegen seiner scharfen Kammerrede und seines ungelegenen Widerspruchs gegen das Bündnis mit Frankreich, das schon den Sieg in der Hand habe — worauf ihm Sella das soeben eingetroffene Telegramm über den deutschen Sieg bei Weissenburg mitteilte. Am Abend des 6. August erfuhr der König im Theater den Sieg von Wörth.

Nicht glücklicher als Vitzthum in Italien war Vimercati in Frankreich gewesen. Am 1. August traf er in Paris ein, fand aber Napoleon nicht mehr vor, der schon zur Armee nach Metz abgereist war. Er weilte nur wenige Stunden in der Hauptstadt, die er zu kurzer Unterredung mit Gramont benutzte. Dieser scheint den vorgelegten Entwurf nur einer flüchtigen Prüfung unterzogen zu haben, von der ihm nur die angenehme Hindeutung auf einen möglichen

Übergang aus der bewaffneten Vermittlung zur Teilnahme am Krieg und der widerwärtige Artikel, dass Österreich in der Lösung der römischen Frage Italien helfen wollte, sicher im Gedächtnis blieben.

Am 2. August war Vimercati in Metz und verhandelte dort mit dem Kaiser. Von diesem war so wenig wie von Gramont ein Zugeständnis über die Septemberkonvention hinaus zu erlangen, er blieb bei der einmal erklärten Übereinstimmung mit seinen beiden massgebenden Ministern. Von seinem Beitritt zu dem vorläufigen Zweibund war natürlich nicht die Rede, sondern nur von seiner Zustimmung zu den darin enthaltenen Bedingungen. Im ganzen konnte er den Plan, der dem eigenen Vorschlag in den drei Artikeln vom 15. Juli entsprach, nur billigen, an einzelnen Bestimmungen schlug er kleinere Änderungen vor, sonst forderte er als wichtigere Änderungen eine genaue Festsetzung der Zeit, wann die beiden Verbündeten zum Handeln übergehen würden, um sich in diesem ihm wesentlichen Punkte gegen ein Ausweichen sicher zu stellen, und dann, wie wir wissen in Übereinstimmung mit der italienischen Regierung, Beseitigung des Anerbietens von Österreichs guten Diensten für Rom. Er billigte den Vertrag im Sinne der früheren Mitteilung Viktor Emanuels an ihn »als Mittel, um zu einem Dreibund zu gelangen«. Prinz Napoleon will hier lebhafte Erörterungen mit dem Kaiser gehabt haben, um ihn zur bedingungslosen Annahme zu bestimmen, aber augenscheinlich war er über den ganzen Charakter des vorgelegten Entwurfs nur sehr ungenau unterrichtet, in welchem er die alten drei Artikel, nur um einen weiteren über Österreichs römische Intervention vermehrt zu sehen glaubte. Napoleon blieb in Bezug auf Rom fest, jede Verständigung abweisend, und benachrichtigte darüber den Tag nach den Verhandlungen Gramont.[1])

So war der Wiener Entwurf in Metz wie in Florenz von sehr verschiedenen Gesichtspunkten aus zerpflückt worden. Die französische und die italienische Umarbeitung haben nicht mehr gegen einander gestellt werden können, da nun die deutschen Siege hereinbrachen.

Vimercati hatte Metz am 3. August verlassen und reiste wieder über Paris nach Florenz zurück, wo er am 5. eintraf, gleichzeitig mit der Kunde von Weissenburg, einen Tag vor Wörth und Spichern. Als die Nachricht von diesen Siegen den Kabinetten nach der Erklärung Russlands bekannt wurde, dass dies nur bei einem Eingreifen Österreichs aus seiner Neutralität heraustreten werde, da war für Österreich die Sache entschieden, und auch die fran-

1) Über die Sendungen Vitzthums und Vimercatis s. Anhang 5.

zösische Regierung dachte nicht mehr daran, seine Hilfe zu erbitten, sie behielt mit ihrer Ableugnung der österreichischen Allianz in Petersburg sehr wider Willen Recht.

Der Zar hatte immer nur Österreichs Neutralität gefordert, jedoch gelegentlich von einer Kriegshilfe durch Italien als von etwas ganz Natürlichem gesprochen. Sofort verwertete dies Gramont zu einem neuen Hilfegesuch an Italien allein. Am 8. August schrieb er stolz an Fleury: »Nach zwei verlorenen Schlachten können wir das Anerbieten einer Hilfe annehmen, aber nicht darum bitten.« Das galt wohl von Napoleon, der als Geschlagener nicht an Viktor Emanuel schreiben wollte, aber Gramont selbst hatte am Tag vorher Malaret mit der Bitte um Hilfe in Florenz beauftragt. Fleury hatte ihm nicht nur die Gewährleistung des österreichischen Gebietes durch den Zaren gemeldet, sondern auch, dass dieser ihm am 4. August eine Erklärung König Wilhelms vorgelesen habe, er werde die deutschen Provinzen Franz Josephs schonen. Während Beust durchaus den ehrlichen Willen zur Hilfe gehabt hatte und sich selbst nur durch Gramonts Unnachgiebigkeit gehindert glauben musste, hatte Gramont die Perfidie, durch diese Gebietsgarantie erklären zu wollen, warum sich Österreich so zurückhalte und sich mit Italien nur um es festzuhalten verbinden wolle. Italien sollte daher ohne Österreich zu Frankreich treten und ihm 60 000 Mann über den Mont-Cenis schicken.

Visconti-Venosta ging auf die Verhandlung über diesen Antrag ein, seine persönlich teilnehmende Haltung entsprach durchaus seiner bisherigen Gesinnung zu Frankreich, aber zu bieten vermochte er nichts. Viktor Emanuel hatte am 7. August Vitzthum gegenüber eine gewisse Befriedigung zur Schau getragen, dass er »glücklich entwischt« sei, er sprach über die schlechten französischen Generale, militärisch sei nichts mehr zu machen, er müsse diplomatisch zu helfen suchen. Trotzdem hatte er sofort Lanza, Visconti-Venosta und La Marmora berufen, denen das Schicksal der alten Schutzmacht doch sehr zu Herzen ging, so dass La Marmora sogar Thränen vergoss. Aber was war zu machen? Auf das neue Hilfsgesuch wurde noch einmal ein Rat von Generalen befragt, die gleich den Ministern sich gegen die Gewährung aussprachen, und nach Paris ging dementsprechend eine Absage: um 60 000 Mann aufzustellen, brauche man einen Monat, dann müsse man die Alpengrenze Baierns wegen decken, ebenso die Grenze des Kirchenstaates. »Jetzt ist unsere Sache die des europäischen Gleichgewichts und der Friedensstiftung.« Man sei mit London in Verhandlung getreten über eine Vermittlung auf Grund der Integrität des französischen Besitzstandes.

Als diese Nachrichten am 9. und 10. August nach Paris kamen, war das

Ministerium Ollivier schon gestürzt und Gramont hatte sich kaum vor thätlicher Insultierung durch dieselben Abgeordneten retten können, die vor wenig Wochen seinen Rodomontaden zugejubelt hatten. Für eine Liga der Neutralen auf der von Italien vorgeschlagenen Grundlage hatte obendrein das englische Ministerium ebenso wenig Neigung wie im vorigen Monat, und so kam nichts heraus, als eine am 13. August geschlossene Vereinbarung Italiens und Englands, in Bezug auf ihre Neutralität nur gemeinsam zu handeln.

Nach den grossen Schlachten bei Metz machte Napoleon noch einen letzten Versuch. Er sandte seinen Vetter, den Prinzen Napoleon, mit einem durchaus würdig und vornehm gehaltenen Schreiben an Viktor Emanuel; er wollte den alten Genossen nicht in sein Unglück ziehen, er bat um seine Sympathie, wenn Frankreichs Schicksal durch ein Dazwischentreten der europäischen Diplomatie bestimmt werden würde; von sich und seiner zunächst bedrohten Dynastie kein Wort. Die Sendung wurde ganz wie eine Privathandlung des Kaisers angesehen; als Fleury aus Petersburg von dem dort ungünstig wirkenden Gerücht einer Mission des Prinzen nach Italien und Österreich meldete, antwortete der wieder an Gramonts Stelle getretene Fürst de La Tour am 22. August: »Wir wissen nichts von einer Mission des Prinzen Napoleon. Es scheint, dass er nach Italien geht, eine Reise nach Wien steht nicht in Frage.« Der Prinz kam am 20. nach Florenz und erbat noch einmal gemäss seinen Instruktionen eine unmittelbare militärische Hilfe; die Antwort lautete, dass diese Italien die schwersten Gefahren bringen könnte, ohne Frankreich im geringsten zu nützen; da half nichts, dass Italien nun gegen Rom freie Hand gelassen werden sollte. Wenn der Prinz auch nur Hilfe, keine Vermittlung verlangt hatte, so stellte doch Visconti-Venosta am 21. August den erneuten Antrag an England, auf Grund der geschlossenen Vereinbarung eine Vermittlung zu unternehmen, aber der Antrag wurde mit dem Hinweis auf die eigene abgeneigte Stimmung Frankreichs abgelehnt, das vor der Verjagung der Preussen nicht von Frieden reden wolle.[1])

So war jeder Versuch gescheitert, ausser schönen Worten konnte Frankreich auch von der Macht, die noch am meisten ihr altes Wohlwollen beibehielt,

1) Zu diesen Verhandlungen s. die mit reichlichen Aktenauszügen versehene Darstellung bei Nigra (S. 464—469), ergänzt durch die auf Malarets Papieren beruhende bei Rothan (II, 85—89) und einige Mitteilungen Guicciolis (II, 286—88) und Sybels (VII, 404). Über die Sendung des Prinzen Napoleon s. dessen kurzen Bericht (S. 477 f.), ergänzt durch die Aktenstücke bei Nigra (S. 470 f.). Nigra und Rothan (II, 101) geben abweichende Daten für die Ankunft des Prinzen in Florenz. (21. und 24. August). Vgl. Fleury a. a. O. 310, 312, 316 f.

nichts erreichen. Im Jahre 1873 sagte Viktor Emanuel zum Kaiser Wilhelm in Berlin: »Ich gestehe Euer Majestät, dass ich im Jahre 1870 im Begriffe war die Waffen gegen Sie zu ergreifen; ich glaubte aus Gründen der Dankbarkeit dazu dem Kaiser Napoleon verpflichtet zu sein. Wenn ich nicht dazu kam, das Schwert zu ziehen, so lag der Grund dafür in dem Widerwillen meines Volkes und meiner Truppen, gegen Sie Krieg zu führen, vor allem aber hat die Schnelligkeit der Siege Euer Majestät die Ausführung meiner Absicht unmöglich gemacht.« [1])

So lagen die Dinge beim Ausbruch und während der ersten Wochen des Krieges. Man war nicht weiter gekommen, als zur Vorberatung der Vorstufe zum Dreibund, des österreichisch-italienischen Sondervertrags; die in Italien vorgenommene Umarbeitung hatte seine Wirksamkeit auch in ihren bescheidenen Grenzen in Frage gestellt, obendrein war damit und mit den Vorgängen am 30. Juli bereits ein Schatten auf das Verhältnis gerade dieser beiden Mächte gefallen, und schliesslich stand hinter allem die schroffste Unnachgiebigkeit Napoleons und seines Ministers in der römischen Frage. Da blieb es mehr als fraglich, ob die Kriegslust Viktor Emanuels und die alte Anhänglichkeit der piemontesischen Staatsmänner und Generale an Frankreich, ob selbst ein solches Gefühl der Abhängigkeit, wie es nach der falschen Siegeskunde in dem Verhalten der Minister am 30. Juli zu Tage trat, den Widerwillen in Italiens Volk und Heer hätten überwinden und das Land ohne jede Gegengabe in Rom oder nach der österreichischen Grenze hin als Frankreichs Trabanten in einen grossen Krieg gegen den Bundesgenossen von 1866 hätten fortreissen können. Aber auch wenn das alles geschehen wäre, so hätte Italiens Eingreifen, wie es die französische Politik bisher selbst immer nur in Rechnung gezogen hatte, einen grossen Wert für Frankreich nur dann gehabt, wenn Österreich ihm zur Seite getreten und ihre beiden Heere vereint von Böhmen aus und an der Donau Preussen und Süddeutschland in den Rücken gefallen wären.

Gewiss hat nächst Viktor Emanuel kein Staatsleiter besseren Willen gezeigt, die Dinge zu diesem Ziele zu führen als Beust. Er hat Dalwigks Urteil über ihn schlagend bestätigt. Er hatte eine letzte kriegerische Entscheidung gegen Preussen immer im Auge behalten müssen, aber er hatte in seiner ganzen Politik von 1866 bis 1870 den Krieg nie unmittelbar gesucht, nicht für 1869, nicht für 1870, nicht für 1871, im Gegenteil, je längere Friedensfrist gewonnen wurde, um so vorteilhafter für die Kräftigung Österreichs. Als aber der Würfel

---

1) Nach einer Mitteilung des anwesenden Kronprinzen bei Sybel VII, 406 f.

nun einmal gefallen war, da war für Beust trotz aller Ungunst des Zeitpunktes seine Haltung gegeben, wenn er sich nicht in diesem Augenblick der Entscheidung selbst untreu werden wollte. Er stand als österreichischer Reichskanzler genau so gegen Preussens vorwaltende Stellung in Deutschland, wie früher als mittelstaatlicher Minister, und diesem höchsten Ziele seiner Politik hatten sich die Interessen der von ihm regierten Länder allezeit unterzuordnen. Sein Verhalten, wie er es nach dem 15. Juli wählte, ergab sich ihm daraus genau ebenso sicher und folgerecht, wie bis dahin aus der inneren und äusseren Lage des Kaiserstaates die unweigerlich innegehaltene Friedenspolitik.

Aber Beust war noch viel weniger Österreich-Ungarn, als Viktor Emanuel Italien war. Dieselben Interessen Österreich-Ungarns, denen er bisher Rechnung hatte tragen können, standen nach dem 15. Juli einer Kriegspolitik ebenso entgegen, wie vorher. Die Stimmung einer militärischen Kriegspartei, die allgemeinen Sympathien der Magyaren für die Franzosen kamen dem gegenüber nur wenig in Rechnung. Beust versuchte mit allen Mitteln gegen diesen Strom zu steuern, aber alles versagte. Er wie Franz Joseph hatten selbst genügend betont, dass die Deutschen Österreichs den Krieg von der nationalen Seite auffassen würden, und wenn Franz Joseph an erster Stelle gefordert hatte, dass Napoleon in Süddeutschland als Befreier auftreten müsse, so hatten die Süddeutschen schon durch ihren jubelnden Eintritt in den Krieg, dann durch Weissenburg und Wörth diese Befreiung mit hinreichender Deutlichkeit abgelehnt. Ungarn war nur gegen Russland mobil zu machen, und auch das Verzweiflungsmittel Beusts — etwas anderes war es doch niemals —, deshalb Russland voranzustossen, versagte schon am Widerwillen des französischen Freundes und daran, dass Russland selbst sein Verhalten ganz von dem Österreichs abhängig machte. Beust musste selbst schliesslich entmutigt werden, als der Freund alle seine Vorschläge zur Lösung der Schwierigkeiten, hier wie in der römischen Frage schnöde zurückwies.

So machte Beust selbst nach den ersten Siegen nicht den geringsten schwachen Versuch zur Hilfe mehr, wie es die Italiener wenigstens noch thaten; erst mehrere Wochen nach Sedan, als die Deutschen schon vor Paris standen, suchte er, freilich wieder vergeblich, ein gemeinsames Vorgehen der Neutralen in Scene zu setzen, im Dezember 1870 war dann auch bei ihm der völlige Wandel eingetreten.[1] Aber wären die deutschen Siege auch nicht gekommen, selbst deutsche Niederlagen hätten an der Lage der Dinge in Österreich-Ungarn, wie

1) Staatsarchiv XIX, 306—309, 311—313, Beust II, 361, 496—400, vgl. 424, 444.

sie damals war, so schnell nichts ändern können. Die Magyaren hätten diese Siege vielleicht mit schönen Festen gefeiert, aber schwerlich einen Soldaten marschieren lassen, um Österreich einen Siegespreis zu holen, den sie so verschmähten, wie Österreichs alte Machtstellung in Deutschland. Hätte aber Österreich-Ungarn trotz allem losgeschlagen, dann wäre es fraglich gewesen, ob überhaupt ein Soldat die Marschrichtung auf die deutsche Grenze hätte nehmen können, denn alle Rechnung auf den grossen Vorstoss in den Rücken der Preussen und ihrer Bundesgenossen wäre zunichte gemacht worden durch die dann ganz unzweifelhafte Schilderhebung Russlands, über die keine Macht besser unterrichtet war, als Frankreich selbst. So hätte Österreichs Erhebung neben dem Krieg im Westen einen zweiten Krieg im Osten entflammt, damit den deutsch-französischen Zweikampf zum Weltkrieg erweitert, ohne aber zunächst die Kriegslage zu Ungunsten der Deutschen zu verschieben.

Wir brauchen diese weiteren Perspektiven gar nicht vor unseren Augen zu eröffnen. Was Beust seit dem 15. Juli unternahm, waren verzweifelte, von vornherein zur Erfolglosigkeit verurteilte Versuche, um die bisher von ihm in der Richtung des Staatsinteresses gehaltene friedliche Politik in das genaue Gegenteil herumzuwerfen; daran wäre auch ein stärkerer Arm als der seine erlahmt. Die Hindernisse traten ihm drinnen und draussen entgegen, und durch sie waren Zweibund und Dreibund schon in den Verhandlungen der Kabinette bis Anfang August nur weiter von ihrem Ziele weggerückt worden. Damals bestand die Sicherheit kommender Bundesgenossenschaft nur in der illusionskräftigen Phantasie des Herzogs von Gramont, der in einleitenden Vertragsverhandlungen die bereits fertige Kriegsverpflichtung der Genossen ebenso sicher erschaute, wie in der endlichen Ausführung des Septembervertrages die volle, alle italienischen Ansprüche befriedigende Lösung der römischen Frage. Von dem einen wie von dem anderen bestanden in Wirklichkeit schüchterne Anfänge, aber nicht mehr.

Daher haben denn auch die ersten deutschen Siege nicht den über ihren nächsten kriegerischen noch weit hinausgehenden politischen Erfolg gehabt, dass sie einen vor dem letzten Abschluss stehenden, seit Jahren schon drohenden gewaltigen offensiven Dreibund vernichteten, sondern sie haben nach dieser Seite hin nur die Illusionen des Herzogs von Gramont und die Kriegshoffnungen des italienischen Königs zerstreut, sie haben vor allem zerrissen, worauf diese beiden beruhten: die emsig überallhin gesponnenen Fäden der Intriguen des Grafen Beust, nicht des österreichisch-ungarischen Staatsmannes, sondern des alten Widersachers Bismarcks und seiner werdenden nationalen Schöpfung, dessen Hoffnungen und Entwürfe vor diesen Siegen endgiltig in alle Winde zerflatterten.

ANHANG.

1. Der Zusammenhang der Allianzverhandlungen von 1868 und 1869 (vgl. S. 27 Note 1).

Bei der Unsicherheit der Überlieferung und der dadurch veranlassten widerspruchsvollen bisherigen Darlegung erfordern einige Fragen eine eingehendere Erörterung. Wie hingen die Allianzverhandlungen von 1868 und 1869 mit einander zusammen, wie geschah der Übergang aus den Bemühungen Napoleons um Sonderverträge mit Österreich und Italien zu dem Plan eines alle drei umschliessenden Dreibundes, ist dieser zuerst mit den Österreichern verhandelt und sind die Italiener nachträglich zugezogen worden, oder liegt es umgekehrt?

Den äusseren Verlauf hat zuerst kurz Massari (»La vita ed il regno di Vittorio Emanuele«, seconda ed. 2 voll. Milano 1878), ausführlicher Sybel in Band VI und VII behandelt. Aber Sybel giebt kein einheitliches Bild von dem Gang der Verhandlungen. VI, 335 erzählt er nach Massari, dass Anfang 1868 die französisch-italienischen Verhandlungen über ein Verteidigungsbündnis begannen, welches durch Österreichs Beitritt zur grossen Triple-Allianz heranwachsen sollte, VI, 367—71 sodann nach Vitzthum und Beust, dass Napoleon im Juli 1868 den Österreichern die gemeinsame Interpellation bei Preussen vorschlug, die Beust durch den Gegenvorschlag der Abrüstung parierte. Ohne jede Erwähnung eines Zusammenhanges mit den zuvor nach Massari erzählten französisch-italienischen Anknüpfungen erscheint später (VII, 87 ff.) der von Napoleon den Österreichern gemachte Vorschlag eines Dreibundes bei Sybel lediglich als Entgegnung auf Beusts Abrüstungsprojekt, und erst nachdem die Österreicher den neuen Vorschlag im Grundgedanken angenommen hatten (April 1869) »nahm Napoleon die im vorigen Jahre resultatlos eingeschlafenen Gespräche mit Italien wieder auf« (S. 88 f.). Beust und Rouher verständigten sich leicht über den Defensivvertrag zwischen Frankreich und Österreich, und die Frage war nur, ob Italien sich diesem Entwurf anschliessen würde. Da antwortete Viktor Emanuel »auf den Vorschlag der Triple-Allianz« (der also jetzt erst erfolgte, während er nach VI, 335 doch schon 1868 und zwar aus den italienisch-französischen Verhandlungen erwachsen ist) mit der Forderung nach dem Septembervertrag, und ebenso tauchten jetzt erst in den Verhandlungen die andern eigenen

Vorschläge Italiens auf, sein Verlangen nach Wälsch-Tirol und eine Verabredung wegen der Papstwahl, die Sybel dabei auf »den italienischen Antrag von 1868« zurückführt, ohne sich aber irgend genauer auszusprechen, was er damit meint.

Massari, dem also Sybel nur in einer kurzen Angabe folgt, die nicht gut zu dem den österreichischen Quellen entnommenen Berichte stimmt, erzählt kurz (»Vittorio Emanuele« II, 352—55), dass aus den von Viktor Emanuel an Napoleon gerichteten Darlegungen über Italiens Lage die Festsetzungen über einen Dreibund zwischen Italien, Frankreich und Österreich hervorgingen; die Verhandlungen begannen zu Anfang 1868 und dauerten während dieses und eines grossen Teiles des folgenden Jahres. Viktor Emanuel mass ihnen grosse Bedeutung bei, »ne reclamava la iniziativa e se ne occupava, no dirò con frequenza, ma quotidianamente«. Die Zahl seiner Briefe und Telegramme darüber ist beträchtlich und die Grundbedingung war ihm volle Rückkehr zur Septemberkonvention, Abzug der Franzosen aus Rom, Anerkennung des Grundsatzes der Nichtintervention. »Il trattato aveva quindi per iscopo la conservazione della pace europea«, und nun folgt die Inhaltsangabe zu diesem Vertrag, die ich oben im Text S. 23 f. als französisch-italienischen Vorentwurf zum Dreibunde aufgenommen habe. Hier hat Massari der Entwurf selbst vorgelegen. Leider giebt er im Text nicht die geringste Andeutung über seine Quellen. Er hat aber Einblick in die Akten gehabt, die im Lauf der persönlichen, geheim vor den Ministern geführten Politik des Königs entstanden sind, daraus sind teils kurze Andeutungen in seiner Erzählung, teils einige ausführliche Inhaltsangaben wie in diesem Fall entnommen. Es gilt nur diese Abschnitte sorgfältig aus dem übrigen Text herauszuschälen, um die, übrigens nicht häufigen, aber wie hier sehr wichtigen Punkte zu bestimmen, in denen der Historiker Massari uns wegen seines originalen Materiales als Quelle dienen kann.

Eine wichtige Ergänzung geben uns von französischer Seite die Erinnerungen des Prinzen Napoleon (»Les Alliances de l'Empire en 1869 et 1870«, Revue des Deux Mondes 26, 1878, S. 489—500), etwas scharf antiklerikal zugespitzt, aber doch mit vielen zuverlässigen Mitteilungen. Der Prinz erfuhr zwar nicht alles, aber sehr viel von den geheimen Verhandlungen mit Italien, er war selbst ein freilich nur gelegentlicher Mitarbeiter dabei, und wir müssen bei ihm vorsichtig da Halt machen, wo er bei dem Mangel eigener Erfahrung die Lücken in seiner Erzählung aus anderen Quellen oder durch eigene Kombination auszufüllen sucht. Glücklicherweise tritt immer der eine für den andern da ein, wo dieser versagt, und ganz besonders gilt das neben den genannten Berichten von den Aufzeichnungen der beteiligten Österreicher Beust (»Aus drei Viertel-Jahrhunderten«. Erinnerungen und Aufzeichnungen von Friedrich Ferdinand Graf von Beust. 2 Bde. Stuttgart 1887) und Vitzthum. Vitzthums Erinnerungen sind von hohem Wert, aber sie sind uns bisher nur in den von Sybel mitgeteilten Stücken zugänglich. Hier ist die Kontrole bei Sybels eigenen Zitaten (»ungedruckte Memoiren«) und der leicht möglichen Ausscheidung des aus den andern uns bekannten Quellen Entnommenen viel bequemer, als bei Massari.

In unserer Frage stehen in der Hauptsache einander gegenüber Massari und Prinz Napoleon einerseits und Sybel andrerseits, oder vielmehr bei Massari und Sybel ihre verschiedenen Quellen. Ganz unabhängig von einander geben Massari und Prinz Napoleon Italien die Initiative in den Verhandlungen, nach ihnen erwuchs aus dem Gedankenaustausch zwischen den beiden Souveränen der Plan einer Allianz überhaupt, dann durch Einbegreifung Österreichs deren Erweiterung zum Dreibund, während Vitzthum von den vorausgegangenen französisch-italienischen Verhandlungen nichts weiss, nach ihm vielmehr Napoleon den Dreibundsplan den Österreichern wie aus sich entgegenbrachte, und die Italiener erst nachher hinzugezogen wurden. Das beweist natürlich nichts gegen die freilich sehr knappen Angaben Massaris und des Prinzen, denn Napoleon hatte gar keinen Grund, die Österreicher über die Genesis seiner Anträge aufzuklären, zumal er sie zuerst auf eine möglichst weitgehende offensive Fassung des Abkommens zu locken suchte; ferner war es der natürliche Gang, wenn er sich, um das weniger sichere Österreich zu gewinnen, zunächst mit dem ihm sichereren italienischen König über die gemeinsame Basis verständigte.

Diese Basis, einen französisch-italienischen Vorentwurf zu dem Dreibundsvertrage, haben wir in dem »trattato« zu sehen, dessen Inhalt uns Massari S. 354 f., leider ohne jeden erläuternden Hinweis und ohne Datierung giebt. Wir finden aber in ihm alle die Punkte aufgestellt, über die man dann nach Vitzthums Bericht mit den Österreichern verhandelte und die auf Wunsch der Österreicher beseitigt oder bedeutend eingeschränkt wurden. Dass ferner der trattato abgefasst war, ehe Menabrea zu den Verhandlungen hinzugezogen wurde, ersehen wir daraus, dass dieser die Beseitigung der im trattato enthaltenen Bestimmung über die Papstwahl forderte. Zum ganzen Inhalt stimmt genau die kurze Bemerkung des Prinzen Napoleon (S. 492 f.), dass Napoleon und Viktor Emanuel ihre Ansichten über einen Defensivvertrag, der ein offensiver werden konnte, ausgetauscht hätten. Somit haben wir in dem trattato einen ziemlich weitgehenden Dreibundsentwurf zu sehen, der nur die Hauptfrage zwischen Napoleon und den Italienern über die Zukunft Roms zur Seite liess, und den dann die Österreicher fast bis zur Unkenntlichkeit einschränkten durch die Beseitigung jedes Gedankens an eine mögliche Offensive, überhaupt jedes konkreten, etwa besonders in Betracht kommenden Falles, endlich durch die österreichische Neutralitätsklausel für den Fall eines deutsch-französischen Krieges.

Über den sonstigen Verlauf der einleitenden Geheimverhandlungen zwischen Napoleon und Viktor Emanuel und über den Zeitpunkt des Abschlusses ihres trattato sind wir gar nicht unterrichtet. Wahrscheinlich liegt letzterer zwischen dem Scheitern des letzten Versuchs, mit Österreich zu einem Sondervertrag zu kommen, und dem ersten Anerbieten eines Dreibunds an Österreich, also zwischen dem Oktober 1868 und etwa dem Beginn des Jahres 1869. Ob wir mit Massari die ganze Initiative, also auch für den Dreibund, für Viktor Emanuel beanspruchen dürfen, mag dahin gestellt bleiben, jedenfalls aber würde die Form der Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Italien durch

Napoleon, wie sie Sybel (VII, 88 f.) erst für den April 1869 annimmt, zu beseitigen sein.

Im Gegensatz zu diesen französisch-italienischen Beziehungen sind wir für die bis zur vorläufigen Feststellung des Dreibundsvertrages im Juni 1869 zwischen allen drei Mächten geführten Verhandlungen durch den von Sybel benutzten Vitzthum sehr gut unterrichtet, für die Abmachungen selbst treten dann die gelegentlichen späteren Bemerkungen Beusts hinzu, vor dessen sophistischen Wendungen man freilich immer auf der Hut sein muss. So will Beust die Bedeutung der Verhandlungen selbst abschwächen, wenn er für sie die formelle Bezeichnung »négociation« abweist, es sei eine »correspondance revêtue d'un caractère tout privée« gewesen (an Gramont 4. Jan. 1873, Erinnerungen II, 369), oder er fügt im Anschluss an die Bemerkung, dass eine antipreussische Abmachung nicht bestand, hinzu, »dass unsererseits an ein entsprechendes Unternehmen ebenso wenig gedacht wurde« (ebenda 344).

Das Urteil über Beusts Gedanken bei seinen Handlungen werden wir uns auch seinen Aufzeichnungen gegenüber stets vorbehalten, anders steht es dagegen mit seinen sachlichen Angaben Leuten gegenüber, die doch selbst mehr oder minder eingeweiht waren. So schrieb er über die früheren Verhandlungen am 11. Juli 1870 an den Fürsten Metternich (ebenda S. 348): »Le cas de guerre a bien été discuté dans des pourparlers. Toutefois, rien n'a été arrêté.« Er spricht dann von Projekten, »restés à l'état d'ébauche« (vgl. S. 354), die als erklärtes Ziel nicht Kriegsvorbereitung, sondern Friedenswahrung gehabt hätten. S. 349: unser Ausgangspunkt in den vertraulichen Besprechungen mit der französischen Regierung war immer Friedenswahrung, zum Krieg wären wir nur geschritten »si elle était necessaire«. S. 351: »Nous n'avons jamais dissimulé le besoin impérieux, que nous avons de la paix«. Gramont gegenüber fasste er den Inhalt der »entente« in voller Übereinstimmung zu den Dreibundsvorschlägen Vitzthums dahin zusammen (S. 369), dass sie defensiv ohne Kriegsziel gewesen sei, dass man in allen diplomatischen Fragen eine gemeinsame Politik befolgen wollte und dass Österreich sich Neutralität bei einem französischen Krieg vorbehalten habe: »dans le cas où la France se verrait forcée de faire la guerre«. Der Ausdruck ist hier zweifelhaft, da man die Neutralitätsklausel nur auf einen Offensivkrieg Frankreichs beziehen möchte. Aber Beust hat sich überhaupt für einen Krieg Frankreichs gegen Deutschland die Entscheidung vorbehalten und dadurch Frankreich von voreiligen Schritten zurückhalten wollen. Er selbst interpretierte Österreichs Verpflichtung in dem Brief an Metternich vom 11. Juli 1870 (Erinnerungen II, 348) dahin, dass man sich bei einem Eintreten Russlands auf Preussens Seite immer gerne zu aktiver Teilnahme verpflichtet hätte, »mais que si celle-ci (la Prusse) seule était en guerre avec la France, nous nous réservions le droit de rester neutres«.

— Gegenüber der Thatsache, dass immer Napoleon sowohl die Verhandlungen mit Italien wie mit Österreich unter Ausschliessung jeder Sonderverständigung zwischen diesen führte, die erst das Jahr 1870 bringen sollte, kann die Mitteilung Rothans

(»L'Allemagne et l'Italie 1870—71«, Paris 1885, II, 38 f.) nicht bestehen bleiben, dass bereits gleich nach der Salzburger Begegnung österreichisch-italienische Sonderbeziehungen eingeleitet worden seien, dass man Noten gewechselt und sich gemeinsames Handeln versprochen habe. Es ist unklar, woher diese Angabe stammt, vielleicht ist es nur eine irrige Vorwegnahme der späteren Vorgänge.

2. Die Monarchenbriefe vom September 1869 (vgl. S. 32 Note 2).

Die Briefe liegen uns nicht vor, wir sind für sie auf spätere Andeutungen ihres Inhalts angewiesen, und zwar in der Hauptsache auf Andeutungen Beusts, die er zu verschiedenen Zeiten, aber immer in vollster Übereinstimmung gemacht hat. Nachdem Beust in dem Schreiben an Gramont, 4. Jan. 1873, (S. 369) von dem Dreibundsentwurf gesprochen hat, der ohne Abschluss geblieben war, fährt er fort: »Le seul engagement, qui en soit resulté, sans toutefois avoir jamais été revêtu de la forme d'un traité, consistait dans une promesse réciproque de ne pas s'entendre avec une troisième puissance à l'insu l'un de l'autre«; genau übereinstimmend hiess es an Metternich, 11. Juli 1870 (S. 347): »Le seul engagement que nous avons contracté réciproquement consiste à ne pas nous entendre avec une puissance tierce à l'insu l'un de l'autre«, an Andrassy, 28. April 1874 (S. 342): »Verzicht auf Unterhandlung mit dritten Mächten«. (Diese drei Stellen citiert auch Petersdorff, Forschungen XI, 78.) Die Betonung der »gegenseitigen« Verpflichtung lässt vermuten, dass noch andere, nicht gegenseitige vorhanden waren, und allerdings betont Beust Gramont gegenüber die einseitig von Napoleon eingegangene Verpflichtung zur Hilfe (S. 348): »L'empereur Napoléon nous a promis de venir à notre secours si nous étions attaqués par la Prusse«. Prinz Napoleon erwähnt die Briefe auch, die Napoleon mit Franz Joseph und mit Viktor Emanuel, ebenso wie letztere mit einander ausgetauscht hätten; er beruft sich auf Personen, die sie gelesen und ihm den Inhalt bestätigten, hat sie also selbst schwerlich vor Augen gehabt. (Delbrück a. a. O. S. 6 meint, er habe sie »jedenfalls gelesen«; mit dem Ausdruck des Prinzen ist das nicht vereinbar.) Der Prinz sagt, sie seien der Ausdruck der gegenseitigen Freundschaftsbeziehungen gewesen und hätten das Scheitern der Bundesverhandlungen wegen der römischen Frage konstatiert. Dies ist möglich, wenigstens zwischen Napoleon und Viktor Emanuel, aber es kann hier ebenso eine Ungenauigkeit vorliegen, wie in der folgenden Behauptung von einem allgemeinen Hilfsversprechen, wobei eine Verwechselung mit den Allianzverhandlungen oder eine irrige Verallgemeinerung von Napoleons Hilfsversprechen an Franz Joseph vorliegt; Versehen, die bei einer Kenntnis des Inhalts nur durch Erzählung anderer erklärbar sind. Wenn der Prinz nachher (S. 494 f.) sagt, Napoleon habe in den Briefen die Grundlage zu einem im gegebenen Augenblick binnen wenigen Tagen zu vollendenden Vertrag zu besitzen geglaubt, so entspricht das wohl den später verkündeten Anschauungen Gramonts, klingt aber für den Kaiser, der doch alle Schwierigkeiten der Allianzverhandlungen ge-

nügend kennen gelernt hatte, nur dann überhaupt glaublich, wenn die Preisgabe Roms gemäss den italienischen Forderungen als stille Voraussetzung hinzugedacht ist (die Bemerkung des Prinzen nimmt Rothan S. 43 auf). Ollivier (»L'église et l'état« II, 473) spricht sogar von einer Verpflichtung Franz Josephs und Viktor Emanuels durch die Briefe, dem Kaiser im Falle eines Krieges mit Preussen zu Hilfe zu kommen. Ollivier hat die Briefe augenscheinlich nie gesehen.

Da der Prinz die Briefe gleich hinter den Abbruch der Verhandlungen im Juni 1869 stellt, kann der Irrtum erweckt werden, als seien sie auch gleich danach abgefasst. Aber Beust verweist sie ausdrücklich in den September (an Andrassy, S. 341); es war ihnen auch die Sendung Vitzthums vom August und September vorangegangen.

Delbrück stützt seine Auffassung vom Inhalt und damit von der Bedeutung der Monarchenbriefe nur auf die ungenauen Mitteilungen des Prinzen Napoleon und auf eine einzige Äusserung Beusts in einem Brief an Metternich vom 20. Juli 1870 (Preuss. Jahrb. 82 S. 6 ff.). Wir werden von diesem Briefe, der thatsächlich wichtige Aufschlüsse giebt, noch zu handeln haben. Der hier als entscheidend herangezogene Satz lautet: »dass wir getreu den Verpflichtungen, wie sie in den zu Ende des vorigen Jahres zwischen den beiden Souveränen ausgetauschten Schreiben festgestellt sind, die Sache Frankreichs wie die unsere betrachten und in den Grenzen des Möglichen zum Erfolge seiner Waffen mitwirken werden«. Das ist ein Satz, der allein stehend allerdings stutzig machen könnte. Beust wägt seine Worte wohl; er hat in allen seinen sonstigen Äusserungen nie eine andere Verpflichtung anerkannt, als die, nicht ohne den Genossen mit einer dritten Macht anzuknüpfen. Gewiss unterscheidet sich die angeführte Äusserung von allen anderen ganz erheblich durch den Ton, der aber nur einen Rückschluss gestattet auf Beusts Politik zu der Zeit, als er jene Worte schrieb, am 20. Juli 1870, nach der Kriegserklärung. Wir werden noch darauf zurückkommen, dass zu dieser Zeit allerdings Beust anderes und mehr wollte als früher, und wir sehen nur, wie hier bei veränderten Zielen die Worte gewandt so gewählt sind, dass sie zwar mehr durchklingen lassen, aber doch sachlich nichts anderes zu bedeuten brauchen als an »Verpflichtungen« wirklich vorhanden war. In dem Schreiben an Metternich vom 11. Juli, das die Grenze des bestehenden »engagement« fest und eng zieht (S. 347), kommt auch zum Schluss die Phrase vor: »faites donc sonner aussi haut que possible la valeur de nos engagements tels qu'ils existent réellement et notre fidélité à les respecter« (S. 352), um aber daraufhin Napoleon das Recht zu seinem alleinigen Vorgehen gegenüber Preussen zu bestreiten.

Gewiss beweist der Brief vom 20. Juli recht viel für Beusts Politik in der zweiten Julihälfte 1870, aber nichts für die frühere gegenüber den durchaus zuverlässigen anderen Angaben darüber. Nach diesen können wir den Stand der »Verpflichtungen« fast bis ins Einzelne feststellen, wie er sich entwickelte aus dem französisch-italienischen Vorentwurf zur Allianz von Ende 1868 in fortdauernder Rückbildung zu der dann mit den Österreichern festgestellten Redaktion vom Juni 1869 und weiter über den Gegenvor-

schlag des italienischen Ministeriums zur Beseitigung jeder Allianz und zu den mageren Verpflichtungen der Monarchenbriefe vom September 1869.

Am weitesten entfernt sich diese, in der Hauptsache zu Sybel zurückführende Auffassung von derjenigen Onckens. Oncken nimmt, verführt durch die selbstbewusste Äusserung Beusts, einen doppelten Grund für das Scheitern der Allianzen an, zwischen Frankreich und Österreich wegen Beusts bindender Bestimmungen, zwischen Frankreich und Italien wegen der römischen Frage. Ihm stehen aber die Monarchenbriefe einem Vertrage vollständig gleich, »weil nach dem für Souveräne giltigen Völkerrecht solch ein Monarchenbriefwechsel gerade so bindend ist als ein formgerechter Vertrag« (Heldenkaiser S. 109). Die von Oncken dann angeführten Beispiele sind aber alle aus der Zeit des Absolutismus entnommen, und da steht gegen Onckens Meinung der Satz Nigras (Souv. diplom., Bibl. univ. Bd. 65, 1895, S. 450 Note): »Je n'ai pas vu ces lettres .... Je connais assez, du reste, le droit constitutionnel de mon pays, pour ne pas être tenté d'affirmer que ces pièces pouvaient constituer un engagement pour lui«. Praktisch hatte das auch Viktor Emanuel erfahren, als der ganze von ihm gebilligte Dreibundsentwurf bei seinem Ministerium scheiterte.

Viktor Emanuel wollte wenigstens den Krieg, der österreichische Kaiser aber, dessen persönliche Verpflichtung allerdings etwas schwerer wog, als die des italienischen Königs, dachte nicht daran. Ausser bei Ollivier und Gramont lässt sich nichts in den Quellen entdecken, worauf die von Oncken angenommene österreichische Verpflichtung zur Waffenhilfe zurückzuführen wäre (s. oben S. 4 f.), sonst hören wir nur das Gegenteil und müssten willkürlich in den Ausdruck »Verpflichtungen« des Briefes vom 20. Juli 1870 diesen besonderen Sinn hineininterpretieren. Thatsächlich steht kaum etwas einer »Kriegsverschwörung« ferner, als diese Briefe, die doch nichts sind, als die freilich ganz geschickte Verschleierung der Niederlage, die Napoleon in seiner zuletzt schon recht zahm gewordenen Allianzpolitik erfahren hatte.

Die napoleonische Politik jener Jahre, die uns in allen ihren Schwankungen durchaus klar und erklärbar vor Augen liegt, hat gewiss nicht einen Zug von Grösse, aber auch gar nichts Rätselhaftes. Ich glaube nicht, dass wir mit Delbrück nach einem besonderen tief liegenden »Geheimnis« dieser Politik zu suchen nötig haben. Dass Napoleon künstliche Rechnungen liebte, hat er in seinem politischen System vor dem Krieg von 1866 und dann wieder in seinen absonderlichen rheinbundähnlichen Plänen gezeigt, aber zu dem Plan, den Delbrück (Preussische Jahrbücher S. 20 f., vgl. oben S. 3) bei ihm vermutet, wäre er doch nicht fähig gewesen. Eine Zweisehnenpolitik, bei der die eine Sehne der Krieg zweier grosser Nationen sein sollte, dem Napoleon im Bedarfsfalle »sofort wieder ein Ende machen« zu können meinte, geht doch über die grösste Fähigkeit zu künstlichen Kombinationen hinaus, und wenn auch Napoleon, der Anwalt des Nationalitaten-Prinzips, für die wirkliche Kraft des nationalen Gedankens nie ein Empfinden gehabt hat und sich daher in Italien wie in Deutschland völlig verrechnete, ein so weltabgewandter Träumer war er doch nicht, dass er einen grossen

Krieg leiten zu können meinte, etwa wie der Regisseur das Theatergefecht auf der Bühne.

Die Hauptsache aber bleibt, dass wir gar nicht nötig haben, durch solche Hypothesen uns um die Lösung eines Rätsels zu bemühen, da gar kein Rätsel vorliegt und das Dreibundprojekt, sein Scheitern und die Rückzugsdeckung durch die Monarchenbriefe sich ganz natürlich von selbst und aus der jeweiligen Lage erklären. Diese napoleonische Politik der letzten Jahre des Kaiserreiches ist trostlos einfach, ein mattes Arbeiten mit schwachen und im entscheidenden Moment stets versagenden Mitteln.

3. Zu den Verhandlungen des Generals Lebrun.

Für die Verhandlungen des Generals Lebrun in Wien haben wir die beste Quelle in seinen eigenen Berichten, denen die Denkschriften des Erzherzogs Albrecht beigegeben sind (Lebrun, Souvenirs militaires, Paris 1895 S. 74—149). Auf die Einzelheiten der militärischen Erörterungen bin ich nicht eingegangen, da diese durch die Abweisung der französischen Vorbedingung, der akademischste Teil der »akademischen« Verhandlung bleiben mussten und durch die weitere Entwicklung auch geblieben sind; sie interessieren hauptsächlich für die Beurteilung der militärischen Persönlichkeit des Erzherzogs Albrecht. Delbrücks Auffassung von der Bedeutung des Lebrunschen Berichtes kann ich in keiner Weise beitreten, sondern mich nur den Ausführungen Petersdorffs (Forschungen IX, 73—75) anschliessen. Die ganze Episode fügt sich mit den Modifikationen, die durch die mehr kriegerische Stimmung des Erzherzogs, die augenscheinlich mehr friedliche Franz Josephs gegeben sind, völlig in das Gesamtbild der von Beust eröffneten österreichischen Politik ein, das ich im vorigen Kapitel darzulegen versuchte: Festhalten der engsten Beziehung zu Frankreich, dafür Hinweis auf eine Waffengemeinschaft im Ernstfall und auf den eigenen Wunsch dazu, aber Anwendung aller Mittel, um diesen Ernstfall so weit hinauszuschieben wie möglich und den Genossen auf jede Weise zu hindern, seine Herbeiführung einseitig zu beschleunigen.

Vor allem ist daran festzuhalten, dass immer nur von dem eventuellen Eintritt eines Krieges, nie von einem in irgend bestimmter Zeit in Aussicht genommenen Kriegsausbruch die Rede gewesen ist. Delbrück (Preuss. Jahrbücher Bd. 82 S. 43) fügt zu dem Gedanken an eine mögliche Friedenserhaltung am Tag der Entscheidung für den Krieg in Paris, am 14. Juli 1870 den Satz hinzu: »Wir sind jetzt ganz sicher, dass der Krieg deshalb keineswegs unterblieb, sondern dass er im nächsten Frühjahr nach sorgfältigster Vorbereitung, wahrscheinlich nach Abschluss eines festen Vertrages mit Österreich und Italien dennoch ausgebrochen wäre«; ähnlich Oncken (Heldenkaiser S. 118): »Auf einen Frühjahrsfeldzug im Jahre 1871 hatte der Erzherzog Albrecht gerechnet«. (Vgl. oben S. 5 Note 1.) In den Quellen ist nirgendwo eine Andeutung für diese Annahme vorhanden, die nur dadurch zu erklären ist, dass Delbrück und Oncken dasselbe Versehen widerfahren ist, wie dem Übersetzer von Lebruns Er-

innerungen, von Busse. Bei der Forderung eines Frühjahrsfeldzugs durch den Erzherzog, die auf die absonderliche Anschauung von dem polaren Charakter Preussens begründet war und der später die Abweisung eines Herbstfeldzugs aus den gleichen Gründen folgte, giebt Busse den Satz: »La France, l'Autriche et l'Italie devront se tenir prêtes pour agir de concert .... dans une campagne de printemps« (S. 97) wieder in der Wendung (Deutsche Übersetzung S. 67), die genannten Mächte »sollten sich bereit halten, um mit allen disponibeln Kräften gemeinschaftlich im nächsten Frühjahr den Feldzug eröffnen zu können«. Vielmehr hatte Albrecht schon in Paris, also Frühjahr 1870, einigen französischen Offizieren gesagt, dass die österreichische Armee noch ein bis zwei Jahre gebrauche, um mit ihrer neuen Organisation fertig zu sein (mitgeteilt von Sybel, Historische Zeitschrift 75 S. 47); Delbrück (a. a. O. S. 27) lässt ihn dafür nur sagen, die neue Organisation werde erst im nächsten Jahre (1871) vollendet sein, auch die Bemerkung irrig vor Napoleon selbst geschehen. Für den geplanten Frühjahrsfeldzug 1871 fehlt schlechthin jeder Anhalt. Wir haben es nur mit Eventualverhandlungen zu thun, die aber nicht einmal zum bescheidensten Eventualabschluss führten, und die an dem bis September 1869 gebildeten Verhältnis der drei Mächte nicht das geringste ändern, vielmehr gerade das Verhältnis in seiner früher geschilderten Art noch etwas schärfer beleuchten. Darin, aber zugleich in dieser ziemlich engen Begrenzung, liegt der Wert von Lebruns Enthüllungen.

4. Der französische Dreibundsantrag vom 15. Juli 1870

(s. S. 47 Note 1.)

Die Verhandlungen, die mit der neuen Anregung zum Dreibund durch Frankreich am 15. Juli 1870 begannen, gehen oft ziemlich wirr durcheinander und ihre klare Auseinanderhaltung wird noch durch die Art der Überlieferung erschwert. Nirgends sehen wir die Quellen in glatter Übereinstimmung, überall finden sich verschiedenartige Mitteilungen, zum Teil direkte Widersprüche. Der erste Anlass liegt in der Art der Verhandlungen selbst, in dem Nebeneinander des offiziellen Verkehrs durch die Gesandten und des Geheimverkehrs durch die besonderen Vertrauten, was sich bei Metternichs Verhältnis zu Napoleon auf österreichischer Seite zwar einigermassen deckte, aber durchaus nicht auf italienischer und französischer. Der eine Berichterstatter hat nur die Kenntnis des geheimen, der andere die des offiziellen Verkehrs, und leider suchen sie meist die Lücken durch unsichere Kombinationen zu ergänzen. Das gilt auf französischer Seite vom Prinzen Napoleon wie auf italienischer von Guiccioli und Nigra.

Guiccioli (Quintino Sella 2 voll. Rovigo 1887 und 1888) kennt Aufzeichnungen Sellas und wichtige Akten über die ministerielle Politik, dagegen keine über die hinter dem Rücken der Minister geführten Verhandlungen des Königs. Er sagt uns etwas mehr über seine Quellen, als z. B. Massari, scheidet sie aber auch nicht scharf nach ihrer Herkunft. So stehen Mitteilungen aus den originalen Akten neben Kombinationen, durch

die Guiccioli, wenn die Akten fehlen, Nachrichten anderer Art mit den authentischen nicht immer glücklich in Einklang zu bringen sucht. Wir können ihm unbedingt nur da folgen, wo er ganz sicher die für uns sonst nicht erreichbaren ministeriellen Akten wiedergiebt (s. darüber schon Sybel VII, 391 Note). Eine wichtige Ergänzung liefern die Aufzeichnungen des damaligen italienischen Gesandten in Paris, des Ritters Nigra (»Souvenirs diplomatiques«, Bibliothèque universelle, Bd. LXV, 1895, S. 449 ff.), bei dem aber auch neben seinen ausgezeichneten Nachrichten wesentliche Lücken durch die Unkenntnis der Geheimverhandlungen bestehen.

Scheiden wir zunächst nach der originalen Kenntnis eines jeden, so entwirrt sich das Durcheinander bald. Die erste Bündnisanregung durch die drei Artikel vom 15. Juli ging nur durch die Geheimbevollmächtigten, der sodann in Wien aufgestellte Entwurf zum österreichisch-italienischen Sonderbund auch an das italienische Ministerium. Daher finden wir, dass Nigra von den drei Artikeln keine Kenntnis hat, sondern nur vom österreichischen Gegenentwurf, und dass er daher jenen die Existenz überhaupt abspricht; Guiccioli kennt nur die ministeriellen Akten und sucht die drei Artikel, deren Kenntnis er dem Prinzen Napoleon verdankt, nicht gerade geschickt hinein zu kombinieren, Prinz Napoleon wiederum kennt nur die drei Artikel, die er auch da noch ihre Rolle spielen lässt, wo der österreichische Gegenvorschlag an ihre Stelle getreten war.

Gleich bei der Eröffnung der Verhandlungen am 15. Juli ergaben sich Schwierigkeiten. Die französische Initiative steht bei der Übereinstimmung aller Quellen ausser Zweifel, wie schon Sybel (VII, 382 f. Note) festgestellt hat. Wenn Nigra (S. 460 f., 463 Note) die Initiative erst später und von Beust ausgehen lässt, so beruht das auf seiner Unkenntnis der drei Artikel und der Verwechslung des österreichischen Gegenantrags mit dem französischen Initiativantrag. Prinz Napoleon erzählt (Rev. des Deux Mondes 26 S. 496), der Kaiser habe in der zweiten Juliwoche die Verhandlungen von 1869 gestützt auf die Monarchenbriefe wieder aufgenommen und einen Vertrag in drei Artikeln vorgeschlagen, »qui stipulait l'action armée des trois puissances«; das Projekt sei nach Florenz und Wien geschickt worden. Statt der etwas weiten Datierung »seconde semaine de juillet«, womit die Woche vom 10.—16. Juli gemeint ist, nennt Guiccioli (II, 282), leider wie fast immer ohne Quellenangabe, den 15. Juli für den Vorschlag des Allianzvertrages, dessen Entwurf Vimercati über Wien den 20. Juli nach Florenz gebracht habe. Wir können jedoch seine Daten annehmen. Am 17. Juli schreibt Viktor Emanuel an Napoleon (Staatsarchiv Bd. 57 S. 333): »J'attends l'arrivée de Vimercati pour les détails«, und meldet am 21. (ebd. 335 f.) die wieder bevorstehende Abreise Vimercatis zurück nach Wien. (Die von Sybel VII, 382 f. in der Note angemerkte Erwähnung Vimercatis in Beusts Brief vom 20. Juli beruht wohl auf Verwechslung mit den anderen Notizen.) Vitzthum, der doch gewiss mit Vimercati zusammen nach Wien gereist sein wird, hat Paris am 15. verlassen (Sybel, histor. Zeitschr. 75 S. 56), und dass er der Überbringer eines »mündlichen Auftrags« Napoleons mit zugefügten »Aufklärungen« Gramonts war, bemerkt Beust am 20. Juli (an Metter-

nich, Preuss. Jahrb. 82 S. 7). Sind Vitzthum und Vimercati die Überbringer des Bundesvorschlags gewesen, zu dem sie noch weitere mündliche Aufklärungen zu machen hatten, so muss Gramont am 15. auch mit ihnen verhandelt haben. Das ist auch geschehen, und sie, wenigstens die Österreicher, haben ihren eigenen Anteil an der Abfassung der drei Artikel gehabt.

Dabei müssen wir uns freilich mit Gramont, nicht dem Staatsmann, sondern dem berichtenden Gewährsmann auseinandersetzen. Ich glaube nicht, dass wir Gramonts Angaben, wie es Sybel meist thut, einfach als bewusste Lügen behandeln und zur Seite lassen dürfen; oft genug behält Gramont gegenüber Beust Recht. Er schreibt wie dieser zur Verteidigung seiner Politik, er färbt, er deutet, alles wie Beust, nur plumper; wie denn auch das Buch »La France et la Prusse« der schlimmste Dienst ist, den Gramont seinem eigenen Andenken erwiesen hat; ihm ist die Selbstrettung noch viel kläglicher misslungen als Beust. Wir müssen seinen Mitteilungen reichlich mit derselben Vorsicht gegenübertreten wie denen Beusts, brauchen sie aber ebensowenig ungenutzt zu lassen, wie diese. Die Kritik, die Sybel (hist. Zeitschr. S. 56) an mehreren thatsächlichen Angaben Gramonts in dessen Schreiben vom 21. April 1878 (Staatsarchiv S. 339) übt, ist ungerecht. Was Gramont angiebt und Sybel bestreitet, entspricht den Thatsachen: der Gedanke des italienisch-österreichischen »Sonderbundes« als der Vorstufe zum Dreibund ist von Frankreich ausgegangen und von Österreich nur gesondert aus den übrigen Anträgen herausgegriffen worden; die Verhandlung darüber hat am 15. Juli stattgefunden; wenn Gramont in dem Aufsatz gegen den Prinzen Napoleon (Andreas Memor »Les alliances de l'empire en 1869 et 1870«, Revue de France Bd. 28, 1878, S. 699 ff.), nicht bei der Erzählung von diesen Verhandlungen selbst, sondern später in Verbindung mit ihnen den 18. Juli als ihren Tag nennt (vgl. Sybel a. a. O.), so ist das ersichtlich ein Schreib- oder Druckfehler für den 15. Ebenso fällt der Vorwurf, dass Gramont in dem an Beust gerichteten offenen Brief vom 8. Januar 1873 dieselben Verhandlungen mit Vitzthum und Metternich auf den 24. Juli gelegt hätte; ganz korrekt sagt hier Gramont (Beust II, 374), Vitzthum hätte den Kaiser und ihn gesprochen (am 15.), und sei nach Wien zurückgekehrt; »gleich nach seiner Rückkehr« habe Beust am 20. Juli geschrieben. Am 24. will er gar nicht Vitzthum, sondern nur Metternich gesehen haben, und was dieser ihm mitteilte, war wieder der ganz richtig angegebene Inhalt des Beustischen Schreibens vom 20.; mit den Verhandlungen am 15. haben diese Vorgänge äusserlich nichts zu thun.

Somit sind die gerügten sachlichen Angaben Gramonts meist einwandfrei. Anders steht es natürlich bei ihm wie bei Beust mit der Auslegung der Vorgänge, wenn er z. B. in den Schreiben vom 21. April 1878 den Eindruck erweckt und in seiner Schrift »Les alliances« es geradezu ausspricht, dass die Initiative für die neuen Dreibundsverhandlungen von Österreich und Italien ausgegangen sei (Rev. de France S. 702, 704); dazu gehört auch sein Versuch, jede Kenntnis der abmahnenden Schreiben Beusts an Metternich vom 11. Juli wegzuleugnen, wobei Beust einmal seine Kritik gegen die Sophi-

stereien eines andern wenden konnte (Beust II, 373, vgl. 352 f. 377 f.) Direkt falsch ist in seinem Brief vom 21. April 1878 die Bemerkung, dass er ausser mit Metternich, Vitzthum und Vimercati in diesem ersten Stadium schon mit Nigra verhandelt habe; in »Les alliances« S. 704 sagt er nur, dass er sich bei Vimercatis unsicherer Beglaubigung auch an Nigra habe wenden müssen, ohne den Zeitpunkt genau zu nennen. Nigras Teilnahme bei den einleitenden Verhandlungen ist nach seinen eigenen Angaben ausgeschlossen, erst im letzten Stadium wurde er zugezogen. So sagte auch Chaudordy aus (Dépositions III, 576), dass die Verhandlungen, die er übrigens schon vor dem 15. Juli beginnen lässt, von Metternich und Vitzthum auf österreichischer Seite, und auf italienischer »d'abord« von Vimercati, »puis« von Nigra geführt seien.

Über die Verhandlungen am 15. Juli berichtet Gramont eingehend (Les alliances S. 704): Metternich, Vitzthum und Vimercati hätten sich im Ministerium des Auswärtigen getroffen und »les clauses du traité et le mode d'intervention« diskutiert. Es habe sich um Wiederaufnahme des 1869 vorgeschlagenen Dreibundes gehandelt, und zwar sollte sich das gemeinsame Vorgehen der drei Mächte zuerst in einer diplomatischen Intervention der beiden Alliirten Frankreichs kundthun und erst bei deren Misserfolg zu ihrer Kriegsteilnahme führen. Für die Intervention habe man zuerst einen Kongress zur Regelung aller Streitfragen vorgebracht, dann aber habe Metternich (l'ambassadeur d'Autriche) den von den andern angenommenen Vorschlag gemacht, die Intervention bei Preussen auf die Erhaltung des status quo gemäss dem Prager Frieden zu stellen. Nach der Verhandlung sei Vitzthum nach Wien, Vimercati nach Florenz und Wien gereist.

Einen solchen detaillierten Bericht zu erfinden wäre eine einfach unerhörte Frechheit der Lüge gewesen. Durchaus stimmen zu ihm Gramonts eigene kurze Angaben drei Jahre später über die »neutralité armée« und ihren Zweck (Staatsarchiv S. 339) und zwei Jahre früher (an Beust, Erinnerungen S. 374 f.), dass Vitzthum nach seiner Rückkehr nach Paris (im Juli) mit Metternich und Gramont die Grundlage, ja die Artikel des Neutralitätsvertrages (»les bases, les articles mêmes de ce traité«) festgestellt habe, der sich in »cooperation effective« verwandeln sollte; der von den österreichischen Bevollmächtigten selbst vorgeschlagene Weg sollte die an Preussen zu stellende Forderung des »status quo défini par le traité de Prague« sein, und mit Recht hätten die Bevollmächtigten gesagt, dass Preussens Ablehnung gewiss und »le signal des hostilités combinées« sein würde. Bei diesem Verhalten der österreichischen Bevollmächtigten war es ganz zutreffend, wenn Gramont erklärte, mit Vitzthums Ankunft wären alle Spuren von Kälte, welche die von Beust bis dahin beobachtete Reserve zur Folge gehabt, verschwunden gewesen. Er hatte zuvor zugegeben (S. 371), dass Beust vom Kriege abgeraten habe bis zum Moment der Sendung Vitzthums. Wenn man daraus entnehmen könnte, Vitzthums verändertes Verhalten Mitte Juli sei schon auf Weisungen Beusts zurückzuführen, so widerspricht dem Beust selbst (S. 378): Vitzthum habe sich vor der Kriegserklärung in Paris »in Urlaub, ohne Aufträge seiner Regierung« aufgehalten.

Wenn Beust in seiner Weise damit den Schein erwecken will, als habe Vitzthum in Paris gar nicht mitgehandelt, so heisst das viel vom Leser gefordert, aber daran, dass Vitzthum nicht nach besonderem Auftrag handelte, müssen wir vorläufig festhalten; seine allgemeine Vollmacht genügte. Von Wichtigkeit ist das wegen der bedeutsamen Frage, ob sich bei Beust der Wandel seiner Politik schon vor dem 15. oder erst nach Vitzthums Rückkehr kundgethan hat. So viel wir sehen können, haben die beiden Gesandten selbständig, aber ganz in Beusts Sinn gehandelt, wie denn auch der von Vitzthum bei Gramont hervorgerufene Eindruck durch Beusts nächste Äusserungen nachdrücklich verstärkt worden ist.

Wenn uns auch von den andern Mithandelnden hierüber so gut wie gar nichts vorliegt, so dienen doch zwei kurze Äusserungen Vitzthums zur Bestätigung Gramontscher Angaben. Gramont sagt (Beust S. 374), Vitzthum habe vor seiner Abreise nach Wien Napoleon und ihn gesprochen, und Vitzthum bestätigt beides, dass er am 15. mit Napoleon in St. Cloud gesprochen habe (Staatsarchiv S. 338) und — auch hierin mit Gramont übereinstimmend — »in Gegenwart Metternichs« mit Gramont (Sybel, historische Zeitschrift S. 56 f.). Nur will Vitzthum bloss von einem kurzen Gespräch von 10 Minuten mit Gramont wissen, der dem ausdrücklich widerspricht: die Österreicher seien 40 Minuten bei ihm gewesen. In weiterer Bestätigung Gramonts erwähnt Vitzthum, dass er mit ihm wie mit Napoleon über den Kongressplan geredet habe, Napoleon sei dafür, Gramont dagegen gewesen. Gramont hat später die Idee des Kongresses für sich in Anspruch genommen (an Vitzthum, Staatsarchiv S. 338 f.), und in seinem Bericht treten auch die Österreicher und Vimercati als Gegner des Planes auf, aber wie er die Sache erzählt, gab auch er seine volle Zustimmung zu der sofort einmütig erfolgenden Ablehnung. — Nicht recht in Einklang mit dem allen ist die kurze Angabe Nigras zu bringen, der wohlgemerkt von diesen geheimen Verhandlungen ganz ferngehalten wurde: »Dans la journée du 15, le prince de Metternich avait inutilement tenté de faire accepter par M. de Gramont la proposition, à laquelle je m'étais rallié, de la réunion d'un congrès.« (Souv. S. 457.) Vielleicht hatte Metternich über den an diesem Tag verhandelten Kongressplan mit Nigra gesprochen und wir würden lediglich die Zweifel an Gramonts späterer Behauptung über seine Stellung dazu durch Nigra verstärkt sehen.

So können wir, glaube ich, von Gramonts Mitteilungen mehrere übernehmen: die Thatsache der Beratung am 15. Juli mit den drei Bevollmächtigten, sei diese Beratung lang oder kurz gewesen, die Aufstellung der Verhandlungspunkte, den französischen Kongressantrag für die Intervention in Berlin, seine Beseitigung und Ersetzung durch die von Metternich vorgeschlagene Vorschiebung des status quo in Deutschland. Der von Gramont angegebene endgiltige Inhalt des Allianzantrages: Dreibund und diplomatische Intervention der beiden Alliierten Frankreichs, wird uns in jeder Weise von anderer Seite bestätigt. Während Vimercati über Wien nach Florenz unterwegs war, erhielt Viktor Emanuel am 18. Juli ein Schreiben Napoleons, das ihm das Wesentliche schon vorläufig mitteilte (Inhalt bei Guiccioli II, 257 f.): Erneuerung der früheren Allianz-

forderung und Vorschlag einer österreichisch-italienischen Vermittlung auf Grundlage des territorialen status quo in Deutschland und — womit ein von Gramont nicht erwähnter Punkt hereingebracht wird — auf Grundlage des Ausschlusses von Mitgliedern der regierenden Familien von Preussen und Frankreich (so! Sybel VII, 382 beschränkt das Verbot auf preussische Prinzen) vom spanischen Thron. Beust erwähnt in seinem Antwortschreiben vom 20. Juli (an Metternich) nur allgemein »die neuen Grundlagen«: »wir nehmen diese Grundlagen an, wenn Italien sie annimmt als Ausgangspunkt für eine kombinierte Aktion«. Gramont hatte schon den Tag vorher geschrieben (an Beust, 19. Juli, Staatsarchiv S. 334), dass Metternich ihm Hoffnung auf diese Annahme der »base d'entrée en matière« gemacht habe, nämlich des österreichisch-italienischen Vermittlungsvorschlages bei Preussen »que celle-ci garantisse définitivement le status quo territorial actuel«. Dazu fügte er dann noch: »Je crois donc qu'il serait nécessaire d'accentuer davantage les propositions et d'y ajouter, par exemple, la résiliation des traités militaires de 1866 avec les états du Sud de l'Allemagne, lesquels traités sont, après tout, contraires à l'esprit et à la lettre du traité de Prague."

Beust glaubt Gramonts späterer Behauptung von diesen Anträgen widersprechen und sie als Verwechslung mit der gleichen französischen Forderung von 1868 hinstellen zu dürfen (II, 379 f.), oder er behauptet an einer anderen Stelle, wobei er freilich die eben abgeleugnete Thatsache des Antrages zugiebt (Brief an einen Freund, ebenda S. 391). »Nous ne pouvions que décliner ces propositions qui nous furent faites au milieu du mois de juillet, et le désappointement, bien que nullement légitime, n'en fut pas moins profond et regrettable.« Wenn er somit hier schon zum Teil bestätigte, was er vorher abgeleugnet hatte, so straft ihn sein Brief vom 20. Juli in Verbindung mit dem Gramonts vom 19. noch völlig Lügen. Das klar vor Augen liegende Ziel einer auf solche Grundlage gestellten »Vermittlung« spricht obendrein ausser Gramont Beust selbst in dem genannten Brief aus: »Werden die neuen Grundlagen, die Sie uns soeben übermittelt haben, das Ziel erreichen, das die französische Regierung beabsichtigt hat? Mit anderen Worten, werden Sie von Preussen für unannehmbar gehalten werden?«

Somit würden wir als Inhalt von zweien der drei Artikel die Dreibundsforderung und die österreichisch-italienische Intervention in Berlin festhalten können, welch letztere nur den Übergang zur aktiven Kriegsteilnahme bilden und sich daher gründen sollte auf die für Preussen voraussichtlich unannehmbare Garantie des status quo in Deutschland gemäss dem Prager Frieden in dessen österreichisch-französischer Auslegung. Fraglicher ist, ob die an Viktor Emanuel gemeldete weitere Forderung betreffs der spanischen Thronfolge schon in den drei Artikeln gestanden hat; dann wäre doch auffallend, dass nirgendwo sonst die kleinste Anspielung darauf zu finden ist und besonders nicht in Gramonts sonst so eingehenden Mitteilungen über diesen Punkt. Wahrscheinlich ist es ein späterer Vorschlag Napoleons, der genau wie der vorhin wiedergegebene weitere Vorschlag Gramonts an Beust vom 19. Juli (Rücknahme der Schutz- und Trutz-

bündnisse) nur den Zweck hatte, durch eine schwerere Belastung der Intervention mit unannehmbaren Bedingungen ihr Scheitern möglichst sicher zu stellen.

Sybel (VII, 382) nennt nun unter den an Preussen zu stellenden Forderungen neben den Bedingungen über den spanischen Thron und den durch den Prager Frieden geschaffenen Zustand noch, »dass Österreich seine Präsidialwürde im deutschen Bund zurückerhalte«. Das wäre freilich eine Forderung gewesen, die den Zweck die Intervention zum Scheitern zu bringen in geradezu plumper Weise verraten hätte. Es war mir nicht möglich, festzustellen, woher Sybel diese Angabe hat (von Vitzthum?); keines der von ihm gegebenen Citate stimmt zu ihr und auch sonst bin ich ihr nicht begegnet. Als Anerbieten an Österreich für seine Bundesgenossenschaft war der Rückerwerb seiner alten Stellung in Deutschland Anfang 1869 von Frankreich angetragen worden (siehe oben S. 25).

Der Inhalt des dritten Artikels tritt uns nicht so deutlich entgegen, wie der der beiden anderen. Das Nächstliegende wäre die Beseitigung des Hindernisses gewesen, an dem die Dreibundsverhandlung von 1869 zuletzt gescheitert war, der römischen Frage. Nichts steht dem entgegen, manches spricht dafür. In dem Brief an Napoleon vom 17. Juli sagte Viktor Emanuel nur allgemein, dass er Vimercati wegen der Details erwarte und dann über die römische Frage schreiben werde (Staatsarchiv S. 333), und nach dessen Ankunft (ebenda S. 336) drückte er sich genauer aus: »Votre Majesté m'annonce son désir de faire exécuter la convention du 15 septembre etc.« Dass dieser Vorschlag zur gleichen Zeit nach Wien gegangen war, erhellt aus der Art, wie Beust sich in dem oft genannten Brief vom 20. Juli darüber ausspricht: er nehme die Grundlagen an, wenn Italien es thue; »ich habe bereits telegraphisch von der Notwendigkeit der Räumung Roms gesprochen . . . . Die September-Konvention, man möge sich über diesen Punkt keine Illusion machen, passt nicht mehr in die Situation.« Gramont erwähnt als Gegenstand der Verhandlungen vom 15. Juli die römische Frage unmittelbar so wenig wie die Klausel über die Besetzung des spanischen Thrones. Nur fügte er gleich an die Mitteilung von Vitzthums und Vimercatis Abreise den Satz an (Les alliances S. 705): »Jusqu'à ce jour, il n'avait pas été question d'autre chose pour Rome que de l'évacuation du territoire pontifical sur les bases de la convention de septembre.« (Die auf S. 703 vorhergehenden Erörterungen beziehen sich auf die dann erst folgenden Verhandlungen über die römische Frage zwischen Paris und Florenz in der zweiten Hälfte des Juli.) Also wird an diesem Tage, dem 15. Juli, über die Septemberkonvention verhandelt worden sein.

Wir können daher mit leidlicher Sicherheit annehmen, dass die auf französischen Antrag in Gramonts Besprechung mit Metternich, Vitzthum und Vimercati am 15. Juli als Dreibundsprojekt aufgesetzten drei Artikel folgenden Inhalt hatten: 1. Vorschlag zum Abschluss eines Dreibundes gegen Preussen, 2. als Vorbereitung für die »action armée« der drei Mächte eine gemeinsame Intervention von Österreich und Italien bei Preussen auf Grundlage des status quo in Deutschland nach den Bestimmungen des Prager Friedens, 3. die glatte Ausführung des Vertrags vom 15. September 1864.

5. Die Sendung Vitzthums nach Florenz und Vimercatis nach Paris und Metz (s. Seite 66 Note 1).

Guiccioli trennt die Sendung beider auch zeitlich; er erzählt (II, 283 f.), Vimercati sei ohne in Wien viel ausgerichtet zu haben am 27. Juli nach Florenz zurückgekehrt, hier sei über die drei Artikel verhandelt und ein vierter hinzugesetzt worden, mit denen er dann am 29. Juli abgereist und am 1. August in Paris angekommen sei. Dies lässt sich mit den auf Vitzthum beruhenden Angaben Sybels über beider gemeinsame Abreise von Wien am 28. und ihre Trennung in Mestre am 29. absolut nicht vereinigen. Guiccioli kannte Vitzthums Aufzeichnungen natürlich nicht; er suchte hier seine aus den Akten geschöpfte Kenntnis von Vitzthums Verhandlungen in Florenz über den österreichischen Bundesvorschlag der acht Artikel zu vereinigen mit den Mitteilungen des Prinzen Napoleon (S. 496—498), der wieder das Schicksal der drei Artikel in Wien, ihre vorläufige Ersetzung durch die acht Artikel des Sonderbundsentwurfs nicht kannte und überhaupt über die Schlussverhandlungen nur mässig unterrichtet war. Die dem Prinzen bekannt gewordene Forderung des österreichischen Eingreifens in der römischen Frage verleitete ihn zur Annahme eines hinzugefügten vierten Artikels, und die Persönlichkeit des Überbringers, Vimercatis, zu dem Glauben, dass der Zusatz in Florenz entstanden sei und in Wien nur die österreichische Zustimmung erhalten habe. Guiccioli wollte nun augenscheinlich diese irrigen Mitteilungen des Prinzen irgendwie unterbringen und verfiel dafür auf jene Reise Vimercatis, der nach Paris ganz andere, in Florenz entstandene Vorschläge gebracht hätte, als Vitzthum dann später von Wien nach Florenz. Mit den sicheren Angaben Vitzthums und der Feststellung des Irrtums bei Prinz Napoleon fällt diese Vermutung dahin. Dafür bleibt Guiccioli unser trefflicher Gewährsmann, wo er die ministeriellen Akten benutzt, zumal wir hierbei seine Angaben vielfach durch die freilich kürzeren Nigras gestützt sehen. Beide geben allerdings (Guiccioli 280, Nigra 461) für Vitzthums Ankunft in Florenz ein falsches Datum, den 1. August, während Sybel (S. 401) den 29. Juli nennt. Nigras Bericht ist hier, was besonders betont werden muss, unabhängig von dem früher erschienenen Werk Guicciolis; obgleich Nigra viel knapper ist, ergänzt er doch gelegentlich Guiccioli und steht auch (im Datum von Vimercatis Ankunft in Paris und dem der Vollendung des italienischen Gegenprojektes) mit ihm in Widerspruch. Da nach Sybel Vitzthums Audienz beim König und wohl auch der erste Besuch bei Visconti-Venosta schon am 31. Juli stattfanden, so bezeichnet der 1. August vielleicht den Beginn der Verhandlungen mit den Ministern über das Bündnisprojekt. Diese Verhandlungen und ihr Ergebnis sind durch die übereinstimmenden Zeugnisse von Guiccioli und Nigra, die beide die Akten eingesehen haben, festgestellt. Bei diesem Punkt müssen Vitzthums Aufzeichnungen Sybel völlig im Stich gelassen haben, denn nach ihm (VII, 402 f.) hat sich Vitzthum nach einer nichtssagenden Unterredung mit Visconti-Venosta die Kunstschätze von Florenz angesehen, »von Verhand-

lungen war keine Rede.« Hier standen schon für Sybel Guicciolis Akten gegen Vitzthum, er folgte letzterem; seitdem sind Nigras Mitteilungen hinzugekommen, nach denen die Entscheidung nicht mehr fraglich sein kann. Nicht festzustellen ist das Datum des Abschlusses des Gegenentwurfs, nach Nigra (S. 463) ist er Vitzthum am 3., nach Guiccioli (S. 281) am 6. August überreicht worden. Die äussere Einteilung des Gegenentwurfs erfahren wir durch Nigra (S. 462 f.), den Inhalt genauer als durch ihn wieder durch Guiccioli (S. 281), der besonders den Artikel über Österreichs Stellung zur römischen Frage im Wortlaut wiedergiebt. Zur Kammerdebatte und der Scene zwischen Sella und dem König s. Guiccioli (S. 285 f.), zur Ankunft der Nachricht von Wörth ausserdem noch Rothan (II, 80).

Über Vimercatis Sendung sind wir weniger eingehend unterrichtet. Dass er den 1. August in Paris eintraf, von wo er sich gleich nach Metz begab, melden übereinstimmend Prinz Napoleon (S. 498) und Gramont (Les alliances S. 711 f.), seine Rückkehr aus Metz am 5. wieder der Prinz (S. 499), und Gramont (S. 712) mit der Wendung: »il revint le lendemain ou le surlendemain«. Aus Metz telegraphierte Vimercati an Viktor Emanuel und Visconti-Venosta kurz über seine Verhandlungen (Nigra S. 462 Note 2); das Telegramm an den König ist den 4. August datiert. Hier muss ein Versehen in der Datierung vorliegen; das andere Telegramm ist vom 3., die übrigen Berichte lassen übereinstimmend den Gesandten an diesem Tag wieder nach Paris fahren, von wo er sofort nach Florenz weiterreiste; dort kam er am 5. an, unmöglich konnte er den 4. noch in Metz sein. — Gramont ist in den Angaben über die äusseren Vorgänge wieder zuverlässig, weit weniger jedoch in denen über den Inhalt von Vimercatis Bundesprojekt. Aus der von ihm gegebenen Inhaltsübersicht (Les alliances S. 711) ist ersichtlich, dass er es nur flüchtig gelesen, jedenfalls mit Ausnahme des römischen Artikels nur ungenau im Gedächtnis behalten hat. So sehr er sonst den Aufsatz des Prinzen Napoleon bekämpft, so lässt er sich doch gerade hier von ihm irreführen, indem auch er von einem »projet de traité libellé en quatre articles« spricht. Dann hätte Vimercati etwas ganz anderes nach Paris als Vitzthum nach Florenz gebracht. Wir könnten das sofort aus inneren Gründen für ausgeschlossen halten, wenn nicht ausserdem Vitzthum (bei Sybel S. 401) und Nigra (S. 461) von der Überbringung des einen Entwurfs durch beide Boten sprächen und endlich noch Vimercati in dem Telegramm an den König von Änderungen Napoleons an Art. 3, 5 und 6 berichtete; von nur drei oder vier Artikeln kann somit nicht die Rede sein. Selbst Nigra, der in seiner Unkenntnis über die früheren drei Artikel den Prinzen Napoleon wegen seiner in diesem Punkt korrekten Darstellung angreift (S. 463 Note), meint seinerseits die drei Artikel irgendwo unterbringen zu müssen und thut es wie Guiccioli an der falschen Stelle, indem er nun wieder den Kaiser Napoleon das vorgelegte Projekt in drei Artikel umredigieren lässt. — Den Wortlaut des kaiserlichen Telegramms an Gramont, wie es Prinz Napoleon (S. 498) giebt, bestreitet Gramont (a. a. O. S. 712 f.), aber die von ihm mitgeteilten Worte kommen im wesentlichen auf dasselbe heraus. — Wenn Prinz

Napoleon davon sprach, der Kaiser hätte das Projekt »signieren« sollen, so befand er sich dabei in seinem Irrtum, dass es sich um die alten Dreibundsartikel handele; mit dem Zweibund konnte Napoleon sich einverstanden oder nicht einverstanden erklären, aber zu unterzeichnen hatte er dabei nichts (Rothan II, 80 nimmt diesen Irrtum des Prinzen an. S. darüber schon Sybel in der »Zukunft« vom 6. April 1895 S. 15).

In dem Brief an Beust vom 8. Januar 1873 hat Gramont zum Schluss (Beust II, 376 f.) in etwas boshafter Weise darauf angespielt, dass Österreich und Italien Frankreich hätten sitzen lassen: es würde von französischer Seite, so meinte er, sogar »eine gewisse Undankbarkeit sein, nicht anzuerkennen, dass unter allen Mächten Österreich die letzte gewesen ist, die Frankreich vollständig verliess.«. Den Glauben an die so gut wie fertige Allianz, den Gramont bei den andern Menschen zu wecken suchte, hat er selbst wirklich gehegt; dazu war nicht mehr Illusionskraft nötig, als zu seinem Glauben an die Wirkung der Septemberkonvention. Er sah in dem Entwurf der acht Wiener Artikel dank seiner die flüchtige Lektüre ergänzenden freischaffenden Phantasie die »coopération effective avec la France contre la Prusse« schon als gesichert an, diesen Bund nach der Prüfung durch Napoleon in Metz als »fertig bis auf die Unterschrift der Kontrahenten«, die gekommen wäre, wenn man sich nur »einige Tage mehr« ohne Niederlage im Felde gehalten hätte (Les alliances S. 711, Staatsarchiv S. 339), obgleich er selbst Beust die geforderte Hereinziehung Russlands, den Italienern ein Hinausgehen über den Septembervertrag gestrichen hatte; von der ihm nicht bekannten Umarbeitung des Entwurfs durch Sella können wir dabei ganz absehen. Seine Auffassung finden wir dann wiedergespiegelt in den Aussagen von Leboeuf und Chaudordy (Dépos. I, 42, III, 576—579). Gramont fühlte sich, wie Delbrück (a. a. O. 54) richtig sagt, »ganz sicher, dass binnen kurzem der Vertrag über die Triple-Allianz abgeschlossen sein würde«, aber unrichtig ist meines Erachtens Delbrücks Meinung, dass »kein Zweifel« sein könne, »dass Gramont im wesentlichen Recht hat«, wie es ähnlich Oncken fasst (Zeitalter Wilhelms II, 39): »Auf dem Papier stand dem Anschluss an Frankreich nichts mehr entgegen«. Das heisst Beusts und Viktor Emanuels guten Willen für die That setzen. Dagegen ist Gramont durchaus Recht zu geben, wenn er gegen alle Beustische Sophistik daran festhielt, dass dieser sich nach Mitte Juli aufmunternd verhalten und die Hoffnung auf Beistand erweckt hatte. Es ist bezeichnend, dass Gramont zur Charakterisierung der Beustischen Politik immer die Verhandlungen nach dem 15. Juli, Beust bei seiner Zurückweisung die vor diesem Tag liegenden heranzieht. Dass Frankreich nach den Niederlagen schnöde von den moralisch schon zur Hilfe verpflichteten Bundesgenossen im Stich gelassen wurde, hat Gramont sich selbst schliesslich eingebildet und der Welt einreden wollen; dass Beust auch nach dem Kriegsausbruch die alte Friedenspolitik fest weiter verfolgt hat, kann er zwar schwerlich selbst je geglaubt haben, er hat aber der Welt diesen Glauben beibringen oder wenigstens ihr nicht nehmen wollen — wir haben uns sorgsam davor zu hüten, dass wir hier dem einen oder dem andern folgen, wie es Sybel bei Beust, Oncken und Delbrück bei Gramont gethan haben.